

Preussische Allgemeine

Nr. 45 · 11. November 2022

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €



Ohne Kreuz und Glauben

Während in Berlin die christliche Botschaft der Schlosskuppel überstrahlt werden soll, wird in Münster anlässlich eines G7-Treffens ein Kreuz abgehängt. Anmerkungen zu einer fatalen Entwicklung **Seiten 1, 5 und 8**



Monarchie Preußens „dicker Lüderjahn“ Friedrich Wilhelm II. **Seite 10**



Dunkle Seelen Was „Aktivisten“ antreibt, die Kunst attackieren **Seite 12**

FOTO: IMAGO/IMAGEBROKER; SCHROEDER.U. THEBBUSCH; IMAGO/ZUMA WIRE

VON KLAUS KELLE

GESELLSCHAFT

Ein weiterer Schritt auf dem Weg der Selbstaufgabe

Die politische Botschaft hinter dem Entfernen christlicher Symbole aus dem öffentlichen Raum in unserem Land

Der Skandal um das abgehängte Kreuz im Historischen Rathaus von Münster wird von einem großen Teil der Deutschen gar nicht als ein solcher wahrgenommen. Zu sehr hat sich die säkularisierte Mehrheitsgesellschaft an das Verschwinden christlicher Symbole aus dem öffentlichen Raum gewöhnt.

Was war passiert? Zum Außenministertreffen der sogenannten G7-Staaten, der führenden westlichen Wirtschaftsländer, hat „das Protokoll“ des Bundesaußenministeriums von Frau Baerbock eine Reihe von Veränderungen im Friedenssaal des Historischen Rathauses der Stadt vorsehen lassen. Besonders auffällig: Auch das 482 Jahre alte Holzkreuz mit der Darstellung des gekreuzigten Jesus Christus wurde aus dem Saal entfernt, in dem die mächtige Ministerrunde tagte.

Eine Begründung gab es nicht

Warum hat man das Kreuz entfernt? Zumindest nominell stammen sechs der sieben Minister aus dem christlich-abendländisch geprägten Westen und sollten keine Probleme mit der eigenen Geschichte haben. Und auch der japanische Vertreter Motegi Toshimitsu hätte sich sicher nicht an dem Kreuz gestört.

Das Bundesaußenministerium hat bis heute nicht schlüssig erklären können, warum das christliche Symbol aus dem Friedenssaal entfernt wurde. „Das Kreuz wurde aus protokollarischen Gründen entfernt“, hatte das Auswärtige Amt auf Anfrage der „BILD“-Zeitung lapidar erklärt. Ja, das wissen wir. Und ein Sprecher des Ministeriums bekräftigte, bei solchen Treffen sei es üblich, „das Mobiliar“ im Raum zu verändern. Und dabei sei in Münster „tatsächlich auch dieses Kreuz dort“ entfernt worden. Allein die Formulierung macht (mich) sprachlos.

Auf jeden Fall sei die Entscheidung protokollarisch intendiert und nicht poli-

tisch, sprich: Frau Ministerin habe damit gar nichts zu tun. Und Baerbock setzte nach, sie persönlich hätte sich gefreut, wenn das Kreuz hängengeblieben wäre.

Man kann den ganzen Vorgang als politisches Kasperletheater abhaken, wenn nicht System dahinter zu vermuten wäre. Erst wenige Tage vor dem G7-Treffen in Münster sagte Kulturstaatsministerin Claudia Roth, eine Parteifreundin von Frau Baerbock, sie wolle Bibelworte am Berliner Stadtschloss mit anderen Texten überschreiben lassen, weil diese – Achtung! – nicht „weltoffen“ seien.

Nicht weltoffen? Die Bibelzitate an der Stadtschloss-Kuppel wurden von König Friedrich Wilhelm IV. (1795–1861) ausgewählt dort rekonstruiert. Wörtlich heißt es: „Es ist in keinem andern Heil, (...) denn in dem Namen Jesu, zur Ehre Gottes des Vaters. Dass in dem Namen Jesu sich beugen sollen aller derer Knie, die im Himmel und auf Erden und unter der Erde sind.“

Das ist Frau Roth nicht weltoffen genug, die keinerlei Scheu hat, sich mit islamistischen Feinden der westlichen, freiheitlichen Kultur gemein zu machen, wenn sie mit Kopftuch im Iran Gespräche mit den Mullahs führt, die Israel vom Erdboden tilgen wollen, und der bei Erdogans Einschränkung von Freiheitsrechten als erstes einfällt, dass sie „auch gut Börek machen kann“.

„Deutschland schafft sich ab“, heißt der millionenfach verkaufte Bestseller des

damals noch SPD-Mitgliedes Thilo Sarrazin, der es als Erster aus dem deutschen Establishment wagte, öffentlich zu formulieren, dass wir, dass Deutschland ein dramatisches Problem mit dem Islam haben. Nicht mit Muslimen, die vorwiegend aus der Türkei als Gastarbeiter in diese Gesellschaft gekommen sind. Nicht mit denen, die hier leben, arbeiten, Steuern zahlen, unsere Gesetze und Traditionen achten – immer noch die große Mehrheit. Aber mit einem kleinen Teil ihrer Nachfahren und vor allen Dingen mit den vorwiegend jungen und männlichen Flüchtlingen und Migranten aus radikalislamischen Steinzeitgesellschaften wie Afghanistan, Nordafrika und dem Nahen Osten. Die wurden 2015 und 2016 unter der Verantwortung der Bundeskanzlerin Angela Merkel zu Hunderttausenden unkontrolliert ins Land gelassen, und wie Frau Merkel lakonisch sagte: „Jetzt sind sie nun mal da ...“

Allenthalben Achselzucken

Deutschland ist zu einer multikulturellen Gesellschaft geworden, und niemand hat die Deutschen gefragt, ob sie das eigentlich wollen. Multikulti – der Traum von Grünen und Linken ist Wirklichkeit geworden. Und die „Bio-Deutschen“ nehmen es schulterzuckend hin. Jetzt sind sie nun mal da ...

Seit einigen Wochen ruft in Köln ein Muezzin per Lausprecher zum Gebet in

der protzigen Moschee im Stadtteil Ehrenfeld. Vorerst nur ein Pilotprojekt, sagt die Stadtverwaltung, und verfügt, dass eine Lautstärke von 60 Dezibel nicht überschritten werden darf. Man fragt sich, ob das überhaupt jemals einer überprüft. Und wenn, „is et ejal“, wie der toleranzbesoffene Kölner sagen wird, denn: „Et hätt noch imma jot jejeange ...“

Deutschland schafft sich ab. Christliche Symbole werden aus dem öffentlichen Raum gedrängt, Kreuze werden in Gerichtssälen, Rathäusern und Schulen abgehängt. Das politische *Juste Milieu* will die christlichen Kirchen endgültig an den Rand drängen. Die EKD-Kirchen haben längst nichts mehr mit der Verkündigung der Lehre Christi zu tun, sie sind zu einer Vorfeldorganisation einer links-grün-wocken Gesellschaft geworden, in der von Homo-Ehe über Abtreibung bis zu Vulva-Malen alles möglich ist, aber Gott keinen Platz mehr zu haben scheint.

Und die Katholische Kirche in Deutschland? Sie wird sturmreif geschossen. Nicht von außen, sondern aus dem Apparat heraus, aus einer angepassten Bischofskonferenz, in denen viele Protagonisten, eine Mehrheit, endlich auch heiraten möchten – und evangelisch werden. Papst Franziskus hat dazu die treffenden Worte gefunden, als er sagte, Deutschland habe eine wunderbare evangelische Kirche. Aber er sei der Ansicht, eine reiche auch aus ... Amen!

IN DIESER AUSGABE

Politik
Führt der Ukrainekrieg zu einer Rückkehr der Wehrpflicht in Europa? **Seite 6**

Kultur
Eine Sonderausstellung würdigt den Namensgeber von Schloss Augustusburg **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt
Landesvertretung bestätigt den Bundesvorstand der Landsmannschaft im Amt **Seite 13**

Hinweis
Da die Ergebnisse der US-Wahlen zum Redaktionsschluss noch nicht vorlagen, werden diese erst in PAZ 46/2022 behandelt.



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Laborunfälle US-Wissenschaftlicher sind in Biolaboren in aller Welt tätig. Ihr Einsatz nährt den Verdacht, dass sie an tödlichen Erregern wie Ebola und SARS-CoV-2 geforscht haben, die dann in die Außenwelt entwischt sind

Tödliche Biowaffen

Ein US-Außenposten des „Krieges gegen den Terror“ in Afrika könnte schon Ebola in die Welt gesetzt haben

VON WOLFGANG KAUFMANN

In letzter Zeit mehren sich die Belege, dass das der Erreger SARS-CoV-2 im Forschungslabor gezüchtet wurde. Der Immunologe Valentin Brutel vom Universitätsklinikum Würzburg sowie dessen Kollegen Alex Washburn und Antonius VanDongen sprechen angesichts der markanten, regelmäßig wiederkehrenden Muster im Erbgut des Corona-Erregers inzwischen sogar von einer 99,9-prozentigen Wahrscheinlichkeit für die sogenannte Laborthese.

Deshalb richten kritische Wissenschaftler ihren Fokus inzwischen auch auf plötzliche mysteriöse Krankheitsausbrüche in der Vergangenheit. Ein typisches Beispiel in diesem Zusammenhang ist die Ebola-Epidemie von 2014 bis 2016 mit Schwerpunkt in den westafrikanischen Staaten Liberia, Guinea und Sierra Leone, in deren Verlauf 11.316 Menschen an dem hämorrhagischen Fieber starben. Wie im Falle von Corona gab es damals zahlreiche Ungereimtheiten, die der Mathematiker Osama Husseini und der Mediziner Jonathan Latham kürzlich in zwei Beiträgen auf der US-amerikanischen Wissenschaftsplattform Independent Science News for Food and Agriculture des gemeinnützigen Bioscience Resource Project aufgelistet haben.

So trat das ab 2014 in Westafrika grassierende Ebola-Virus vom Typ ZEBOV zuvor nur im Kongo-Becken auf, was die Frage aufwirft, wie es in das 1000 Kilometer entfernte isolierte Dorf Meliandou im Süden Guineas gelangen konnte, wo der angebliche Patient Null, ein zweijähriger Junge namens Emile, gelebt haben soll – zumal für die Ansteckung der enge Kontakt mit den Körperflüssigkeiten eines infizierten Lebewesens nötig ist.

Ebola als Paradebeispiel?

Gleichzeitig wurde aber bis heute kein tierischer Wirt für die westafrikanische ZEBOV-Variante Makona gefunden, womit auch die Theorie von der zoonotischen Übertragung auf sehr schwachen Füßen steht. Und darüber hinaus wies der Erreger zahlreiche Besonderheiten auf, welche man zuvor niemals bei natürlich vorkommenden Ebola-Viren registriert hatte: Den phylogenetischen Analysen der Makona-Variante zufolge unterschied

diese sich gleich durch rund 400 Mutationen vom originalen ZEBOV-Virus.

Deshalb äußern Husseini und Latham den Verdacht, dass Makona in einem Versuchslabor des staatlichen Krankenhauses von Kenema im Osten Sierra Leones gezüchtet wurde. Über diese Einrichtung schrieb die Nachrichtenagentur Reuters bereits im Jahre 2011, sie sei „ein Außenposten des ‚Krieges gegen den Terror‘ der US-Regierung ... Die amerikanische Forschung zielt darauf ab, die Anfälligkeit des Westens gegenüber biologischen Kampfstoffen zu begrenzen.“ Und der Ebola-Erreger gilt wegen seiner hohen Tödlichkeit von 50 bis 90 Prozent als potentielle Biowaffe.

Nach den Recherchen von Husseini und Latham wurde das Labor in Kenema damals von der Nichtregierungsorganisation Viral Hemorrhagic Fever Consortium (VHFC) betrieben, welche in Kooperation mit der US-Firma Corgenix Medical sowie der privaten Tulane University in

New Orleans und dem biomedizinischen Scripps Research Institute im kalifornischen La Jolla Ebola-Forschungen durchführte. Bemerkenswerterweise war und ist an der letztgenannten Einrichtung auch der dänische Evolutionsbiologe Kristian Andersen tätig, ein glühender Verfechter der These von der tierischen Herkunft des Erregers SARS-CoV-2, welcher auch 2014 sehr offensiv dafür plädierte, den Ursprung der Ebola-Epidemie im Regenwald von Guinea zu suchen.

„Totale Verwirrung“ in Kenema

Auf jeden Fall hatte das Biolabor in Kenema einen ausnehmend schlechten Ruf, was Sicherheitsvorkehrungen betraf. In diesem Zusammenhang zitierte die US-Nachrichtenagentur Associated Press 2016 aus einer E-Mail des Ebola-Koordinators der Weltgesundheitsorganisation (WHO), Philippe Barboza, vom 8. August 2014, in der es unter anderem hieß, die Betreiber der Forschungseinrichtung „blo-

ckieren systematisch jeden Versuch, das bestehende Überwachungssystem zu verbessern, und es sind viele Verbesserungen erforderlich“.

Ebenso machten Mikiko Senga von der WHO und dessen Kollegen eine Mail des WHO-Experten für Viren-Ausbrüche, Eric Betherat, vom 17. Juli 2014 publik. Darin stand, in Kenema gebe es „absolut keine Kontrolle darüber, was getan wird“, woraus „totale Verwirrung“ resultiere.

Infolgedessen stellte die US-Regierung schließlich im November 2014 ihre bisherige finanzielle Förderung der Forschungen in Kenema ein, woraufhin laut Husseini und Latham aber alsbald zwei private Geldgeber einsprangen und Ende 2014 mehr als 800.000 US-Dollar über das VHFC an Corgenix überwiesen. Das waren die Bill-&Melinda-Gates-Stiftung und die Paul-G.-Allen-Family-Stiftung. Bei Bill Gates und Paul Allen handelt es sich um die Gründer des US-Software-Unternehmens Microsoft.



Hochsicherheitslabor auf Afrikanisch: In dem Regierungskrankenhaus von Kenema wurde auch mithilfe von US-Biologen am Lassa-Fieber geforscht, bevor hier im Jahr 2014 der erste Ebola-Fall in Sierra Leone diagnostiziert wurde

Foto: pa

US-LABORE

Forschung vor Russlands Tür

Wie aus einer offiziellen Auflistung des US-Verteidigungsministeriums hervorgeht, betreiben die Vereinigten Staaten in 22 Ländern der Welt Biolabore, darunter in den beiden ehemaligen zentralasiatischen Sowjetrepubliken Kasachstan und Usbekistan.

Dabei finden in diesen Einrichtungen, welche angeblich zur Verbesserung des globalen „Biorisikomanagements“ beitragen sollen, nachweislich auch Forschungen statt, welche alles andere als risikovermindernd sind und von der dem Pentagon unterstehenden Agentur für die Reduzierung von Bedrohungen der Verteidigungsfähigkeit (DTRA) koordiniert werden. Doch das ist möglicherweise noch nicht alles.

Laut den detaillierten Aussagen des Mittelost-Experten Wladimir Plатов auf der Nachrichtenplattform New Eastern Outlook (NEO) des Institutes für Orientalistik der Russischen Akademie der Wissenschaften hat die DTRA nicht nur in Kasachstan und Usbekistan, sondern auch in Kirgisistan und Tadschikistan Hochsicherheitslabore eingerichtet, wobei diese allesamt angeblich zur Entwicklung biologischer Waffen taugen. So gebe es beispielsweise Hinweise auf Forschungen an Milzbrandregenern in Kirgisistan.

Außerdem seien in der kasachischen Großstadt Almaty durch das britische Logistikunternehmen WN Shipping virologische Laborausrüstungen angeliefert worden, was dafür spreche, dass die Amerikaner und Briten hier gemeinsam forschen.

Der Wahrheitsgehalt von Platows Angaben lässt sich derzeit allerdings nicht durch unabhängige Quellen überprüfen. Außerdem behaupten die USA, die NEO werde von dem russischen Auslandsgeheimdienst SWR betrieben. Gleichzeitig steht jedoch außer Frage, dass die vier zentralasiatischen Staaten von enormer strategischer Bedeutung sind, denn sie liegen sowohl im Bereich der „weichen“ Südgrenze Russlands als auch entlang der ebenso sensiblen Westgrenze des zweiten geopolitischen Hauptrivalen der USA, nämlich der Volksrepublik China. W.K.

WISSENSCHAFTSBERICHT

Ein kleiner „forschungsbezogener Zwischenfall“

Wuhan-Labor als Quelle für das Coronavirus? Eine wissenschaftliche Analyse für den US-Senat schließt diese These nicht mehr aus

Am 27. Oktober veröffentlichte das republikanische Minderheitskomitee des Ausschusses für Gesundheit, Bildung, Arbeit und Renten (HELP) im US-Senat ein Papier mit dem Titel „Eine Analyse der Ursprünge der COVID-19-Pandemie – Zwischenbericht“ (An Analysis of the Origins of the COVID-19 Pandemic. Interim Report), welches frei zugänglich ist unter der Internetadresse: www.help.senate.gov/imo/media/doc/report_an_analysis_of_the_origins_of_covid-19_102722.pdf.

In dem Bericht, der maßgeblich auf Initiative von Senator Richard Burr aus North Carolina entstand und dessen Anhang aus insgesamt 225 Quellennachweisen besteht, wird diskutiert, was plausibel

erscheint: ein natürlicher Ursprung im Rahmen von Übertragungen vom Tier auf den Menschen oder ein Entweichen des künstlich geschaffenen Corona-Erregers aus dem Biosicherheitslabor der Chinesischen Akademie der Wissenschaften in Wuhan. Zu welchem Fazit die Verfasser dabei gelangten, zeigt die Überschrift des Abschnitts IV: „Grundlage für die Einschätzung, dass ein forschungsbezogener Vorfall der wahrscheinlichste Ursprung von SARS-CoV-2 ist.“

Darunter heißt es dann wörtlich: „Ein forschungsbezogener Zwischenfall steht im Einklang mit der frühen Epidemiologie, die eine rasche Ausbreitung des Virus in Wuhan zeigt, wobei die ersten Alarm-

zeichen aus dem Umfeld des Campus am WIV (Wuhan Institute of Virology) im Zentrum von Wuhan kamen. Dies erklärt auch die geringe genetische Vielfalt bei den frühesten bekannten SARS-CoV-2-Infektionen beim Menschen in Wuhan, da der mutmaßliche Patient Null, ein infizierter Forscher, die wahrscheinliche Hauptquelle des Virus in Wuhan ist. Ein forschungsbezogener Zwischenfall erklärt auch das Fehlen eines Zwischenwirts sowie das Fehlen von Infektionen bei Tieren, bevor COVID-19-Fälle bei Menschen detektiert wurden.“

Weiter heißt es: „Die Coronavirus-Forschung am WIV ist aufgrund von dessen Zusammenarbeit mit westlichen Wis-

„Die Hypothese eines natürlichen zoonotischen Ursprungs verdient ... nicht länger den Vertrauensschutz oder die Vermutung der Richtigkeit“

„An Analysis of the Origins of the COVID-19 Pandemic“

senschaftlern bestens dokumentiert. Dennoch forschten in Wuhan noch weitere Institutionen an Coronaviren, unter anderem: Wuhan University, Huazhong Agricultural University, Hubei Centers for Disease Control and Prevention, Hubei Animal Centers for Disease Control and Prevention, Wuhan Centers for Disease Control and Prevention sowie das Wuhan Institute of Biological Products, eine Tochtergesellschaft der staatseigenen Sinopharm, die Impfstoffe herstellt.“

Dem folgt die glasklare Schlussfolgerung: „Die Hypothese eines natürlichen zoonotischen Ursprungs verdient ... nicht länger den Vertrauensschutz oder die Vermutung der Richtigkeit.“ W.K.

Wider die Große Transformation

Steht Deutschland vor einer neuen Friedlichen Revolution? Zumindest demonstrieren Woche für Woche Tausende gegen die politischen Verhältnisse. Doch gilt ihr Protest mehr der Bewahrung des Erreichten als dem Aufbruch in eine neue Gesellschaft

VON KLAUS RÜDIGER MAI

In den letzten Wochen demonstrieren Tausende von Bürgern in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen gegen die Sozial- und Energiepolitik der Bundesregierung und für den Frieden. Aber nicht nur in ostdeutschen Orten wie Magdeburg, Halle, Bautzen, Leipzig, Rostock, Weimar, Cottbus, Apolda und vielen weiteren Städten kam es zu Demonstrationen, sondern auch in westdeutschen Kommunen wie Hanau, Augsburg, Kiel, Mönchengladbach oder Hannover. Alles zusammen Woche für Woche mehr als hunderttausend Bürger.

Über die Demonstrationen lässt sich kaum etwas aussagen, weil die Medien entweder wenig oder gar nicht berichten, nach dem Motto, worüber wir nicht berichten, das existiert auch nicht. So haben sie es bereits mit dem gesellschaftlichen Problem der Migration gehalten. Dass die Probleme der wachsenden Einwanderung nun doch wieder offenbar werden, hat damit zu tun, dass sich die Zahl der Migranten erhöht. Die einzige Antwort der Innenministerin Nancy Faeser darauf lautet, die Einbürgerung zu beschleunigen. Damit erhöht sie die Attraktivität Deutschlands, jedoch nicht für Fachkräfte, die verlassen Deutschland eher, als dass sie kommen.

Misstrauen gegen die Eliten

Schon in der Corona-Pandemie trugen die öffentlich-rechtlichen und andere Medien auch die unsinnigste Maßnahme der Regierung mit, die im Übrigen den Föderalismus frondierten und aufweichten und nicht selten wie mit einzelnen Passagen des Infektionsschutzgesetzes gegen das Grundgesetz verstießen.

So stellen die Demonstrationen im Grunde nur eine Reaktion auf die große Umwälzung unserer Gesellschaft dar, die unter den Begriffen „Great Reset“ oder „Große Transformation“ von den Herrschenden ins Werk gesetzt wird. Bereits Angela Merkel hatte im Bündnis mit den Sozialdemokraten und unter Duldung durch FDP und Grüne mit ihrer Politik der Alternativlosigkeit die Gewaltenteilung aufgeweicht. Das Parlament wurde immer mehr zum Ort der Akklamation für die parteiübergreifende Politik der Großen Transformation. Mit dem CDU-Politiker Stephan Harbarth schickte die damalige Bundeskanzlerin einen Gefolgsmann an die Spitze des Bundesverfassungsgerichts. Dessen Urteile beispielsweise in Sachen „Klima“ und Gebührenerhöhung für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk sehen dementsprechend aus.

In der Pandemie wurden auch grundlegende Bürgerrechte, grundlegende Freiheitsrechte suspendiert. Und es ist kein Zufall, dass der Jurist Thomas Schomerus auf dem „Verfassungsblog“ vorschlug, aus der Corona-Krise für die „Klimakrise“ zu lernen: „Der Kampf gegen das Virus kann eine Vorbildwirkung für die Bekämpfung der globalen Erwärmung haben.“ Denn: „Im Angesicht der tödlichen Gefahr ... nimmt die Bevölkerung in einem beispiellosen Akt der Solidarität massivste Grundrechtseinschränkungen in Kauf ... Diese werden ohne großes Murren hingenommen.“ Schließlich fragt er: „Warum geht in der Corona-Krise, was in der Klimakrise versagt bleibt?“

Szenen eines Niedergangs

Warum wohl vertraut der Bürger nicht vorbehaltlos den Interpretationseliten und nimmt nicht „massivste Grundrechtseinschränkungen“ für die „Bekämpfung der globalen Erwärmung“ hin? Wozu benötigt das Volk, der „große Lümmel“ (Heinrich Heine), überhaupt Grundrechte? Die Linke fordert in dem Programm „Erst besiegen wir Corona. Dann retten wir das Klima“: „Strategische Unternehmen wie marktbestimmende Kon-



Rückkehr der Montagsdemos: Protestzug in Leipzig im Herbst 2022

Foto: imago/Bernd März

zerne der Energie- und Wasserversorgung, Fluggesellschaften, das Gesundheitssystem und andere systemrelevanten Wirtschaftszweige werden auf Grundlage des Grundgesetzes schrittweise in öffentliche Hand gebracht. Beteiligungen des Bundes, um große Unternehmen zu retten, werden aktiv genutzt, um den sozialökologischen Umbau voranzutreiben.“

Der Konzern Uniper wird verstaatlicht, dumm nur, dass nach dem Beschluss zur Verstaatlichung der zweistellige Milliardenverlust des Unternehmens deutlich wird, den dann der Steuerzahler auffangen darf. Bis Ende September hatte sich der ausgewiesene Nettoverlust in diesem Jahr auf 40,3 Milliarden Euro angehäuft, Tendenz steigend, und das Ende der roten Milliardenzahlen ist nicht in Sicht. Rosneft Deutschland und damit das PCK in Schwedt wird unter Treuhand des Bundes gestellt. Im Klartext bedeutet das eben das Aus für das PCK. Wirtschaftsminister Robert Habeck verspielt damit die wirtschaftliche Zukunft der Uckermark – und Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke hat in einem zerfahrenen Statement versucht, das Desaster auch noch schönzureden. Mit Steuer-Milliarden wird man den mittelfristigen Weg in die Arbeitslosigkeit für die Beschäftigten dämpfen. Das PCK hat nach Habecks Willen und Woidkes Beistand seine Zukunft hinter sich.

Leben von der Substanz

Kein deutlicherer Beleg für die Wirklichkeitsfremdheit der gründominierten Bundesregierung besteht, als der Parteilubel der Grünen, der in der Situation aufbrandete, als Habecks Desaster nicht mehr weggemeldet und „weggeframed“ werden konnte. Wer sich als treuer Grüner empfand, verbreitete den Hashtag #DankeRobert, in dem der Wirtschaftsminister dafür gepriesen wurde, dass er Deutschland unabhängig von russischen Gas-Importen gemacht hätte. Die nüchterne Wahrheit lautet, dass Deutschland nicht unabhängig von Russlands Gas-Importen ist, sondern schlicht und ergreifend kein Gas aus Russland mehr bekommt. Da Habeck sich als nicht fähig erwies, ersatzweise Gas aus Katar, aus Norwegen oder Kanada zu bekommen, kauft Deutschland eben teures Gas von den Terminmärkten und aus den USA, was Inflation und Rezession treibt.

Ganz gleich, wohin man schaut: Überall in Wirtschaft, Kultur, Bildung, Bürgerrechten, innerer Sicherheit, Logistik (Bahn, ÖPNV,

Flughäfen, Straßen und Brücken, überhaupt Infrastruktur) sieht man dem Zusammenbruch eines Staates zu, der nur noch von seiner Substanz lebt, aber keine Ressourcen mehr besitzt, die notwendigen Investitionen zu tätigen, weil die verantwortlichen Politiker erstens die Welt retten wollen und nur noch in „planetarischen Grenzen“ denken, keine interessengeleitete, sondern eine wertegeleitete Politik betreiben, sowie zweitens fest entschlossen sind, eine neue Gesellschaft zu begründen, die mit der Gesellschaft der Bundesrepublik nichts mehr zu tun hat, die an die Stelle der sozialen Marktwirtschaft eine ökoideologiebasierte Kommandowirtschaft setzt, eine Staatswirtschaft, der man das so nette, wie falsche Schildchen „klimaneutrale Gesellschaft“ umgehängt hat.

So viele Phänomene man auch identifiziert, weisen sie doch alle in dieselbe Richtung, in Richtung eines vollständigen Gesellschaftsumbaus. So hat Angela Merkel noch als Bundeskanzlerin mit folgenden Worten in Davos für die Große Transformation geworben: „Aber, meine Damen und Herren, das sind natürlich Transformationen von gigantischem, historischem Ausmaß. Diese Transformation bedeutet im Grunde, die gesamte Art des Wirtschaftens und des Lebens, wie wir es uns im Industriezeitalter angewöhnt haben, in den nächsten 30 Jahren zu verlassen – die ersten Schritte sind wir schon gegangen – und zu völlig neuen Wertschöpfungsformen zu kommen.“

Ablehnung einer geplanten Wirtschaft

Es geht in der Großen Transformation um eine Gesellschaft, in der die Politik die Wirtschaft bestimmt, oder in den Worten Robert Habecks: Die freie Marktwirtschaft sei wichtig, aber nur wenn der Staat dafür sorgt, dass „die großen Kräfte der Märkte, der Marktwirtschaft in die richtige Richtung laufen – und dann brauchen wir alle die Freiheit der Märkte, die Kreativität der Unternehmerinnen und Unternehmer.“

Ein Witz aus der Zeit der DDR verdeutlicht, was geschieht, wenn der Staat der Wirtschaft die Richtung vorgibt: „Was geschieht, wenn die Staatliche Plankommission in die Wüste kommt? – Dann wird der Sand knapp.“ Dass der Sand knapp werden könnte, belegen die vielen Sparappelle, die derzeit im Sekundentag gesendet und publiziert werden.

Die Große Transformation, der Umbau der Gesellschaft von der sozialen Marktwirt-

schaft in die klimaneutrale Gesellschaft, in der den Bürgern vorgeschrieben wird, wie sie zu duschen, womit sie zu fahren, wie sie zu reden, was sie zu denken, was sie zu träumen, wie sie sich zu ernähren haben, was sie lesen und sehen sollen, stößt immer mehr auf Ablehnung. Denn der Grundwert unserer Gesellschaft ist die Freiheit, nicht der Weg vom Ich zum Wir, wie er gegenwärtig mit neuen Worten in altbekannter Weise propagiert wird. Die Freiheit ist auch der Quell unserer Erfolge, unseres Wohlstandes.

Der Politikwissenschaftler Werner J. Patzelt warnte vor Kurzem davor: „Eine wichtige Quelle des jetzt schon erkennbaren Protestwillens ist der Eindruck durchaus nicht kleiner Bevölkerungsteile, es ließe sich ein Großteil der Politikerschaft nicht bereitwillig auf der Höhe der zu lösenden Probleme ein, sondern folge weiterhin illusionären Vorstellungen. Bruchpunkt diesbezüglichen Vertrauens war die Migrationspolitik 2015. Damals entstand bei vielen der Eindruck, führende Politiker handelten rein gesinnungsethisch, missachteten also die Gebote der Verantwortungsethik und würden ihren Amtspflichten deshalb nicht gerecht. Wer sich damals politisch im Stich gelassen oder diffamiert fühlte, der neigte anschließend leicht zur inneren Kündigung gegenüber den etablierten Parteien.“

Die Skepsis des Ostens

Doch vielleicht lässt sich Patzelts Beschreibung auch vom anderen Ende her lesen. Vielleicht neigen nicht Bürger „zur inneren Kündigung gegenüber den etablierten Parteien“, sondern haben die etablierten Parteien dem Bürger gekündigt.

Zwei Prozesse lassen sich erkennen: Während westliche Eliten die große Transformation vorantreiben, steht man diesem Transformationswillen in Osteuropa, wo man Erfahrungen mit Wirtschaften besitzt, denen von der Politik die Richtung gewiesen wurde, skeptisch bis ablehnend gegenüber. So bricht ein Gegensatz zwischen den osteuropäischen Staaten einerseits und den westeuropäischen Staaten andererseits auf. Zudem wollen und müssen sich die osteuropäischen Staaten, die Demokratie und Freiheit erkämpft und die Mauer eingerissen haben, nicht länger in Fragen der Demokratie, Freiheit und Wirtschaft vom Westen belehren lassen. Genug Opfer haben sie gebracht, genug Erfolge hart erarbeitet.

Übrigens verläuft diese Linie auch durch Deutschland. Es wäre damals gut gewesen, sowohl zum Gründungsmythos des vereinten Deutschlands als auch des zusammenwachsenden Europas die friedlichen Revolutionen in Osteuropa und in der DDR zu machen, denn diese schufen die Voraussetzungen dafür. Und was wäre für ein freiheitliches und demokratisches Europa grundsätzlicher als eine Friedliche Revolution von Bürgern, die das ermöglicht hat?

Doch es greift zu kurz, die Ablehnung der Großen Transformation allein im Osten verorten zu wollen, sie entsteht auch immer stärker im Westen, im Süden und im Norden Europas in dem Maße, in dem die Bürger dort erkennen, dass ihre Gesellschaft nicht modernisiert, sondern grundsätzlich verändert werden soll. Es findet keine stille Revolution statt, sondern eine Besinnung und ein Beharren auf die grundlegenden Werte Europas, auf die Freiheit, die Bürgerrechte, die Demokratie, die ererbte Kultur und die Marktwirtschaft.

● Dr. Klaus-Rüdiger Mai ist Schriftsteller und Publizist. Zuletzt erschienen „Die Zukunft gestalten wir! Wie wir den lähmenden Zeitgeist endlich überwinden“ (Langen Müller 2021) und „Edith Stein – Geschichte einer Ankunft. Leben und Denken der Philosophin, Märtyrerin und Heiligen“ (Kösel 2022).

www.penguinrandomhouse.de

● MELDUNGEN

Wieder viel Salz in der Oder

Potsdam/Hamburg – Laut aktuellen Messungen ist der Salzgehalt in der Oder erneut gestiegen. Nach Angaben des Gewässerökologen Christian Wolter vom Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei liegt die gemessene Leitfähigkeit des Grenzflusses zwischen der Bundesrepublik und der Republik Polen zwar unterhalb der im Sommer gemessenen Spitzenwerte, als in großem Ausmaß in dem Fluss Fische verendeten, aber doch deutlich über den Durchschnittswerten der vergangenen Jahre. Gegenüber der Wochenzeitung „Die Zeit“ wies der Gewässerökologe darauf hin, dass der Wasserstand der Oder aktuell viel höher sei als im Sommer. Dies bedeute, „die Menge der Salzfrachten ist mindestens genauso hoch oder sogar höher als im Sommer“.

H.M.

19 NGO-Mitarbeiter

Berlin – Die Bundesregierung beschäftigt mittlerweile 19 „ehemalige Mitarbeiter, Funktionsträger oder sogenannte Aktivistinnen“ von Nichtregierungsorganisationen (NGO), „die den Zweck des sozialen Engagements, des Umwelt- oder Klimaschutzes, Tierschutzes oder der Flüchtlings- oder Entwicklungshilfe verfolgen“. Das geht aus einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hervor. Zweifel, „ob die Trennung zwischen Lobbyarbeit und Tätigkeit in der Bundesregierung jederzeit gewährleistet ist“, werden in der Antwort strikt zurückgewiesen. So heißt es dort, dass man „eine unvoreingenommene Entscheidungsfindung in den einzelnen Bundesministerien gewährleistet“ sehe. Und weiter: „Die Partizipation zivilgesellschaftlicher Verbände und Organisationen“ sowie „das Einholen von Meinungen ... auf politischer Ebene sind Dialogprozesse, welche zu einer sachgerechten und objektiven Meinungsbildung beitragen können“.

W.K.

Sorge um Stadtwerke

Berlin – Der Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW) und der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) warnen vor einem Kollaps der deutschen Stadtwerke. In einem offenen Brief an Bundeskanzler Olaf Scholz fordern beide Verbände einen Schutzschirm für Stadtwerke. Wie es in dem Brief heißt, kämpfen die Stadtwerke angesichts der sprunghaft gestiegenen Energiepreise immer öfter mit Liquiditätsschwierigkeiten: „Die Leidtragenden sind mittelständische Unternehmen, die von ihren Versorgern immer weniger Angebote für neue Energielieferverträge bekommen. Viel zu oft wird es im Moment unmöglich, überhaupt noch Lieferangebote zu bekommen.“ Zur Liquiditätssicherung schlagen beide Verbände mehr staatliche Kredite sowie Bürgschaften oder Garantien vor, um das Ausfallrisiko von Handelspartnern an der Börse abzusichern. Zudem soll es auch ein Insolvenzmoratorium für die Industrie, Gewerbebetriebe und Energieunternehmen geben.

H.M.

„LETZTE GENERATION“

Streit um Klima-Kleber spitzt sich zu

Für manche Politiker heiligt das mainstreamige Ziel die Mittel, für andere nicht

VON NORMAN HANERT

Aktivisten der Gruppe „Letzte Generation“ konnten bei ihren Straßenblockaden bislang bei vielen Politikern mit einem hohen Maß an Verständnis rechnen. Mit ihren jüngsten Aktionen scheint sich dies nun zu ändern. Selbst sehr wohlwollenden Unterstützern in der Politik und den Medien fällt es zunehmend schwer, die Attacken der Klimaextremisten auf Kunstwerke, die zum kulturellen Erbe der Menschheit gehören, zu rechtfertigen.

Am Nachmittag des 23. Oktober hatten zwei Aktivisten im Potsdamer Museum Barberini Kartoffelbrei auf Claude Monets Gemälde „Getreideschober“ gekippt. Anschließend klebten sich Klimaaktivisten unter dem 1890 entstandenen Meisterwerk des französischen Impressionismus fest. In einer Pressemitteilung versicherten Mitglieder der „Letzten Generation“, sie hätten das auf 110 Millionen US-Dollar geschätzte Kunstwerk nur „schweren Herzens“ verunstaltet. Der Imageschaden war

dennoch erheblich. So kommentierte etwa Ottmar Edenhofer, Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, die Aktion im Palais Barberini: „Bei allem Verständnis für die Sorge um unser Klima: Solche Aktionen lehnen wir ab.“

„Solche Aktionen lehnen wir ab“

Am Morgen des 31. Oktober war in Berlin eine Radfahrerin von einem Betonmischer überrollt worden und unter dem Fahrzeug eingeklemmt. Wie der „Tagespiegel“ berichtete, hatten Einsatzkräfte der Feuerwehr zur Befreiung der Radfahrerin ein Spezialfahrzeug angefordert, dass durch eine Straßenblockade von Klimaaktivisten im Stau stecken blieb und verspätet am Unfallort eintraf. Wenige Tage später ist das Unfallopfer in einem Berliner Krankenhaus zunächst für hirntot erklärt worden. Kurz darauf verstarb die 44-Jährige.

Nach derzeitigem Ermittlungsstand scheint der von den Aktivisten verursachte Stau letztendlich keinen Einfluss auf die Versorgung des Unfallopfers gehabt zu ha-

ben. Dennoch soll die Berliner Polizei gegen zwei Mitglieder der „Letzte Generation“ Strafanzeige gestellt haben, unter anderem wegen unterlassener Hilfeleistung.

Unabhängig vom Ausgang der weiteren Ermittlungen wird nun die Frage nach den Folgen der inzwischen fast täglichen Straßenblockaden diskutiert. Angeheizt wurde diese Diskussion durch eine Twitter-Botschaft des Berliners Tazio Müller. Dieser twitterte: „Scheiße, aber: nicht einschüchtern lassen. Es ist Klimakampf, nicht Klimakuscheln, & shit happens.“ Die Folge war ein Sturm der Entrüstung und Vorwürfe, Müller habe das Unfallopfer verhöhnt. Müller, der bereits im vergangenen Jahr mit dem Gerede über eine „grüne RAF“ aufgefallen war, löschte schließlich den Tweet und entschuldigte sich für die „dämliche & respektlose Formulierung“.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) forderte angesichts der vielen Störaktionen auf den Straßen eine Verschärfung des Polizei- und Ordnungsrechtes. Der GdP-Sprecher Benjamin Jendro sagte: „Die Hauptstadt wird so lange Wohlfühl-

Biotop für diese Aktionen sein, bis der Rechtsstaat deutlich macht, dass Straftaten nicht toleriert werden können.“

Tatsächlich gab es in Berlin bislang nur einige Verurteilungen von Straßenblockadern zu kleineren Geldstrafen. Auch die Ankündigung, den Klimaklebern in Rechnung zu stellen, wenn die Polizei sie von der Straße entfernen muss, scheint bislang keine abschreckende Wirkung gehabt zu haben. Der CSU-Landesgruppenchef im Deutschen Bundestag Alexander Dobrindt hat nun harte Konsequenzen gefordert. „Wer mutwillig zerstört oder andere gefährdet, sollte nicht nur mit Geldstrafen, sondern auch mit Freiheitsentzug rechnen müssen“, so der CSU-Politiker gegenüber der „Bild“-Zeitung.

„Es ist Klimakampf“

Auch Schadensersatzforderungen könnten sich als ein effektives Abschreckungsmittel herausstellen. Bereits im August hatten sich zwei Mitglieder der „Letzten Generation“ in der Dresdner Gemäldegalerie Alter Meister am Rahmen von Raffaeles „Sixtinischer Madonna“ festgeklebt. Am Bild aus dem 16. Jahrhundert, war kein Schaden entstanden. Nach Angaben der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden musste allerdings der Bilderrahmen restauriert werden. Die dabei entstandenen Kosten belaufen sich auf bis zu 5000 Euro. Weil das Museum zeitweilig schließen musste, entstand auch ein Einnahmeverlust über 7000 Euro. Inzwischen hat die Kunstsammlungen Dresden gegen die beiden „Klimaschützer“ nicht nur Strafanzeige wegen Sachbeschädigung gestellt, sondern klagt in einem zivilrechtlichen Verfahren auch auf Schadensersatz.

Berlins Innensenatorin Iris Spranger (SPD) hat inzwischen großes Verständnis dafür gezeigt, wenn auch Handwerker, denen durch die Straßenblockaden der „Letzten Generation“ Kosten entstehen, über Zivilklagen Schadensersatz geltend machen. Der FDP-Innenpolitiker Björn Jotzo kritisierte Sprangers Vorschlag als „vollkommen realitätsfremd“. Die Berliner FDP regte stattdessen eine zentrale Plattform an, auf der Betroffene Schadensersatzansprüche anmelden können. FDP-Fraktionschef Sebastian Czaja sagte, für „die Betroffenen der Klimakleber, die arbeitende Mitte unserer Stadt, muss es in Zukunft eine realistische und einfache Möglichkeit geben, ihren Schaden geltend zu machen“.



Kollateralschäden werden bewusst in Kauf genommen: Klima-Kleber bei einer Aktion in Berlin

Foto: pa

LANDTAGSWAHL

Geht Nancy Faeser nach Hessen?

Christine Lambrecht könnte dann Innen- und SPD-Chef Lars Klingbeil Verteidigungsminister werden

Die nächste Landtagswahl in Hessen findet zwar erst kommenden Herbst statt, wirft allerdings bereits jetzt ihre Schatten voraus. Im Mittelpunkt stehen zwei aus Hessen stammende SPD-Bundesministerinnen: Innenministerin Nancy Faeser und ihre Kollegin aus dem Verteidigungsressort Christine Lambrecht. Letztere macht als Chefin der Bundeswehr eine ausgesprochen dürftige Figur, und in Berlin gilt es als offenes Geheimnis, dass die Juristin ihre Karriere gerne im Innenministerium fortsetzen würde. Und so haben viele in der Partei es als Versuch eines Weglobens verstanden, als Lambrecht im vergangenen Juni zu Faesers Wahl zur hessischen Landesvorsitzenden verlauten ließ: „Ich setze darauf, dass Nancy Faeser im nächsten Jahr

nicht nur Spitzenkandidatin der SPD in Hessen wird, sondern auch erste Ministerpräsidentin in Hessen.“ Faeser beeilte sich damals, entsprechende Gerüchte zu zerstreuen, und betonte, sie plane keinen Abschied aus der Bundespolitik. Vielmehr freue sie sich auf Großveranstaltungen wie die Fußball-EM im Jahr 2024, die in ihren Kompetenzbereich fallen.

Doch nun hat die Debatte neue Nahrung bekommen. Derzeit regieren CDU und Grüne in Wiesbaden in einem schwarz-grünen Bündnis unter Führung des CDU-Ministerpräsidenten Boris Rhein. Im Vergleich zur vergangenen Landtagswahl stagniert die CDU, während SPD und Grüne in den Umfragen leicht zulegen könnten. Und so wächst die Zuversicht in den Reihen der Genos-

sen, dass die SPD im kommenden Herbst ein für sie schwieriges Bundesland gewinnen könnte. Aus der Partei heißt es, allein die bundesweit bekannte Faeser sei für ein paar zusätzliche Prozentpunkte gut.

Doch für die so Gelobte wäre eine Kandidatur ein großes Risiko. Dass sie als Herausforderin Rheins Innenministerin bleiben kann, gilt als ausgeschlossen. In der SPD wird darauf verwiesen, dass der damalige Umweltminister Norbert Röttgen als CDU-Spitzenkandidat für die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen sein Regierungsamt nicht aufgeben wollte, was der Wähler mit einer krachenden Niederlage quittiert habe. Sollte sich Faeser im Januar als SPD-Spitzenkandidatin aufstellen lassen, könnte das bei

einer Wahlniederlage das Ende ihrer politischen Karriere bedeuten.

Dennoch verdichten sich die Anzeichen, dass Bundeskanzler Olaf Scholz seine Innenministerin zur Kandidatur drängt. Zum einen würden damit voraussichtlich die Wahlchancen seiner Partei in Hessen steigen, zum anderen könnte Lambrecht dann ins Innenministerium wechseln, was auch er will. Das Verteidigungsressort würde dann für SPD-Chef Lars Klingbeil frei. Der Sohn eines Berufssoldaten gilt, so heißt es in Koalitionskreisen, als Wunsch kandidat der Truppe. Er ist Mitglied im Verteidigungsausschuss und engagiert sich schon lange bei der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik (DWT) und im Förderkreis Deutsches Heer (FKH). Peter Entinger

BERLINER SCHLOSS

Ein „kultureller Bruch“

Bundesregierung gerät mit ihrem Plan, die Kuppelinschrift zu verbergen, in heftige Kritik

VON HERMANN MÜLLER

Für das Treffen der G7-Außenminister ist im Münsteraner Friedenssaal ein Kreuz entfernt worden. Wie die „Westfälischen Nachrichten“ berichten, soll das Auswärtige Amt seine Bitte zum Abhängen des Kreuzes gegenüber der Stadt Münster damit begründet haben, dass an dem Treffen Menschen mit unterschiedlichem religiösen Hintergrund teilnehmen. Scharfe Kritik am Abhängen des Kreuzes kam vom Parlamentarischen Geschäftsführer der Unionsfraktion im Bundestag, Thorsten Frei. Er warf der Bundesregierung vor, sie sei traditions- und geschichtsvergessen.

Nur kurze Zeit zuvor waren Pläne der Bundesregierung zur Kuppelinschrift am Berliner Schloss bekannt geworden. Bereits im vergangenen Jahr hat eine „Initiative Leuchtturm“ die Idee präsentiert, das Spruchband an der Kuppel des teilweise rekonstruierten Schlosses mit einer Lichtinstallation nachts mit Texten aus dem Grundgesetz und der Menschenrechtserklärung zu überblenden. Verdecken will die Initiative damit Bibelzitate, die auf Initiative des preußischen Königs Friedrich Wilhelm IV. am historischen Originalbau angebracht worden waren.

Wie die Initiative „Leuchtturm“ im Dezember 2021 mitteilte, will man mit der Lichtinstallation dem Kuppelspruchband „eine dauerhafte, positive und zeitgemäße Aussage entgegensetzen“.

Gegen christliche Symbolik

Wilhelm von Boddien, der sich besonders stark für den Wiederaufbau des Berliner Schlosses engagiert hat, reagierte daraufhin mit einer Warnung. Boddien sagte, er fürchte einen „kulturellen Bruch, wie wir ihn in unserer Geschichte noch nie hatten – die Herrschaft der Säkularisierung über unsere 2000 Jahre alten Wurzeln im Christentum“.

Nun förderte ein Kleine Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zutage, dass die Bundesregierung ein geplantes Kunstprojekt, bei dem die historische Inschrift zeitweilig „mit alternativen, kommentierenden und reflektierenden Texten“ überblendet werden soll, begrüßt. „Die Bundesregierung ist sich der Problematik bewusst, die von einer städtebau-



„Aussage entgegensetzen“: Die Schlosskuppel mit den attackierten Bibelzitenen

Foto: imago/PEMAX

lich und baukulturell begründeten, gleichwohl politisch und religiös interpretierbaren Wiederherstellung der monarchischen und christlichen Symbolik am Gebäude einer Institution wie des Humboldt-Forums ausgeht.“ Wie weiter aus einer Antwort der Bundesregierung vom 28. Oktober auf die Anfrage der Unionsfraktion hervorgeht, wird derzeit sogar schon geprüft, inwieweit das Projekt technisch realisierbar ist.

Angesichts dieser Entwicklung reagierten Unionspolitiker alarmiert. Christiane Schenderlein, kulturpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, fordert, die Kuppelinschrift müsse sichtbar bleiben. Eine als Kunstinstallation deklarierte Überblendung „lehnen wir vehement ab“, so Schenderlein. Die Christdemokratin äußerte zudem die Befürchtung, dass in einem weiteren Schritt auch noch das Kreuz auf der Schlosskuppel infrage gestellt wird.

Günter Nooke, der Ländervorsitzende für Berlin und Brandenburg des Evangelischen Arbeitskreises von CDU und CSU,

warf Claudia Roth (Grüne) wegen ihrer Vorbehalte gegen den Schriftzug „Intoleranz gegenüber dem christlichen Glauben sowie den eigenen geschichtlich-kulturellen Wurzeln“ vor. Die Kulturstatsministerin konterte mit der Aussage, die Kuppelinschrift sei aus Sicht vieler Historiker eindeutig eine politische Botschaft. Roth sagte, die Inschrift stehe für ein Königtum, „das seinen Machtanspruch allein auf Gott begründete und eben nicht auf die Macht und Selbstbestimmung des Volkes“.

Aber für den Ruf des Muezzin

Im Kontrast zu dieser sehr kritischen Sichtweise auf überlieferte christliche Symbole wie im Münsteraner Friedenssaal oder am Berliner Schloss steht ein Umgang, der immer öfter zu beobachten ist, wenn es um den heutigen Islam geht. Mit Genehmigung der Stadt darf seit dem 14. Oktober etwa die Ditib-Zentralmoschee in Köln mit einem Muezzinruf öffentlich zum Freitagsgebet aufrufen. Kritiker wie der Islamismus-Experte Ahmad

Mansour sehen im Muezzinruf nichts weniger als eine „Machtdemonstration des politischen Islam“. Der Muezzin rufe, dass es keinen anderen Gott als Allah gebe und dass Mohammed sein Gesandter sei, so Mansour.

In Berlin sorgt aktuell eine Projekt-Förderung für den sogenannten „Rat Berliner Imame“ für Gesprächsstoff. Laut Medienberichten finanziert das Land Berlin mit mehr als 100.000 Euro pro Jahr auch Gruppen, die radikal-islamische und homophobe Prediger in ihren Reihen haben, welche vom Verfassungsschutz beobachtet werden.

Im Berliner Abgeordnetenhaus haben CDU, AfD und SPD die finanzielle Förderung des „Rats Berliner Imame“ durch die Senatskulturverwaltung inzwischen scharf kritisiert. Die religionspolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Susanna Kahlefeld, erklärte dagegen, sie halte die Organisation eines Berliner Rats der Imame „religions- und gesellschaftspolitisch für sinnvoll und förderungswürdig“.

BAHNVERKEHR

Kein Halt mehr in Wittenberge

Standortentwicklung in Gefahr: Nach dem Wechsel zu Flixbahn droht der Elbestadt die Abnabelung

Preiswerter Wohnraum und eine gute Bahnbindung auf halber Strecke zwischen Berlin und Hamburg bieten Vorzüge, mit denen die Elbestadt Wittenberge in den vergangenen Jahren sogar auf Europas größter Fachmesse für Immobilien und Investitionen für sich geworben hat. Wie die steigende Einwohnerzahl der Stadt in der Prignitz beweist, haben Wohnungssuchende vor allem wegen der guten Fernzuganbindung in Richtung Hamburg den Ort als Alternative entdeckt.

Allein in den Bahnhof sollen rund 50 Millionen Euro investiert werden. Das denkmalgeschützte Gebäude aus dem Jahr 1846 soll ab kommendem Jahr saniert werden. Der klassizistische Bau soll künftig ein Gründerzentrum und sogenannte Co-Working-Büros beherbergen.

Konterkariert werden diese Bemühungen nun durch die Absicht des Bahn-

betreibers Flixbahn, den Halt in Wittenberge aus dem Fahrplan zu streichen. Flixbahn ist es beim Vergabeverfahren gelungen, ab dem Fahrplanwechsel 2022/23 den Zuschlag für einige IC-Verbindungen zu erhalten, die bisher von der Deutschen Bahn bedient wurden. Je nach Fahrtrichtung geht es dabei um drei oder vier Zeitfenster auf der Strecke Hamburg-Berlin.

Wie ein Blick in den neuen Fahrplan zeigt, will das Unternehmen mit den grünen Zügen zwischen Dezember und März auf der Strecke täglich nur einen Zug fahren lassen. Der Halt in Wittenberge und auch in Ludwigslust wurde gestrichen. Das Vorgehen des Bahnbieters ist durchaus regelkonform. Erhält ein Unternehmen beim Vergabeverfahren für den Fernverkehr den Zuschlag, kann es nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten selbst entscheiden, an welchen Bahnhöfen ein

Halt erfolgt. Leidtragende sind aus Sicht des parteilosen Wittenberger Bürgermeisters Oliver Hermann die Eisenbahnnutzer im ländlichen Raum. Diese müssten „jedes Jahr neu zugucken, wie ist es denn nun mit verlässlicher Bahnbindung“, so Hermann, der seit 2008 Bürgermeister der 20.000-Einwohner-Gemeinde ist. Der Anbieterwechsel hat auch Auswirkungen auf die Bahnkunden, die sich Jahres- und Monatskarten der Deutschen Bahn kaufen. Diese Karten werden nämlich in den Zügen des Konkurrenten Flixbahn nicht akzeptiert.

Anlässlich des Fahrplanwechsels 2022/23 hatte der Wittenberger Bürgermeister bereits im Oktober einen offenen Brief geschrieben. Adressaten waren unter anderem die Deutsche Bahn und das Bundesverkehrsministerium. Darin wies Hermann darauf hin, dass Flixbahn

schon im Fahrplan 2021/22 aus wirtschaftlichen Gründen „leider nur eingeschränkt bedienen“ konnte und „das Angebot dann aufgrund der Corona-Situation nach wenigen Wochen ganz eingestellt“ habe. An die Adresse des Bundes gerichtet forderte er, dieser müsse mittelfristig „die rechtlichen Voraussetzungen schaffen, damit die Art der Trassenvergabe nicht zu einer kundenunfreundlichen Einschränkung der Gesamtdienstleistung führt“.

Wie die „Berliner Zeitung“ berichtet, hat DB Netz in diesem Jahr lange gebraucht, um einen vorläufigen Netzfahrplan zu veröffentlichen, was insgesamt zu längerer Unsicherheit in der Branche geführt hat. Als Folge der Unsicherheit sollen Bahnunternehmen Zeitfenster für Verbindungen über ihren eigentlichen Bedarf bestellt haben. H.M.

KOLUMNE

Shit happens?

VON VERA LENGSELD

Seit Januar dieses Jahres macht eine Bande, die sich „Letzte Generation“ nennt, durch spektakuläre Aktionen auf sich aufmerksam. Sie blockiert Straßen, indem sich ihre Mitglieder auf dem Asphalt festkleben und den Verkehr behindern, und sie attackiert Gemälde, die zum Weltkulturerbe gehören, mit Tomatensuppen oder Kartoffelbrei.

Es handelt sich dabei keineswegs um verzweifelte Jugendliche, die zu den falschen Mitteln greifen, wie eine nachsichtige Berichterstattung die Öffentlichkeit glauben machen will, sondern laut „Welt“ um eine straff organisierte Gruppe, die von einer kleinen Führungsriege angeleitet wird. Es soll sogar Annoncen geben, mit denen die „Letzte Generation“ mit angekündigter Bezahlung um „Aktivisten“ wirbt.

Es hat schon vor dem Tag, an dem eine Mutter von drei Kindern mit ihrem Rad unter einen Betonmischer geriet, Berichte darüber gegeben, dass die „Letzte Generation“ auch Rettungsfahrzeuge behindert hat. Es gibt auf Facebook mindestens ein Video, das einen Rettungssanitäter zeigt, der vergeblich versucht, eine „Aktivistin“ zu überzeugen, ihn durchzulassen. Am Montag, dem 31. Oktober, geschah das, was zu befürchten war. Ein Einsatzfahrzeug der Feuerwehr konnte nicht rechtzeitig zum Unfallort gelangen, weil es in einem von der „Letzten Generation“ verursachten Stau feststeckte.

Was sich hinterher abspielte, um die Sache zu vertuschen, ist fast noch gruseliger als der tödliche Unfall selbst. Die Polizei, die auf Twitter den Tod der Frau meldete, korrigierte sich kurz darauf mit einer „Entschuldigung“. Es sei lediglich der Hirntod festgestellt worden, das Unfallopfer werde weiter intensivmedizinisch betreut.

Es gibt kein Erschrecken über die Folgen ihrer „Aktion“. Der Kommentar eines Anhängers: „Shit happens“. Es ist schließlich Klimakampf und nicht Klimakuscheln.

MELDUNG

Urkunden nicht zu bekommen

Berlin – Bürger und Politiker waren gleichermaßen überrascht, dass eine im September veröffentlichte Studie der Vereinten Nationen ausgerechnet der deutschen Hauptstadt bescheinigte, bei der Digitalisierung der Verwaltung einen weltweiten Spitzenplatz unter den großen Metropolen einzunehmen. Im Kontrast zur Einschätzung der UNO waren die Berliner Standesämter Anfang November zeitweise nicht in der Lage, bestimmte Urkunden auszustellen. Als Auslöser der Probleme nannten mehrere Berliner Bezirksverwaltungen die Aktualisierung eines Computerprogramms, die deutlich länger als geplant gedauert habe. Laut rbb waren vorübergehend die Ausstellung von Geburts- oder Sterbeurkunden und auch Einträge ins Eheregister nicht möglich. Ursprünglich hatte die Erneuerung des Computerprogramms lediglich ein Wochenende in Anspruch nehmen sollen. Zum Start der Woche war die Aktualisierung der Software dann jedoch nicht abgeschlossen. H.M.

● MELDUNGEN

Darstellung
geschleift

Uschhorod – In Transkarpatien, der westlichsten Region der Ukraine, die bis zum Diktatfrieden von Trianon von 1921 durchgehend zu Ungarn gehört hatte und in der immer noch rund 150.000 ethnische Ungarn leben, ist die Darstellung eines Turul niedergefallen worden. Dieses geflügelte Fabelwesen und Wappentier in der ungarischen Heraldik, eine Mischung aus Adler und Falke, hat in Ungarn fast die Bedeutung eines Nationalsymbols, und ist auf jeden Fall positiv besetzt. Die Schleifung der erst 2008 rekonstruierten Darstellung vor der mittelalterlichen Burg Palanok ist offenbar ein Racheakt dafür, dass die ungarische Regierung Waffenlieferungen für die Ukraine über ungarisches Territorium nicht zulässt und an den Handelsbeziehungen zu Russland festhält. Das ukrainische Vorgehen hat in Ungarn große Empörung ausgelöst. **W.K.**

„Preis, den wir
zahlen müssen“

Helsinki – Kriegsgüter, das der Westen der Ukraine für den Krieg gegen Russland zur Verfügung gestellt hat, ist in den Händen der Organisierten Kriminalität gelandet. Das bestätigte der Oberkommissar Christer Ahlgren vom finnischen National Bureau of Investigation (NBI) im Interview mit dem Radiosender Yle News. Laut Ahlgren landeten die Waffen vor allem bei Rockergruppen in Finnland, Schweden, Dänemark und den Niederlanden, weil Gangs wie die Banditos in nahezu jeder größeren ukrainischen Stadt Mitglieder haben, die für die meist per Schiff erfolgenden Lieferungen sorgen. Der Polizeibeamte kommentierte das Ganze mit den Worten: „Die Ukraine hat große Mengen an Waffen bekommen, und das ist gut. Aber wir werden auf Jahrzehnte mit diesen Waffen zu tun haben. Das ist der Preis, den wir zahlen müssen.“ **W.K.**

Inflationsraten
variieren stark

Luxemburg – Die Inflation in der Eurozone hat nach einer Inflationsrate von 9,9 Prozent im September im Oktober erstmals mit 10,7 Prozent einen zweistelligen Wert erreicht. Nach Angaben des Statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat) stiegen die Energiepreise mit 41,9 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat besonders stark. Lebensmittel, Tabak und Alkohol verteuerten sich um 13,1 Prozent. Die Preise für Industriegüter ohne Energie kletterten um 6,0 Prozent, die für Dienstleistungen um 4,4 Prozent. Hinter dem Wert einer durchschnittlichen Teuerung von 10,7 Prozent innerhalb der Eurozone stehen zum Teil sehr stark abweichende Inflationsraten auf nationaler Ebene. Vergleichsweise niedrig fiel die Inflation in Frankreich mit 7,1 Prozent und Spanien mit 7,3 Prozent aus. Für die drei baltischen Staaten ermittelte Eurostat hingegen Inflationsraten von über 20 Prozent. Abweichend vom Statistischen Bundesamt ermittelte Eurostat auf Grundlage seiner eigenen Rechenmethode für Deutschland eine Inflation von 11,6 Prozent. **H.M.**

MILITÄR

Wehrpflicht in Europa vor der Rückkehr?

Wie es die Länder Europas im Schatten des Ukrainekrieges mit dem Pflichtdienst halten

VON BODO BOST

Es gibt einen möglichen Bedarf, sich auf dem Gebiet der NATO oder auf dem Gebiet Europas verteidigen zu müssen, der die Notwendigkeit rechtfertigen könnte, Menschen einzuberufen. Das würde Sinn machen.“ So äußerte sich Anfang vergangenen Monats Admiral Michel Hofman, seit 2020 Befehlshaber der belgischen Streitkräfte, gegenüber dem Rundfunk seines Landes. Der Ukrainekrieg hat nicht nur in Belgien, sondern in ganz Europa eine Debatte neu entfacht, die manchen noch vor wenigen Monaten als anachronistisch erschien: die um die Wehrpflicht.

Lettland hat sie diesen Juli im Angesicht des Ukrainekrieges wieder eingeführt. Nach seinem Beitritt zur NATO, die Sicherheit versprach, hatte das baltische Land sie 2007 abgeschafft. Kurz darauf geschah dasselbe in Litauen. Von den drei Baltenstaaten hatte nur Estland die Wehr-

„Es gibt einen möglichen Bedarf, sich auf dem Gebiet der NATO oder auf dem Gebiet Europas verteidigen zu müssen, der die Notwendigkeit rechtfertigen könnte, Menschen einzuberufen“

Admiral Michel Hofman
Befehlshaber der belgischen
Streitkräfte

plicht nie abgeschafft. In der Armee von Estland gibt es fast genauso viele Berufssoldaten wie Wehrpflichtige.

Wehrgerechtigkeit in Norwegen

Nach dem Kalten Krieg sah das Gros Europas keine Notwendigkeit mehr für die Wehrpflicht auf einem Kontinent, auf dem Konflikte und Bedrohungen gebannt schienen. Die Wehrpflicht wurde in den meisten europäischen Ländern zugunsten einer Berufsarmee abgeschafft: 1991 in Frankreich, 2001 in Spanien und 2008 in Polen. Als Vorreiter dieses Trends schaffte das Vereinigte Königreich die Wehrpflicht bereits 1960 ab.

Zu den europäischen Ländern, die neben Estland an der Wehrpflicht festhielten und sie also nie abschafften, gehörten vor allem die zum Teil neutralen skandinavischen Länder Finnland, Norwegen und Dänemark sowie Griechenland, Österreich, Zypern und die Schweiz. Die Wehrpflicht ist für einige kleine Län-

der von entscheidender Bedeutung, um eine eigenständige Landesverteidigung zu gewährleisten. Davon abgesehen lässt sich konstatieren, dass je näher die Grenze zu Russland ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit einer Wehrpflicht.

Wehrpflicht ist nicht gleich Wehrpflicht. Gegebenheiten, Bedingungen und Dauer variieren von Staat zu Staat stark. Die Dauer beispielsweise beträgt in Hellas neun Monate bis ein Jahr, in Finnland sechs Monate bis ein Jahr und in Zypern bis zu 14 Monate. In Österreich und der Schweiz ist es möglich, statt des Wehrdienstes Zivildienst zu leisten.

Norwegen machte 2014 als erstes europäisches Land mit der Wehrpflicht für alle Ernst und den Dienst an der Waffe auch für die Frauen zur Pflicht. In den anderen Ländern können Frauen in den Streitkräften Dienst leisten, müssen es aber nicht.

Wehrgerechtigkeit in Russland

In Dänemark ist der Wehrdienst theoretisch obligatorisch, aber derzeit wird der Bedarf der Armee durch die Zahl der Freiwilligen gedeckt, sodass er in der Praxis freiwillig ist. In der Ukraine, in der die Wehrpflicht zwischenzeitlich abgeschafft worden war, müssen seit Januar 2020 unter Hinweis auf die „Verschlechterung der Sicherheitslage im Osten und Süden des Landes“ Männer im Alter von 18 bis 27 Jahren wieder Wehrdienst leisten.

In Russland gilt de jure die Wehrpflicht. Jeder, der über genügend finanzielle Mittel verfügte, konnte sich bislang davon freikaufen. Deshalb sucht man Söhne von Oligarchen und der politischen Elite in der russischen Armee vergeblich. Um die Verluste der russischen Armee in der Ukraine aufzufüllen, musste Russlands Präsident Wladimir Putin nun auf das Mittel der Teilmobilmachung zurückgreifen. Viele junge Russen versuchen, sich dieser zu entziehen, indem sie Bestechungsgelder zahlen oder falsche Zeugnisse vorlegen. Die Folge ist, dass die ärmsten Bevölkerungsgruppen und damit die ethnischen Minderheiten in der russischen Armee überrepräsentiert sind. Dies wiederum hat in den letzten Wochen in einigen Minderheitenregionen, zum Beispiel im Kaukasus, in Tatarstan oder in Burjatien zu Massenprotesten gegen die russische (Kolonial-)Herrschaft geführt – eine schwere Hypothek für Putins Krieg in der Ukraine.



Norwegen machte 2014 als erstes europäisches Land mit dem Wehrdienst für alle ernst und den Dienst an der Waffe auch für die Frauen zur Pflicht: Norwegische Soldatinnen bei der Rundumverteidigung
Foto: Norwegian Army / Adrian Lombardo

EUROPÄISCHE STAATSANWALTSCHAFT

Es besteht Hoffnung auf Aufklärung

Die von Kövesi geleitete EuSta untersucht den Impfdeal zwischen von der Leyen und Pfizerchef Bourla

Die Europäische Union hat sich in sehr großzügiger Weise mit dem Corona-Impfstoff Comirnaty von BioNTech/Pfizer eingedeckt. Der ersten Bestellung von 1,8 Milliarden Dosen für 35 Milliarden Euro folgte noch eine zweite über 4,6 Milliarden Dosen im Werte von weiteren 71 Milliarden Euro.

Trotz dieser gewaltigen Summen wurden die wesentlichen Details der Verträge per SMS-Austausch zwischen dem Pfizer-Konzernchef Albertos Bourla und der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ausgehandelt. Dabei stieg der Preis für das Vakzin im Verlaufe der Korrespondenz, anstatt zu sinken, wie es bei der Abnahme von größeren Mengen einer Ware normalerweise üblich ist. Deshalb sollte von der Leyen die entsprechenden Textnachrichten offen-

gen, was sie aber bis heute nicht tat. Ebenso verweigerte Bourla jedwede Auskunft über die Abmachungen. Das ließ bei den EU-Rechnungsprüfern die Alarmglocken schrillen, zumal inzwischen auch noch Gerüchte laut wurden, dass das US-amerikanische Unternehmen für personalisierte Zell- und Gentherapie Orgenesis Inc., dessen medizinischer Direktor der Ehemann der EU-Kommissionspräsidentin, Heiko von der Leyen, seit September 2020 ist, mit Pfizer in einer Geschäftsbeziehung steht.

Vor diesem Hintergrund ist nun die seit Juni 2021 existierende Europäische Staatsanwaltschaft (EuSta) aktiv geworden. In einer Pressemitteilung heißt es hierzu: „Die Europäische Staatsanwaltschaft ... bestätigt, dass sie eine laufende Untersuchung zum Erwerb von Covid-

19-Impfstoffen in der Europäischen Union führt. Diese außergewöhnliche Bestätigung erfolgt wegen des extrem hohen öffentlichen Interesses. Zu diesem Zeitpunkt werden keine weiteren Details veröffentlicht.“ Auch wenn der Name der EU-Kommissionspräsidentin in der Mitteilung nicht fiel, so herrscht doch nun „große Nervosität“ in der Brüsseler Chefetage, wie das gewöhnlich gut informierte Blatt „Politico“ berichtete.

Die Unruhe scheint durchaus angebracht. Bislang war es der Kommissionspräsidentin stets gelungen, unbequeme Fragesteller wie die Europäische Bürgerbeauftragte Emily O'Reilly abblitzen zu lassen, wobei sie Rückendeckung von der äußerst dreist argumentierenden EU-Kommissarin für Werte und Transparenz, Věra Jourová, erhielt. Bei der EuSta

könnte sie allerdings Schwierigkeiten haben, damit durchzukommen, wird die in Luxemburg sitzende Einrichtung doch von Laura Codruța Kövesi geleitet. Die Juristin aus Rumänien hat von 2013 bis 2018 die Nationale Antikorruptionsbehörde Rumäniens (DNA) geleitet und dabei eine beachtliche Härte und Konsequenz an den Tag gelegt, womit sie sich zahlreiche Feinde machte, darunter der rumänische Justizminister Tudorel Toader, der israelische Milliardär Beny Steinmetz und diverse Mafiabosse. Wenn überhaupt jemandem zuzutrauen ist, aufzuklären, ob der europäische Steuerzahler durch den Impfstoffdeal zwischen von der Leyen und Bourla um möglicherweise Milliardensummen geprellt wurde, dann ist das zurzeit Kövesi.

Wolfgang Kaufmann

VON HERMANN MÜLLER

Derzeit hagelt es für den gemessen am Umsatz mit Abstand größten Chemiekonzern der Welt vor allem Kritik und schlechte Nachrichten. In den vergangenen Monaten musste sich BASF anhören, es habe mit dem Einkauf von russischem Erdgas die Abhängigkeit von Russland verfestigt. Eher selten wird bei dieser Kritik darauf hingewiesen, dass der im internationalen Vergleich sehr günstige Preis für die russischen Gaslieferungen BASF geholfen hat, die Stellung als weltweiter Branchenprimus zu erringen. BASF ist in Deutschland immerhin der größte industrielle Gasverbraucher. Allein im Stammwerk in Ludwigshafen arbeiten rund 39.000 Menschen.

Aktuell steht das Unternehmen in der Kritik, weil es harte Sparmaßnahmen angekündigt hat, die vor allem das Stammwerk betreffen werden. Der Chemiekonzern plant, ab 2025 jährlich eine halbe Milliarde Euro einzusparen. Mehr als die Hälfte der Kosten sollen am Standort Ludwigshafen eingespart werden. Als Teil des Sparkurses sollen auch Arbeitsplätze wegfallen. Grund für diesen Weg ist laut BASF ein starker Gewinneinbruch im dritten Quartal. Nach Unternehmensangaben ist vor allem in Europa und besonders in Deutschland das Ergebnis schwächer ausgefallen als erwartet. Im dritten Quartal 2022 war der Gewinn des Chemiekonzerns um 28 Prozent eingebrochen. Wie BASF erklärte, sind seine europäischen Standorte von einer dreifachen Belastung aus schleppendem Wachstum, hohen Energiekosten und Überregulierung betroffen. „Diese herausfordernden Rahmenbedingungen in Europa gefährden die internationale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Produzenten und zwingen uns, unsere Kostenstrukturen schnellstmöglich und auch dauerhaft anzupassen“, so der Vorstandsvorsitzende des Chemiekonzerns, Martin Brudermüller.

Die IGBCE hat Proteste angekündigt

Die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IGBCE) hat unterdessen Proteste gegen die Kosteneinsparungen angekündigt. Der IG-BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis erklärte: „Tiefe Einschnitte an den heimischen Standorten anzukündigen, während Politik und Sozialpartner einen milliarden schweren Abwehrschirm aufspannen, ist ... instinkt- und respektlos.“ Der Bezirksleiter der IG BCE Ludwigshafen, Gunther Kollmus, räumte gegenüber dem Südwestrundfunk (SWR) ein, in Anbetracht der gesamtwirtschaftlichen Lage seien Sparpläne zu erwarten gewesen. „Aber dass es gleich ein 500-Millio-



Nur wenige Tage nach ihrer Rückkehr aus China kamen sie beim Kanzlerbesuch im BASF-Werk im südbrandenburgischen Schwarzheide erneut zusammen: Bundeskanzler Olaf Scholz und der BASF-Vorstandsvorsitzende Martin Brudermüller

CHEMIEBRANCHE

BASF sieht sich zu hartem Sparkurs gezwungen

Das Unternehmen kritisiert am Standort Europa zu geringes Wachstum, zu hohe Energiekosten und Überregulierung

nen-dauerhaftes-Sparprogramm werden soll – das ist schon ein massives Kaliber.“

Fast zeitgleich zur Ankündigung des Sparprogramms wurden Pläne bekannt, denen zufolge der Konzern sein China-Engagement kräftig ausbauen will. Nur kurz vor Beginn der Corona-Pandemie hatte BASF im südchinesischen Zhanjiang ein neues riesiges Werk eingeweiht. Nach eigenen Angaben will BASF bis 2030 insgesamt zehn Milliarden Euro in seinen neuen, drittgrößten Standort in Südchina investieren. Trotz der aktuellen weltpolitischen Lage hält das Unternehmen an den Investitionsplänen in Fernost fest. Ins Bild passend, begleitet BASF-Chef Martin Brudermüller neben anderen Topmanagern deutscher Unternehmen Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) bei dessen China-Besuch.

Reinhard Bütikofer, der für die Grünen im Europaparlament sitzt, kritisierte

die China-Pläne des Chemieriesen besonders aggressiv. Bütikofer sagte, der BASF-Chef sei gemeinsam mit den Chefs von Siemens und Volkswagen Wortführer „einer Politik gegenüber China, die die bitteren Realitäten des Landes hinter den eigenen wirtschaftlichen Erfolg zurückstellt und gesamtwirtschaftliche sowie geostrategische Anliegen hintanstellt“. Gegenüber dem SWR führte der Grünen-Politiker weiter aus, er sehe den Aufbau eines zweiten Ludwigshafens in Südchina kritisch.

Expansion in China geplant

Noch vor dem Scholz-Besuch in China hatte der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Siegfried Russwurm, einen völlig anderen Ton angeschlagen als Bütikofer. Politisch und wirtschaftlich sei eine Entkopplung

von der Volksrepublik China „weder wünschenswert noch sinnvoll“, so der Manager.

Nur wenige Tage nach der Rückkehr aus China kamen Scholz und BASF-Chef Brudermüller erneut zusammen. Dabei stand ein Besuch des Kanzlers im BASF-Werk im südbrandenburgischen Schwarzheide auf dem Terminplan. Besichtigt wurde in der Lausitz die Baustelle für eine neue Produktion von Kathodenmaterialien. Trotz der angekündigten Sparpläne hält BASF am Aufbau einer Produktion für Batteriematerialien in Schwarzheide weiter fest. Anteil daran dürfte nicht zuletzt die Millionenförderung für das Batterieprojekt in der Lausitz durch die öffentliche Hand haben. Bereits 2020 hatte der Chemiekonzern für das Projekt einen Förderbescheid in Höhe von 175 Millionen Euro erhalten.

WEIZEN-STREIT

Warum Russland aus- und gleich wieder einstieg

Moskau und Kiew beschuldigen sich gegenseitig, das „Schwarzmeer-Abkommen“ nicht einzuhalten

Während in westlichen Medien Russland die Unterbrechung des im Juli unter der Vermittlung der Türkei und der UN geschlossenen „Schwarzmeer-Abkommens“, das die Einrichtung eines humanitären Korridors für den Export von Getreide aus der Ukraine vorsieht, angelastet wird, gibt es aus russischer Sicht triftige Gründe für den Ausstieg aus dem Abkommen.

Auslöser für Moskaus Blockade waren vordergründig Drohnenangriffe auf die russische Schwarzmeerflotte in Sewastopol. Jedoch, so die russische Seite, seien auch Begleitschiffe, welche die Getreide-Exporte schützen sollten, unter Beschuss geraten. Das Abkommen sei das Ergebnis konstruktiver russisch-ukrainischer Verhandlungen, womit die leise Hoffnung bestanden habe, dass sich dies insgesamt positiv auf den Ukrainekrieg auswirken könnte.

Schon kurz nach Einrichtung des Korridors zeigte sich Moskau mit der Umsetzung der Vereinbarung unzufrieden, da ein Großteil der Getreidelieferungen nicht in die von Hunger bedrohten Länder Afrikas ginge, sondern in westeuropäische Länder wie Italien, die Niederlande und Deutschland. Die Staaten, die laut UN in die Kategorie mit dem niedrigsten Einkommen fallen, hätten lediglich drei Prozent des ukrainischen Getreides erhalten. Nur fünf von mehr als 400 Schiffen, die aus ukrainischen Häfen ausliefen, hätten Fahrt Richtung Afrika aufgenommen. Laut UN-Angaben vom 30. Oktober haben 43 Prozent der Mais-Lieferungen reiche Länder erhalten, darunter Spanien, Italien, Deutschland, die Niederlande, Israel und Südkorea. Der Weizenanteil habe nur 28 Prozent des aus der Ukraine exportierten Getreides betragen. Außer Weizen würden auch Gerste,

Sonnenblumensaat und -öl, Sojabohnen sowie Raps ausgeführt.

Russland ist zudem überzeugt, dass der humanitäre Korridor für Waffenschmuggel in die Ukraine genutzt wurde. Der ständige Vertreter Russlands bei der UN, Wassilij Nebensja, sagte, dass mehr als 70 ukrainische Schiffe aufgehalten werden mussten, weil sie gegen die Grundlage der Vereinbarung verstoßen hatten.

Der Kreml fordert Garantien

Ein wichtiger Punkt der Frustration Moskaus sind fehlende Fortschritte bei den Russland betreffenden Punkten des Abkommens. UN-Generalsekretär Antonio Guterres soll Maßnahmen für die Wiederaufnahme russischer Getreidelieferungen auf dem Weltmarkt in Aussicht gestellt haben. Zwar verbieten die Sanktionen nicht die Ausfuhr russischer Lebensmittel,

aber sie schaffen Hürden. Russland, das neben der Ukraine ein großer Getreide-Exporteur ist, hatte sich daher durch das Abkommen Chancen ausgerechnet auf Erleichterungen auf dem Weltmarkt. In diesem Jahr rechnet das Land mit einem Ernteertrag von 150 Millionen Tonnen Getreide, davon 100 Millionen Tonnen Weizen.

Inzwischen ist Russland wieder in das Abkommen eingestiegen, nachdem Kiew schriftliche Garantien gegeben haben soll, den humanitären Korridor und die Häfen nur für die Ausfuhr von Lebensmitteln zu nutzen. Gemeinsam mit der Türkei, deren geostrategisches Gewicht durch ihre Vermittlerrolle zugenommen hat, versprach Putin nun, 500.000 Tonnen Weizen kostenlos an Somalia, Dschibuti und den Sudan abzugeben. Russland ist bemüht, sein beschädigtes Image aufzubessern.

Manuela Rosenthal-Kappi

MELDUNGEN

Schon 2021/22 wurde gefroren

Wiesbaden – In der Bundesrepublik fehlte laut Auskunft des Statistischen Bundesamtes bereits im vergangenen Winter 2,6 Millionen Einwohnern das nötige Geld, um die Wohnung ausreichend zu beheizen. Das waren 3,2 Prozent der Bevölkerung. Besonders hoch war der Anteil bei den allein Lebenden mit 4,3 Prozent und bei den Alleinerziehenden mit 4,7 Prozent. In der EU war der Anteil an der Gesamtbevölkerung doppelt so hoch. Dabei gab es große regionale Unterschiede. Während im vergleichsweise wohlhabenden finnischen Wohlfahrtsstaat trotz der überdurchschnittlich harten Winter nur jeder 100. aus finanziellen Gründen zu Hause gefroren hat, tat das in Griechenland fast jeder Fünfte und in Spanien jeder Sechste. W.K.

Protest gegen LNG-Terminal

Wilhelmshaven – Das geplante Importterminal für Flüssigerdgas (LNG) in Wilhelmshaven könnte zu schweren Umweltschäden im Bereich des Jadebusens führen. Als größte Gefahrquelle gilt die schwimmende Speicher- und Wiederverdampfungseinheit „Höegh Esperanza“. Deren Leitungssysteme müssen regelmäßig mit Chlor und anderen Bioziden gereinigt werden. Dadurch werden in Zukunft bis zu 178 Millionen Kubikmeter kontaminierte Abwässer pro Jahr in die Jade gelangen. Deshalb protestieren Fischer, Anwohner und Umweltverbände gegen das Projekt. Aber die zuständige Genehmigungsbehörde, der Niedersächsische Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz, wiegelt ab. Die Biozide würden sich durch den Wechsel der Gezeiten mit dem Meerwasser vermischen und so verflüchtigen. Das hat man in Australien offenkundig anders gesehen. Denn dort gab es keine Genehmigung für den Einsatz der „Höegh Esperanza“ im südlich von Melbourne gelegenen LNG-Terminal Crib Point. W.K.

Protest gegen Sanktionen

Prenzlau – Rund 500 Menschen haben sich am vorletzten Sonnabend in der uckermärkischen Stadt Prenzlau versammelt, um für ein Umdenken in der Energiepolitik und bei den Wirtschaftssanktionen gegen Russland zu demonstrieren. An dem von der Mittelstands- und Wirtschaftsunion der Uckermark organisierten Protest haben sich zahlreiche Unternehmer aus der Region beteiligt. Die Landrätin des Landkreises Uckermark, Karina Dörk, forderte, „dass die Sanktionen überdacht werden“. Die CDU-Politikerin sagte, die Sanktionen hätten insbesondere Unternehmer, Landwirte und Handwerker in der Region hart getroffen. Sie sehe es als großes Problem, „dass unsere wirtschaftliche Basis, das, was sich viele Menschen in den letzten Jahren aufgebaut haben, im Moment infrage gestellt wird“. Größter Arbeitgeber in der Region ist die PCK Raffinerie Schwedt. Nach dem Willen der Bundesregierung soll sie zum Jahresende auf den Bezug von russischem Öl verzichten. H.M.

KOMMENTARE

Kiews „Geheimwaffe“

BODO BOST

Weltweit gibt es außer Israel nur einen Staat, dessen Staatspräsident jüdischen Glaubens ist. Dies ist die Ukraine mit Wolodymyr Selenskyj. Es vergeht fast keine Woche, dass dieser Staatspräsident seine jüdischen Glaubensbrüder in Israel anfleht, seinem Land doch endlich Waffen gegen die russischen Angriffe auf die Infrastruktur seines Landes zu liefern. Israel verfügt mit seinem „Iron Dome“ über das beste Abwehrsystem gegen ballistische Raketenwaffen.

Aber liefern will es ihn nicht in die Ukraine – aus Rücksicht auf Moskau. Denn Israel braucht für seine regelmäßigen Angriffe gegen die iranischen Truppen und Waffen in Syrien die Genehmigung von Russlands Staatspräsidenten, der sich immer abhängiger macht von iranischen Waffen, wie beispielsweise den Kamikaze-Drohnen.

In der Ukraine weiß man, dass der Iran sich irgendwann seine Waffenhilfe an Russland bezahlen lassen will. Dann stehen die speziellen Beziehungen Russlands mit Israel sicherlich als erstes auf

der Rechnung. Irgendwann könnten die Iraner sogar Russland um Hilfe für ihr Atomprogramm bitten. Für diesen Fall sorgt die Ukraine jetzt schon vor.

Der ukrainische Botschafter in Israel, Jewgenij Kornijtschuk, erhöht den Druck auf die US-Amerikaner, weil er weiß, dass „die Amerikaner das einzige Land sind, auf das Israel hört“. Und das aus gutem Grund: Nur die Waffenhilfe aus den USA, nicht aus Europa, hat Israel im Jom-Kippur-Krieg 1973 vor einer Niederlage im Zweifrontenkrieg gegen Syrien und Ägypten gerettet.

Kornijtschuk trifft regelmäßig den US-Botschafter in Israel, Tom Nides, und nannte ihn seine „Geheimwaffe“, um Israel dazu zu bringen, der Ukraine Waffenhilfe zu leisten. Der ukrainische Botschafter begrüßte zwar die israelische Hilfe „in einigen technischen Fragen der Verteidigung“ und verwies auf die Zusagen israelischer Beamter, ein fortschrittliches Warnsystem zur Verfügung zu stellen, das die Zivilbevölkerung vor ankommenden Angriffen warnen soll, wies aber darauf hin, dass „wir von Israel natürlich mehr erwarten“.

Saftig runter

HANS HECKEL

Im kommenden Sommer könnten die Rentner „erneut mit einer spürbaren Rentenerhöhung rechnen“, verkündet Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD). Und zahlreiche Medien stimmen begeistert ein mit Schlagworten wie „saftige ...“ oder „deftige Rentenerhöhung“. Die Wahrheit spricht leider etwas völlig anderes. Denn gemessen an der Kaufkraft steht, ebenfalls „erneut“, eine spürbare Rentenkürzung ins Haus.

Grund ist die Inflation: Laut EZB-Berechnung liegt die durchschnittliche Teuerungsrate in Deutschland derzeit bei 11,7 Prozent, das Statistische Bundesamt kommt auf 10,4. So oder so: Wenn im kommenden Jahr die Renten um 3,5 (alte) und 4,2 Prozent (neue Bundesländer) angehoben werden, bleiben bei stabiler Teuerungsrate reale Kaufkraftverluste von bis zu acht Prozent.

Hinzu kommt, dass die Inflationsrate einen breiten Warenkorb abbildet,

Rentner aber in der Regel ein anderes Kaufverhalten zeigen als der Durchschnitt. Schon aufgrund ihres vergleichsweise schmalen Salärs machen Waren des täglichen Bedarfs einen größeren Anteil der Ausgaben aus als beim Schnitt der Bevölkerung. Lebensmittel aber sind von der Teuerung besonders betroffen.

Das Beispiel Rente zeigt, wie perfide Inflation zuschlägt, weil sie von vielen nur unzureichend in ihre Betrachtung aufgenommen wird. Nur so kann es passieren, dass ein realer Abschlag von beträchtlicher Größenordnung öffentlich als „Erhöhung“ verkauft werden kann. Zumal es die Rentner auch deshalb besonders trifft, weil die galoppierende Geldentwertung nicht nur die Renten schmälert, sondern auch die Ersparnisse wegfrisst. Und die können im Alter eben kaum mehr aufgefüllt werden. Dabei darf nie vergessen werden: Inflation ist kein Naturereignis, sondern das Ergebnis von gemachter Politik.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimitarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co. KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.“

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de



Sinngehalt unbekannt: Das Kreuz im Friedenssaal des Historischen Rathauses Münster

Foto: pa

LEITARTIKEL

Die Botschaft des Kreuzes

RENÉ NEHRING

Man hat sich daran gewöhnt, dass in unserer geschichtslosen Welt das Wissen über die Grundlagen unserer Gesellschaft schwindet.

Und doch ist es immer wieder überraschend, ja erschreckend, zu sehen, wenn Politiker und Behörden – wie im Falle der Abnahme des Kreuzes aus dem Friedenssaal des Historischen Rathauses Münster – auf offener Bühne zeigen, dass sie selbst von den elementarsten Grundlagen nichts verstehen. Wobei es letztlich egal ist, ob die Entfernung durch „das Protokoll“ des Auswärtigen Amtes oder durch Außenministerin Annalena Baerbock erfolgte. Aus dem Umfeld der Organisatoren berichteten Medien jedenfalls, dass das G-7-Emblem die Szenerie dominieren sollte und kein religiöses Zeichen.

Doch was für eine Verkennung der Botschaft des Kreuzes allgemein – und des Kreuzes von Münster im Besonderen! Natürlich ist das Kreuz der Christen ein religiöses Symbol. Doch es ist nicht das Symbol einer grausam herrschenden

Gottheit, sondern – als Abbild der gewaltsamen Tötung des Gottessohnes – ein Sinnbild dafür, wie selbst aus schlimmsten Situationen Hoffnung auf bessere Zeiten erwachsen kann.

Sind sich die Verantwortlichen bewusst, welches Symbol sie da abgehängt haben? Zumal im Rathaus von Münster, das zusammen mit Osnabrück Schauplatz der Verhandlungen zum Westfälischen Frieden war, der im 17. Jahrhundert ein dreißigjähriges Völkermorden beendet hatte. Gerade in Zeiten eines neuen Krieges in Europa hätte dieses Kreuz in diesem Saal die Anwesenden an den Frieden gemahnt – sowie an die Pflicht dazu, alles dafür zu tun, ihn zu erreichen.

Symbol der Demut, nicht der Gewalt

Nicht zuletzt ist das Kreuz, unabhängig davon, ob der Einzelne an Gott glaubt oder nicht, das Symbol dafür, dass über allen irdischen Mächten immer noch eine höhere Instanz steht – der sich selbst der mächtigste Herrscher zu beugen hat.

Womit wir bei der Kuppel des Berliner Schlosses wären. Auch die dortigen Pläne zur Errichtung einer Lichtinstallation, die

wiederaufgetragene Widmung Friedrich Wilhelms IV. überstrahlen soll, offenbart eine große Unkenntnis sowohl des christlichen Glaubens als auch des klassischen preußischen Staatsverständnisses. Mit Worten wie „dass in dem Namen Jesu sich beugen sollen aller derer Knie, die im Himmel und auf Erden und unter der Erde sind“ sowie auch mit dem auf der Kuppel thronenden Kreuz ist gerade *kein* allgemeiner Unterwerfungsanspruch formuliert, sondern vielmehr eine Selbstbeschränkung des Monarchen und ein stetig mahnender Appell, dass selbst über ihm eine höhere Macht steht.

Übrigens: Wer in den Debatten über das Kreuz von Münster und die Kuppelinschrift von Berlin nicht zu vernehmen ist, sind die Vertreter der beiden großen Kirchen. Ob dies daran liegt, dass sie nichts dazu gesagt haben, oder von den Medien nicht mehr gehört werden, ist schwer zu beurteilen. Die Webseite der EKD jedenfalls widmete sich zu Beginn der Woche vorrangig dem Klimawandel, die Seite der Deutschen Bischofskonferenz Themen wie „Klima und Umwelt“ oder „gelebte Synodalität“. Noch Fragen?

PORTRÄT

Brasilien's Anti-Trump

Nach den Midterm-Kongresswahlen könnte sich in den USA Ähnliches abspielen wie jetzt bereits in Brasilien: das Comeback eines verfeimten Ex-Präsidenten – allerdings unter anderen Vorzeichen. Während der Republikaner Donald Trump womöglich seine Kandidatur für die nächste US-Präsidentenwahl vorbereitet, ist dem linken **Luiz Inácio Lula da Silva** der erneute Sprung an die Spitze Brasiliens gegen den „Trump Brasiliens“, Jair Bolsonaro, knapp geglückt.

Da Silva war bereits von 2003 bis 2011 brasilianischer Präsident, durfte aber nach zwei Amtszeiten nicht wiedergewählt werden. Als er bei den Präsidentschaftswahlen 2018 erneut antreten wollte, wurde er durch ein Korruptionsverfahren gestoppt. Auf ähnliche Weise versucht man jetzt in den USA bei der Affäre um geheime Regierungsdokumente die Wiederwahl Trumps zu verhindern.

Im Fall von da Silva brachte man Bestechlichkeit im Zusammenhang mit der von einem Nachfahren des aus Pommern stammenden Kartographen und Auswanderers Emil Odebrecht gegründeten Odebrecht-Gruppe ins Spiel. 2018 wurde da Silva in zweiter Instanz zu einer Haftstrafe von zwölf Jahren verurteilt, kam aber Ende 2019 wieder frei, als herauskam, dass einer seiner Richter als Anhänger seines

politischen Gegners Bolsonaro befangen gewesen sei. Aus prozessualen Gründen wurde das Urteil zwar aufgehoben, freigesprochen ist da Silva damit indes nicht.

Wegen der Antagonisten da Silva und Bolsonaro ist Brasilien ähnlich gespalten wie die USA. Von der Hälfte der brasilianischen Wähler wird „Lula“ als das geringere Übel betrachtet, geliebt wird er nicht. In seiner ersten Amtszeit hat er aus einfachen Verhältnissen stammende Politiker, der mit zwölf Jahren als Schuhputzer die Familie unterstützte, ehe er als Gewerkschafter Karriere machte und die brasilianische Arbeiterpartei gründete, noch mit einem Sozialprogramm punkten können, das Millionen von Bedürftigen aus der Armut verhalf. Der Regenwald schrumpfte aber auch unter der Präsidentschaft des jetzt 77-Jährigen. Da wirkt der knapp ein Jahr jüngere Trump gegen ihn noch wie ein Jungspund. H. Tews



Am Tag der Stimmabgabe: da Silva

Haus und Herrscher mit Weitblick

Die „Krone des Erzgebirges“, Schloss Augustusburg, wurde vor 450 Jahren errichtet – Eine Sonderschau würdig den Namensgeber

VON VEIT-MARIO THIEDE

Der Ort, wo sich Fuchs und Hase gute Nacht sagen, kann manchmal richtig was los sein. Das beweist das 450 Jahre alte Schloss Augustusburg. Zwölf Kilometer abseits von Chemnitz ragt zwischen Feldern und Wäldern ein 516 Meter hoher Porphyrykegel auf, der das „als Krone des Erzgebirges“ gerühmte Jagdschloss aus der Umgebung heraushebt. Es ist ein imposantes und wuchtiges Bauwerk auf quadratischem Grundriss, das sich Kurfürst August von Sachsen mit drei Küchen, fünf Prunksälen, sieben Vorsälen, 74 Zimmern und 96 Kammern erbauen ließ.

Die zum Schlossjubiläum eingerichtete Sonderschau heißt „Kurfürst mit Weitblick“. Der Titel spielt auf die Lage des Gebäudes an und ebenso auf das Handeln des der albertinischen Linie des Hauses Wettin angehörenden Kurfürsten in Fragen der Wirtschaft, Politik und Religion.

Die Augustusburg ist ein Siegesdenkmal. Im Jahre 1567 triumphierte August über den der ernestinischen Linie der Wettiner angehörenden Herzog Johann Friedrich II., der ihm die Kurfürstenwürde streitig machte. Der in Gotha residierende Johann Friedrich bot dem wegen Landfriedensbruchs geächteten Ritter Wilhelm von Grumbach Asyl, weil der ihm zur Kurfürstenwürde verhelfen wollte. Kaiser Maximilian II. forderte Grumbachs Herausgabe. Da sich der Herzog weigerte, schickte der Kaiser den Kurfürsten August nach Gotha, um für Recht und Ordnung zu sorgen. August war siegreich. An die daraufhin erfolgte Vierteilung Grumbachs erinnert noch heute eine Bodenplatte auf Gothas Marktplatz. Johann Friedrich II. aber musste seine restlichen 29 Lebensjahre in kaiserlicher Gefangenschaft fristen.

Das sehenswerte Denkmal seines Sieges und Reichtums ließ sich August ab 1568 erbauen. Für die Ausmalung der Räume engagierte der Kurfürst den bei Lucas Cranach dem Jüngeren in die Lehre ge-



Thront seit 450 Jahren auf einer Anhöhe bei Chemnitz: Jagdschloss Augustusburg

Foto: pa

gangenen Heinrich Göding. Von dessen Schaffen in den vier Eckhäusern und den sie verbindenden Bauten sind schöne Beispiele unter späteren Übertünchungen erhalten geblieben. Längst nicht alles ist wieder freigelegt worden.

Im „Hasenhaus“, das nach Gödings um Fenster und Türen angelegten Malereien benannt ist, steht die „Verkehrte Welt“ im Blickpunkt. Hasen entreißen Jägern und Hunden die Herrschaft. Sie richten eine Hasenrepublik auf, bevor wieder die alten Verhältnisse die Oberhand gewinnen und die Hasen am Bratspieß oder im Kochtopf enden. Das „Lindenhaus“ war das Domizil der Kurfürstenfamilie. Göding hat Füchse hineingemalt und die Gemächer des Kurprinzen mit einer Horde spielender Affen geschmückt.

Die Schlosskirche ließ der kunstsinnige Kurfürst mit einem Hauptwerk von Lucas Cranach dem Jüngeren schmücken. Prachtvolle Holzschnitzereien von Wolfgang Schreckenfuß rahmen Cranachs Altargemälde. Das oben angebrachte stellt die Heilige Dreifaltigkeit dar. Das Hauptbild aber zeigt den gekreuzigten Christus. Im Hintergrund sind die Ölbergszene und die Auferstehung dargestellt. Links im Vordergrund hat sich der vierschrotige, rotblonde und rotbäckige Kurfürst mit seinen Söhnen zum Gebet versammelt. Rechts beten seine elegante Gattin Anna von Dänemark und die Töchter. Die bereits verstorbenen Kinder tragen ein goldenes Kreuz um den Hals.

Auf dem Gemälde sind 14 Kinder zu sehen. Ein weiteres kam nach Vollendung

des Gemäldes zur Welt. Nur ein Sohn und drei Töchter des Paares erreichten das Erwachsenenalter.

Die Frau an Augusts Seite

Nach Aussage des Hofpredigers waren die 37 Jahre miteinander verheirateten August und Anna ein Herz und eine Seele. In der Ausstellung steht ihr Wirken im Blickpunkt. Es geht informativ zu, aber statt der vielen Reproduktionen hätten ihr deutlich mehr originale Schaustücke gutgetan. Augusts für das Heilige Römische Reich bedeutendste Leistung war sein Eintreten für den 1555 geschlossenen Augsburger Religionsfrieden, mit dem die evangelisch-lutherische Konfession reichsrechtliche Anerkennung fand. Als Anführer der evangelischen Partei sorgte

er zusammen mit seinem Jugendfreund, dem katholischen Kaiser Maximilian II., für das weitgehend friedliche Miteinander der beiden Konfessionen.

Um die in den evangelisch-lutherischen Territorien um sich greifenden Glaubensstreitigkeiten zu beheben, förderte August Theologen, die eine einheitliche Glaubensformel aushandelten. Sein eifriger Mitstreiter war dabei Kurfürst Johann Georg von Brandenburg. Eine Gedenkmedaille zeigt die beiden Freunde. August ließ sie anlässlich der 1577 erfolgten Verkündung der „Einheitsformel“ prägen. Sie wird auch „Konkordienformel“ genannt.

Zu kurz kommen in der Schau Darlegungen, mit welchen Mitteln August die bemerkenswerten Gebietsgewinne seines Kurfürstentums zuwege brachte und mit welchen Methoden und Verordnungen er sich selbst zu großem Reichtum und dem Land zu Wohlstand verhalf. Seine ausgestellten Gartengeräte weisen darauf hin, dass er und seine Frau eine Leidenschaft für den Obstanbau hegten – und den im ganzen Land verbreiteten. So erließ August 1577 das Gesetz, dass Heiratswillige zwei Obstbäume pflanzen müssen, bevor sie die Ehe schließen dürfen.

Eine Medaille zeigt August und seine zweite Frau. Bereits sechs Wochen nachdem Anna gestorben war, verlobte er sich mit der zwölf Jahre alten Agnes Hedwig von Anhalt. Den Kontakt hatte Kurfürst Johann Georg hergestellt. Dessen Tochter Sophie war mit Augusts Sohn und Nachfolger Christian verheiratet. Kurfürst Augusts zweites Eheglück währte nur kurz, denn er starb in den Fliederwochen an einem Schlaganfall. Zacharias Wehmes Gemälde verewigt ihn auf dem Totenbett. Den Nachruhm aber verdankt er vor allem seinem Kunst- und Raritätenkabinett. Aus dem sind Dresdens glanzvolle Gemäldegalerie Alte Meister und das prachtvolle Grüne Gewölbe hervorgegangen.

● Die Sonderschau läuft bis 8. Januar. www.die-sehenswerten-drei.de

AUSSTELLUNG

Närrisch tolles Dreigestirn der Malerei

Kunsthalle Mannheim präsentiert schicke Druckgraphiken und Zeichnungen von Liebermann, Slevogt und dem Ostpreußen Corinth

Unwissen oder bewusstem Andienen an den Zeitgeist dürfte es zu verdanken sein, dass auf dem biographischen Wandtext zu Lovis Corinth als Geburtsort „Tapiau/Russland“ angegeben wurde. Nun war aber Corinth nie Russe, sondern Ostpreuße. Und das Verschweigen der deutschen Herkunft ist nicht mal konsequent, denn wollte man unbedingt den politischen Resultaten von 1945 Rechnung tragen, müsste konsequenterweise der Ortsname mit „Gwardisk“ angegeben werden. Von derlei Spielchen mit dem großen Vergessen konnte der 1852 geborene Maler natürlich noch nichts ahnen, als er 1925 verstarb.

Auch nicht, dass seine Zeichnungen bald hundert Jahre nach seinem Tod in einer vergleichenden Schau in der Mannheimer Kunsthalle präsentiert werden sollten. Verglichen und in einen Zusammenhang gesetzt wird Corinth dabei mit zwei Großen seiner Zeit: Max Liebermann und Max Slevogt.

Der Gerber-Sohn Corinth studierte in Königsberg, zog von dort aus nach Mün-

chen, Paris und Berlin weiter, wo er einer der führenden Repräsentanten der Berliner Secession wurde. Die biographische Überschneidung mit dem aus einer großbürgerlichen Familie stammenden Liebermann ist auffallend. Auch er absolvierte den Besuch der seinerzeit wichtigen

Künstlerorte Paris und München, um dann Präsident der Berliner Secession zu werden, die sich als Gegenpol zur seinerzeit noch dominierenden akademischen Kunstausbildung verstand. Auch der Offiziers-Sohn Max Slevogt, aufgrund seines wilden Malstils als „Der Schreckliche“

verspottet, fungierte als Vertreter der Berliner Secession. Sein biographischer Schwerpunkt lag allerdings im bayerischen Bereich, vor allem in München und der damals zu Bayern gehörenden Pfalz.

Rund 150 graphische Arbeiten dieses „Dreigestirns“ des deutschen Impressionismus und Aufbruchs in die künstlerische Moderne um 1900 sind nun in Mannheim zu sehen. Es sind Teile der Graphischen Sammlung der Kunsthalle. Dabei wird erwähnt, dass die Vertreter des Impressionismus zu Lebzeiten sehr um Anerkennung zu kämpfen hatten. Teils lag dies an dem unrealistischen, Formen auflösenden Zeichen- und Malstil, teils an der sehr realistischen Themenwahl. Letzteres war vor allem bei Liebermann der Fall, der sich auch solcher sozialer Brennpunktthemen wie der Speisung armer Kinder oder des mühseligen Tagwerks von Feldarbeiterinnen annahm.

Während sich Liebermann in der Tradition der Genremalerei des 17. Jahrhunderts auch mit Armenhäusern, Altershei-

men und Fabriken beschäftigte, schöpfte Corinth viele seiner Alltagsmotive aus dem unmittelbaren Familienumfeld. So werden Unterschiede deutlich. Slevogt etwa zeichnete im Gegensatz zu den beiden anderen nur selten Landschaftsskizzen. Dafür fertigte der begeisterte Theater- und Opernfreund zahlreiche Illustrationen zu Mozarts „Zauberflöte“. Corinth fällt demgegenüber damit auf, dass er sich weit mehr religiösen und mythologischen Themen widmete als seine Kollegen.

So liefert die Kunsthalle Mannheim eine kleine, auf den ersten Blick unspektakuläre Schau mit Zeichnungen, die aber ausgezeichnet zur kontemplativen Vertiefung und vergleichenden Betrachtung einlädt.

Claus-M. Wolfschlag

● „Liebermann, Slevogt, Corinth. Druckgraphik und Zeichnung“ bis 20. November in der Kunsthalle Mannheim, Friedrichsplatz 4. Geöffnet täglich außer montags, von 10 bis 18 Uhr, am Mittwoch bis 20 Uhr. Eintritt: 12 Euro. www.kuma.art



Sparsame Mahlzeit, sparsame Striche: Max Liebermann „Speisung armer Kinder“

FOTO: KUNSTHALLE MANNHEIM/NATHAN SCHWAB

FRIEDRICH WILHELM II.

Als „dicker Lüderjahn“ verspottet

Der Vergleich mit dem großen Vorgänger lastet bis heute auf dem vor 225 Jahren gestorbenen preußischen König

VON ERIK LOMMATZSCH

Der preußische König Friedrich II. ging unter dem Beinamen „der Große“ in die Geschichte ein. Sein Neffe, der ihm 1786 als Friedrich Wilhelm II. auf dem Thron folgte, wurde hingegen von seinen Untertanen gern als „dicker Lüderjahn“ bezeichnet. In der Familie traute man ihm wenig zu, nicht nur Friedrich II. hatte betont, dass er ihn als künftigen Herrscher für ungeeignet halte.

Prinz Heinrich, ebenfalls ein Onkel Friedrich Wilhelms II., ließ über dessen Gebaren als Regent wissen: „Mein dicker Neffe ist ein Schwachkopf, dem Anstand und Sitte nichts gelten, und der sich abwechselnd von Weibern, Günstlingen und Charlatanen an der Nase herumführen lässt.“ Der Spott und die negativen Urteile der Zeitgenossen, die nicht völlig unbegründet waren und die sich auch aus dem sichtlich großen Abstand zur Persönlichkeit seines Vorgängers speisten, wirken bis heute nach, angefangen mit dem steten Hinweis auf die Leibesfülle des Königs.

Andere Aspekte bleiben meist im Hintergrund. So etwa die Tatsache, dass Friedrich Wilhelm II. zwar keinesfalls als Feldherr bekannt ist, aber dennoch an vielen Kämpfen teilnahm und zur territorialen Erweiterung des preußischen Königreichs mehr beigetragen hat als Friedrich II. Dass seiner Regentschaft oft eine klare Linie fehlte, ist einerseits seiner Persönlichkeit zuzuschreiben, andererseits sollten aber auch die großen politischen Wandlungen zum Ende des 18. Jahrhunderts, in erster Linie die revolutionären Vorgänge in Frankreich, in Rechnung gestellt werden. Herausragend ist zudem der manifeste Beitrag, den der König als Förderer von Kunst und Kultur leistete.

Kein Kostverächter

Friedrich Wilhelm wurde am 25. September 1744 geboren. Als sein Vater, August Wilhelm, der nächstjüngere Bruder des kinderlosen Friedrich II., 1758 verstarb, avancierte er zum Prinzen von Preußen und damit zum Thronfolger. Friedrich II.

sorgte schon früh für eine aufwendige, sorgsam geplante Ausbildung seines Neffen, die zuvor kein angehender preußischer Herrscher in ähnlicher Form durchlaufen hatte. Friedrich Wilhelm erwies sich als künstlerisch und vor allem

musikalisch begabt, mit seinem Cellospiel wusste er zu beeindrucken. Von der Regierungstätigkeit wurde der Prinz allerdings weitgehend ferngehalten, bei seinem Herrschaftsantritt war er entsprechend schlecht vorbereitet, auch

wenn er sich selbst in den letzten Lebensjahren Friedrichs II. Kenntnisse anzueignen versuchte.

Zu Beginn seines Herrschaftsantritts im Jahre 1786 erfreute sich der umgängliche Friedrich Wilhelm II. zunächst großer Beliebtheit in der Bevölkerung, Maßnahmen wie die Abschaffung der Kaffee- und Tabaksteuer taten ein Übriges. Eine erste, auf wenig Zuneigung beruhende Ehe mit einer Braunschweiger Prinzessin war aufgrund von deren Affären bereits 1769 geschieden worden. Aus der nachfolgenden, ebenfalls arrangierten Verbindung mit Friederike Luise von Hessen-Darmstadt gingen sechs Kinder hervor, unter anderem der spätere König Friedrich Wilhelm III. Unter der Vielzahl von Liebschaften Friedrich Wilhelms II., der diesbezüglich alles andere als ein Kostverächter war und auch noch zweimorganatische Ehen schließen sollte, ragt die Beziehung zu der 1796 zur Gräfin Lichtenau erhobenen Bürgerlichen Wilhelmine Encke heraus, seiner langjährigen Vertrauten.

Durch den später geadelten Pastor Johann Christoph Woellner und Hans Rudolf von Bischoffwerder, der ihm als Generaladjutant diente, war Friedrich Wilhelm bereits als Kronprinz mit dem als antiaufklärerisch geltenden Orden der Gold- und Rosenkreuzer in Kontakt gekommen, in den er schließlich aufgenommen wurde. Für Geheimnisvoll-Rätselhaftes und Spiritismus empfänglich – hierbei einer verbreiteten Strömung der Zeit folgend – ließ sich Friedrich Wilhelm II. von Geisterbeschwörungen faszinieren, über die Einfluss auf ihn ausgeübt wurde. Woellner und Bischoffwerder stiegen unter dem König zu Kabinettsministern auf. Woellner wird insbesondere mit dem Religionsedikt sowie dem Zensur edikt, beide von 1788, verbunden. Lutherische Orthodoxie wurde nun gegen Aufklärung gesetzt. Die restriktiven Bestimmungen stießen auf breite Ablehnung. Die Regierung Friedrich Wilhelms II. gilt zwar nicht per se als reformfeindlich, jedoch wurden die spätabsolutistischen Strukturen weitgehend beibehalten. Das „Allgemeine Landrecht für die Preußischen

Staaten“, mit dessen Ausarbeitung bereits unter Friedrich II. begonnen worden war, trat 1794 in Kraft.

Bündnis mit Österreich

In der Außenpolitik erfolgte vor dem Hintergrund der Französischen Revolution eine Abkehr vom langjährigen preußisch-österreichischen Dualismus, die entsprechende grundsätzliche Änderung der Linie Friedrich Wilhelms II. wurde von Bischoffwerder beeinflusst. Für die für beide Seiten von den Umständen diktierte Annäherung stehen die Konvention von Reichenbach zwischen dem preußischen König und Kaiser Leopold II. von 1790 und die Pillnitzer Erklärung von 1791, in der sich beide Monarchen dafür aussprachen, den französischen König Ludwig XVI. zu unterstützen.

Aus dem seit 1792 geführten Ersten Koalitionskrieg gegen Frankreich schied Friedrich Wilhelm II. 1795 mit dem Frieden von Basel aus. Der Krieg war seitens der Verbündeten militärisch streckenweise erfolgreich, galt aber als plan- und lustlos geführt, zudem hatte er sich zu einer kostspieligen Angelegenheit entwickelt. Später wurde Friedrich Wilhelm II. vorgeworfen, Preußen durch den Separatfrieden mit Frankreich für die Folgejahre außenpolitisch isoliert zu haben. Die Aufmerksamkeit des Königs hatte sich schon zuvor dem Osten zugewandt, von der zweiten und der dritten der Polnischen Teilungen in den Jahren 1793 und 1795 profitierte der preußische Staat beträchtlich.

Im Unterschied zu seinem Vorgänger hatte Friedrich Wilhelm II. die deutsche Kultur im Blick. Er gab Anstöße für eine deutsche Oper, bei der Eröffnung des Nationaltheaters in Berlin erklärte er: „Wir sind Teutsche und wollen es bleiben.“ Er pflegte intensive Kontakte zu bedeutenden Musikern, etwa zu Joseph Haydn. Die Architekten Friedrich Wilhelm von Erdmannsdorff und Carl Gotthard Langhans konnten sich unter ihm entfalten, der Entwurf der Form des Brandenburger Tors geht möglicherweise auf den König selbst zurück. Am 16. November 1797 ist Friedrich Wilhelm II. gestorben.



Friedrich Wilhelm II.: Ölgemälde von Johann Heinrich Schröder nach Anna Dorothea Therbusch Foto: SPSG

DEUTSCH-RUSSISCHE BEZIEHUNGEN

Das darf sich nie wiederholen!

Erinnerungen und Gedanken zum Volkstrauertag

Meine ersten persönlichen Erfahrungen mit Russen machte ich während meines Studiums, das am 1. September 1973 in Halle an der Saale begann. Ich bekam eine Zuweisung für das Studentenwohnheim im Weinbergweg. Das waren mehrere Baracken, die den Studenten zur Verfügung standen. Als ich die Eingangstür öffnete, blickte ich in einen langen dunklen Gang, von dem alle Türen zu den Zimmern abgingen. Es waren Vierbettzimmer ohne jeden Komfort, Waschraum und Küche für alle in der Mitte der Baracke.

Meine besondere Aufmerksamkeit erregte eine Handkurbel, die mitten im dunklen Gang angebracht war. Schon kurze Zeit später sollte ich erfahren, was es mit dieser Kurbel auf sich hatte. Gegenüber unserer Baracke befand sich eine große russische Kaserne, und wir bekamen die Anweisung, sofort diese Kurbel zu bedienen, wenn wir einen russischen Soldaten in unserer Unterkunft bemerkten. Unsere Baracke beherbergte ja nur junge Frauen. Durch das Drehen

der Kurbel wurde eine Sirene ausgelöst, die in der benachbarten Kaserne zu hören war, und was sich danach ereignete, erlebte ich nur einmal.

Ein junger Russe wurde von einem Überfallkommando aus der Kaserne bei uns aufgegriffen. Er wurde gleich an Ort und Stelle heftig verprügelt, und sie warfen den Mann wie ein Stück Vieh ins Lastauto.

Da die Möglichkeiten, verderbliche Esswaren in Kühlschränken aufzubewahren, nur sehr eingeschränkt vorhanden waren, der Platz reichte bei Weitem nicht für alle, hatten wir es uns zur Angewohnheit gemacht, unsere Verpflegungsbeutel bei kaltem Wetter aus dem Fenster zu hängen. Diese spezielle Kühlung haben wir allerdings sehr schnell wieder aufgeben, denn wir bemerkten, dass die Beutel nachts wie von Geisterhand abgeschnitten wurden und verschwanden. Es waren die Russen von gegenüber, die Hunger hatten.

Unser FDJ-Sekretär kam auf die Idee, ein deutsch-sowjetisches Freundschafts-

treffen mit Soldaten dieser Kaserne zu organisieren. Das kam tatsächlich zustande. Wir trafen drei Offiziere und etwa zehn Soldaten. In einer Gaststätte waren Plätze bestellt. Die Sitzordnung war so, dass wir einen Soldaten neben zwei von uns setzten, um ins Gespräch zu kommen. Russisch lernten wir ja frühzeitig. Das Essen wurde aufgetragen und wir wollten anfangen, aber die russischen Soldaten rührten sich nicht. Sie redeten auch kein Wort mit uns.

Ich versuchte meinen Sitznachbarn zum Essen zu animieren, aber nichts passierte. Unser FDJ-Sekretär bemerkte das natürlich auch und sprach den Offizier an, der offensichtlich schon ein paar Wodka intus hatte. Dieser Offizier brüllte etwas auf Russisch, woraufhin die Soldaten sichtlich zusammenzuckten und sofort nach dem Besteck griffen. Ich sah, wie die Hände meines Sitznachbarn zitterten. Er konnte mit diesem Besteck nicht umgehen, und unbeholfen versuchte er, etwas vom Teller aufzunehmen. Mich berührte

das unangenehm. Wir hatten diese Männer in eine schwierige Situation gebracht. Die Atmosphäre war angespannt, und Gespräche kamen kaum zustande. Diese jungen russischen Soldaten hatten Angst, und das spürte jeder. Die Offiziere wurden derweil immer lustiger, fingen an, russische Lieder zu singen, und der Alkohol floss für sie reichlich.

Unsere Straßenbahnhaltestelle befand sich direkt neben der Kasernenmauer, und die versteinten Gesichter dieser blutjungen russischen Soldaten haben sich in mein Gedächtnis eingebrannt. Man konnte über der Mauer nur die kleinen runden Köpfe mit einer Pelzmütze sehen. Sie starteten ausdruckslos auf uns Zivilisten.

Das alles habe ich in den 70er Jahren in der DDR erlebt. Meine persönlichen Erlebnisse widersprachen der verordneten Ideologie von der großen deutsch-sowjetischen Freundschaft. Für mich waren die Russen Fremde, mit denen ich nichts anfangen konnte.

Inzwischen hat sich Russland sehr verändert. Nach der Vereinigung gab es die Zeit der Entspannung und Kooperation. Ich frage mich, was die Ursachen für diese aktuelle Eskalation, für diesen furchtbaren Krieg in der Ukraine sind, aber ich finde keine schlüssigen Antworten.

Mir macht das alles Angst. Ich will keine deutschen Soldaten vor Russlands Grenzen und ich will auch keine russischen Soldaten hier in Deutschland.

Mein Großvater väterlicherseits hatte zwei Söhne, meinen Vater, der nach fünf Jahren Kriegsgefangenschaft aus Russland zurückkam, und einen zweiten Sohn, der im Alter von 20 Jahren bei Tula, vor den Toren von Moskau, sein junges Leben lassen musste. Das darf sich nie wiederholen!

Heidrun Budde

● Dr. Heidrun Budde (geboren 1954 in der DDR) war von 1992 bis März 2020 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Juristischen Fakultät der Universität Rostock.

METEOROLOGIE

Als das Wetter Bundesangelegenheit wurde

Vor 70 Jahren errichtete die Bundesrepublik die nicht rechtsfähige Anstalt „Deutscher Wetterdienst“

VON WOLFGANG THÜNE

Fast sieben Jahre nach Ende des Krieges wurde das „Wetter“ in deutsche Hände übergeben. Von Bad Kissingen zog das „Zentralamt für den Wetterdienst in der US-Zone“ um nach Offenbach am Main und wurde per Gesetz zum „Deutschen Wetterdienst“ (DWD) für alle westalliierten Besatzungszonen erhoben. Das Wetter wurde dem Bundesminister für Verkehr zugeordnet. Seine Aufgaben wurden im Gesetz über den Deutschen Wetterdienst vom 11. November 1952 festgelegt. Der DWD hatte meteorologische Dienstleistungen zu erbringen, die Luft- und Seefahrt zu sichern, also kurz- und langfristige Vorhersagen zu erstellen, sowie die meteorologischen Prozesse zu überwachen und zu bewerten, wie die Struktur und Zusammensetzung der Atmosphäre zu beobachten.

Mit Messungen im „Turm der Winde“ in Athen begann die Meteorologie der Antike. Im 4. Jahrhundert vor Christi Geburt bemühte sich Aristoteles in seiner „Meteorologica“ um erste „wissenschaftliche“ Erklärungen. Doch erst 1780 wurde von Karl Theodor von der Pfalz die „Societas Meteorologica Palatina“ mit 39 Stationen über eine Fläche von Grönland bis Russland errichtet. Beobachtet wurde einheitlich um 7, 14 und 21 Uhr, die „Mannheimer Stunden“, mit geeichten Instrumenten. So wurden die Werte vergleichbar. Die Messwerte reichen von 1781 bis 1793 und wurden in den „Mannheimer Ephemeriden“ publiziert. Zwölf Jahre meteorologischer Daten liegen vor. Sie dienten Alexander von Humboldt bei seiner „Klimatologie“.

In der Antike ging es los

Wie der Name „Wetterdienst“ ausdrückt, dient er einzig und allein dem Wetter, seiner Analyse und Prognose. 1816 begann Heinrich Wilhelm Brandes die empirische Wetteranalyse. Im Jahr 1847 wurde in Berlin das Preußische Meteorologische Insti-



Deutscher Wetterdienst: Die Zentrale in Offenbach am Main

Foto: diba

tut gegründet und 1934 der Reichswetterdienst. Im Jahre 1939 wurde eine „Zentrale Wetterdienstgruppe“ unter Führung des Professors Richard Scherhag gebildet, die handgezeichnete synoptische Wetterkarten herausgab. Ab 1952 entstand in Offenbach am Main das Zentralamt des DWD.

Ab 1960 wurde der DWD bundesweit bekannt durch seine Fernsehmeteorologen Hans Haarländer, Martin Teich, Karla Wege und andere. Sie gaben dem Wetter ein Aussehen und dem DWD Ansehen. Ob Wind, Sturm, Regen, Hagel, Schnee, Gewitter, Glatteis, Sturmfluten, alles wurde den Zuschauern bildhaft präsentiert. Das Wetter ist und bleibt unverzichtbar.

In den 60er Jahren bekam das Wetter Konkurrenz, im „Klima“. Klima ist vom Wetter abgeleitet, ein Abstraktum. Men-

schen haben dem über „30 Jahre gemittelte Wetter“ den Namen „Klima“ gegeben. Die Griechen waren klüger und haben es „Neigung“ genannt. Auf der Erdkugel hat jeder Punkt eine andere Neigung zur Sonne. Doch der „Glaube“ an das „Klima“ erhob es zur Wirklichkeit. Es wurde „wirklich“. Im Sprachgebrauch des Zeitgeistes im Zuge der Globalisierung bekamen Abstraktionen zunehmend Gestalt und verwirren die Massen. Abstrakte Werte bestimmen, wie das Klima, fortan das Wetter, eine „Ironie der Geschichte“.

Auch bei den Meteorologen bekam diese abstruse Sichtweise Anhänger, die heute den Ton im Wetterdienst und seiner Politik bestimmen. Wer heute dem Abstraktum Klima widerspricht und darauf besteht, dass es in der Natur nur einen physikalischen Vorgang gibt, das Wetter,

der wird mundtot gemacht, geächtet und diffamiert, zum „Staatsfeind“ abgeurteilt.

Fernsehmeteorologen des DWD

Der Wind weht einem eisig ins Gesicht, zumal die Klimaforschung politisch massiv unterstützt und gefördert wird, und alle Medien auf das Klima fest eingeschworen sind. Hauptagitator sind die Vereinten Nationen, die 1972 die Konferenz über die menschliche Umwelt in Stockholm abhielt. 1972 veröffentlichte der Club of Rome die „Grenzen des Wachstums“, und 1992 wurde in Rio de Janeiro in Brasilien die erste „Weltklimakonferenz“ abgehalten, der inzwischen Dutzende weitere folgten mit dem Ziel, die Erderwärmung zu begrenzen und den Kohlendioxidgehalt der Luft auf ein klimaneutrales Niveau zu senken.

Dabei ist das Kohlendioxid ein unverzichtbarer Bestandteil der Luft und unabkömmlich für alles Leben auf der Erde. Bevor die Photosynthese die grünen Pflanzen wachsen ließ und die Atmosphäre mit dem Sauerstoff anreicherte, auf 21 Prozent, bestand die Luft überwiegend aus Stickstoff und Kohlenstoffdioxid. Die Lufthülle war ein „Treibhaus“, und trotzdem kühlte sich die Erde unter 100 Grad Celsius ab und verursachte nach Hans Joachim Schellnhuber, bis September 2018 Direktor des 1992 von ihm gegründeten Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK), von 2009 bis 2016 Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) sowie langjähriges Mitglied des Weltklimarats (IPCC), eine 40.000 Jahre anhaltende „Sintflut“. Und in dem Wasser entwickelte sich das Leben, das später auch die Landmassen besiedelte und die Erde „ergrünen“ ließ. Das „grüne Kleid“ der Erde ist lebensnotwendig und muss geschützt werden.

Der Deutsche Wetterdienst ist ein wichtiges Glied in der internationalen „Klima-Allianz“. Er ist auch Akteur in dem Konzert der „Großen Transformation“ und dem „Weltklimarat“, den „Scientists for Future“ sowie dem „Deutschen Klima-Konsortium“. Inzwischen hat sich der Deutsche Wetterdienst weitgehend aus der Öffentlichkeit zurückgezogen, während die Medien beim Wetter den Ton vorgeben.

● **Wolfgang Thüne** war ab 1968 Referendar des Deutschen Wetterdienstes (DWD). 1969 folgte das zweite Staatsexamen zum Wetterdienstassessor. Danach war er Meteorologe in der Analysen- und Vorhersagezentrale des DWD. Bekanntheit erlangte er vor allem als Wettermoderator des ZDF von 1971 bis 1986 und später durch seine ab 1998 in Büchern vertretene These, dass es keinen Treibhauseffekt gebe.

ANEURIN BEVAN

Als Minister setzte er den National Health Service durch

Nach dem Zweiten Weltkrieg prägte der vor 125 Jahren geborene Labour-Politiker Großbritanniens Gesundheitspolitik

Fragt man Briten, was typisch für ihr Land ist, wird man als Antworten wohl nicht nur Fish and Chips, Afternoon Tea oder Big Ben als Londoner Wahrzeichen hören. Für viele ist auch der National Health Service (NHS), der staatliche Gesundheitsdienst, eine große einzigartige Errungenschaft ihres Landes. Der National Health Service ist eine der Hauptsäulen des nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebauten britischen Wohlfahrtsstaates.

Der Labour-Politiker Aneurin Bevan, der als Gesundheitsminister den National Health Service 1948 gründete, gilt als einer der Säulenheiligen von Labour, einer der „Titanen“ der sozialistischen Bewegung, einer, der im „Pantheon der Partei“ sitze, schrieb die „Sunday Times“ vor einigen Jahren. Das war aber nicht immer so. Zeit seines Lebens hat Bevan eine Menge Konflikte mit und in der Labour-Partei ausgefochten.

Geboren am 15. November 1897 im Städtchen Tredegar in Südwales, in einer alten Industriegegend, die zum Herzland von Labour zählt, hatte Bevan keinen leichten Start ins Leben. Als eines von zwölf Kindern einer Kohlearbeiterfami-

lie ging der junge Bevan schon mit 13 Jahren von der Schule ab und fing im Bergwerk zu arbeiten an, was damals nicht unüblich war. Die harten Lebensbedingungen haben ihn geprägt.

Schon früh engagierte er sich in der Gewerkschaftsbewegung, wurde glühender Sozialist und Klassenkampf-Anhänger. Nach neun Jahren im Bergwerk zwang ihn eine Augenkrankheit, die Arbeit in der Mine aufzugeben. Er studierte dann am Central Labour College in London, einer Hochschule der Arbeiterbewegung. Beim Generalstreik 1926 zählte er zu den Hardlinern.

1929 wurde er ins Unterhaus gewählt, in dem er sich als charismatisches Redetalent und Volkstribun auf dem äußersten linken Flügel von Labour profilierte. Wegen seiner Unterstützung einer Volksfront unter Einschluss der Kommunisten wurde er kurzzeitig aus der Fraktion ausgeschlossen. Während des Zweiten Weltkriegs leitete Bevan als Chefredakteur die sozialistische Zeitschrift „Tribune“.

Als Labour 1945 gegen Winston Churchill die Wahl gewann, berief der neue Premierminister Clement Attlee seinen linksradikalen Parteifreund zum Ge-

sundheitsminister. Bevan ging ans Werk, verstaatlichte alle Krankenhäuser und schuf einen gigantischen Gesundheitsdienst, der „kostenlos für alle“ sein sollte. Konflikte gab es mit Ärzten, denen er nur einen sozialistisch-einheitlichen

„Basislohn“ zahlen wollte. Die geringverdienende Bevölkerung war erfreut, dass sie nun erstmals freien Zugang zu Krankenhäusern und Arztpraxen hatte, die aus der Steuerkasse bezahlt wurden. Im Frühjahr 1951 trat Bevan aus Attlees Ka-

binett zurück, weil es Streit über Sozial- und Militärausgaben gab.

Sein heißes „keltisches Temperament“ ging oft mit ihm durch, er wurde Kopf einer Labour-Rebellentruppe. Die Konservativen bezeichnete er einmal als „niedriger als Gewürm“. Erst zum Ende seines Lebens wandelte er sich vom linkssozialistischen Feuerkopf zu einer eher staatsmännischen Haltung. Sein früher Tod am 6. Juli 1960, mit nur 62 Jahren aufgrund einer Krebserkrankung, beendete die Hoffnung auf ein großes Comeback in die Regierung.

Der National Health Service wird bis heute von vielen Briten geliebt. Während der Corona-Zeit klatschten sie regelmäßig Beifall für die mehr als 1,5 Millionen Mitarbeiter des National Health Service.

Aber der Koloss gilt als schwerfällig und überbürokratisiert. Berichte über haarsträubende Zustände in Krankenhäusern, in denen manche Notfallpatienten stundenlang auf einen Arzt warten, haben am NHS-Heiligenschein gekratzt. In diesem Winter steuert das Gesundheitssystem mit einer erschreckend langen Warteliste von fast sieben Millionen Menschen abermals auf schwere Zeiten zu.

Claudia Hansen



Am ersten Tag des National Health Service, dem 5. Juli 1948, am Bett einer jungen Krankenhauspatientin: Aneurin Bevan

FOTO: UNIVERSITY OF LIVERPOOL FACULTY OF HEALTH & LIFE SCIENCES

VON WOLFGANG KAUFMANN

Einige Methoden der psychologischen Kriegsführung kamen bereits während der Zeit der germanischen Völkerwanderung zum Einsatz. So verbreiteten die Römer und Byzantiner diverse Schauermärchen über die germanischen Vandalen, um den Widerstand gegen diese politisch-militärischen Konkurrenten anzufachen. Daraus resultiert der somit komplett ahistorische Begriff des „Vandalismus“ für blinde, sinnlose Zerstörungswut, welcher freilich erst im August 1794 Eingang in die Umgangssprache fand. Damals verwendete der französische Bischof und Politiker Henri Grégoire im Zuge seiner Kritik an der Plünderung der Königsgräber in der Kirche von Saint-Denis den Ausdruck „vandalisme“, der dann in den Befreiungskriegen gegen Napoleon auch eingedeutscht wurde.

Heute hat der sogenannte Vandalismus viele Facetten – beginnend beim archaisch-destruktiven Zeitvertreib asozialer Existenzen im öffentlichen Raum und endend beim mutwilligen Löschen digitaler Inhalte, genannt virtueller Vandalismus. Zu den wichtigsten und gleichzeitig gefährlichsten Formen des Vandalismus zählt dabei der Kulturvandalismus. Dieser resultiert aus mehreren, teilweise miteinander verwobenen Motiven.

Viele Beispiele in der Geschichte

Relativ alt ist der religiös bedingte Kulturvandalismus, wie er beispielsweise aus dem Bilderverbot im mittelalterlichen Christentum und dem Islam herrührt. Wobei muslimische Extremisten, welche bereits zahlreiche bedeutende Kunstwerke oder Kulturgüter wie die einstmals größten buddhistischen Statuen der Welt im zentralafghanischen Bamiyan-Tal zerstört haben, auch heute noch ihr Unwesen treiben und dies mit dem Willen Allahs oder den Lehren Mohammeds begründen.

Ebenfalls schon sehr früh in der Geschichte kam es zu allerlei Exzessen des Kulturvandalismus aus ökonomischen Gründen: Mal fielen die Kunstwerke Plünderern zum Opfer, die nach Edelmetallen oder anderen wertvollen Materialien gierten, mal „recyclete“ man die Kulturgüter aus Sparsamkeitsgründen.

Eine große Rolle spielte zudem von Anfang an auch der Kulturvandalismus mit politischer Motivation. So wurden verhasste Herrscher nach ihrem Sturz oder Tod mit der *Damatio memoriae* bestraft, also der möglichst vollständigen Auslöschung der Erinnerung an sie, was zur Vernichtung all jener Kulturgüter führte, die ihre Namen oder Abbilder trugen.

Und dann wäre da noch das individuelle Herostratentum: Hierbei handelt es sich um eine Art des Kulturvandalismus, für den Einzeltäter verantwortlich zeichnen, deren Archetyp jener sagenhafte ionische Hirte Herostratos ist, der am 21. Juli 356 v. Chr. den Tempel der Artemis in Ephesos gezielt in Brand setzte, um seinen Namen unsterblich zu machen. Solche geltungsstüchtigen Personen trifft man auch unter den Klimaschutz-Extremisten, die Kunstwerke von Weltrang attackieren, um damit in erpresserischer Weise Maßnahmen gegen die angeblich menschengemachte Erderwärmung zu erzwingen. Dabei werden sie von den gleichen Triebkräften geleitet wie einst der Niemand Herostratos (siehe PAZ vom 4. November).

Die krankhafte Gier nach Beachtung

So sind Vollzeit-Klimaaktivisten oftmals gescheiterte Existenzen ohne Ausbildung, Beruf und eigenes Einkommen, die ihre daraus resultierenden Minderwertigkeitskomplexe zu kompensieren versuchen, indem sie demonstrativ gegen gesellschaftliche Tabus verstoßen, um Beachtung zu erlangen. Und Kunstwerke von Michelangelo, Raffael, Rembrandt, Dürer, van Gogh und Monet zu attackieren, ist der kulturelle Tabubruch schlechthin,



Mit Tomatensuppe besudelt: Klima-Extremisten vor einem attackierten Van-Gogh-Gemälde in der Londoner Nationalgalerie am 14. Oktober

Foto: imago/zuma wire

KLIMA-EXTREMISTEN

Was die Kulturschänder im Innersten antreibt

Viele der „Aktivisten“, die öffentlichkeitswirksam Kunstwerke beschädigen, sind schlicht und einfach psychotisch und leiden unter schweren Persönlichkeitsstörungen – Ein Blick in dunkle Seelen

welcher selbst die allerarmseligste Erscheinung flugs zur Person der Zeitgeschichte macht – vor allem, wenn die Medien dazu noch ikonographische Bilder von den Tätern liefern, anstatt das Gleiche zu tun wie die Zeitgenossen des Herostratos und den Mantel des Schweigens über die Untat auszubreiten, so gut es irgend geht. Denn Nichtbeachtung ist das, was die Kulturvandalen am meisten schmerzt. Es ist zudem eine klare Botschaft an potentielle Nachahmer, dass sie dem trüben Dunkel ihrer Existenz auf diese elende Weise nicht werden entkommen können.

Teilweise fällt das moderne Herostratentum aber auch komplett in den Zuständigkeitsbereich der Psychiatrie. Viele von denen, die sich heute gegen Kulturgüter versündigen, sind schlicht und einfach psychotisch oder leiden unter schweren Persönlichkeitsstörungen. Dazu kommen Neurosen, deren Entstehung nirgendwo besser beschrieben wird als in Sigmund Freuds Schrift „Das Unbehagen in der Kultur“ aus dem Jahre 1930.

Darin legt der österreichische Neurowissenschaftler, Psychoanalytiker und Kulturtheoretiker dar, wie die Kultur zu einer Quelle des menschlichen Unglücks werden kann, weil sie eben nicht nur für Sicherheit und Fortschritt steht, sondern auch für die Regelung der menschlichen Beziehungen und damit verbunden für die oftmals recht weitgehende Versagung der menschlichen Triebbefriedigung, aus der dann die Neurosen erwachsen. Mit anderen Worten: Die innerseelischen Konflikte, welche die Psyche zu zerreißen drohen und zu charakteristischen fehlge-

leiteten Verhaltensweisen führen, resultieren aus dem Spannungsverhältnis zwischen dem egoistischen, von seiner Lust getriebenen Individuum und der Gesellschaft, die mit ihren kulturellen Normen Anpassung erzwingt.

Die Zügelung, Umlenkung und Verdrängung der Triebe führt nach Freud nicht selten zur Kulturfeindschaft, die sich auch in Aggressionen äußert. Wenn die Kultur fortbestehen will, muss sie derartige Aggressionen unterbinden, was am wirkungsvollsten gelingt, wenn der Drang, aufzubegehren und die kulturellen Fesseln abzustreifen, in eine andere psychische Größe umgewandelt wird, nämlich das Schuldbewusstsein. Dies allerdings hat seinen Preis, wie schon Freud erkannte: „Der Mensch kann diese ständige Zumutung nur überstehen, wenn er lernt, sich mit Formen der Ersatzbefriedigung zufrieden zu geben.“

Neid auf die Arbeit Erwachsener

Und das ist ein weiterer Schlüssel zur Erklärung des Verhaltens der vorwiegend jugendlichen Klima-Extremisten, die Kunstwerke attackieren: Einerseits möchten sie nach der langen Phase der Verwöhnung im Kindesalter weiter nach dem Lustprinzip leben, andererseits wird das ab einem bestimmten Alter immer schwieriger, was Ersatzhandlungen nötig macht, wie eben das neidvolle Losgehen auf die Ergebnisse talentierter und disziplinierter Arbeit Erwachsener. Dazu kommt das im Zuge von Erziehung und Sozialisation eingepflichtete Schuldbewusstsein, als Vertreter der Spezies Homo sa-

piens für die angebliche Zerstörung des Planeten Erde verantwortlich zu sein.

Wer sich schuldig fühlt, erwartet zudem eine Strafe für seine „Vergehen“, was wiederum diverse Ängste hervorbringt. Und Angst ist ganz offensichtlich auch ein sehr großes Problem vieler „Klima-Retter“. Das zeigen unter anderem die vor Mitleid triefenden Berichte der Gruppierung „Psychologists for Future“, welche den „Aktivisten“ professionellen seelischen Beistand zu leisten versucht.

Isolation schürt die Radikalisierung

Jedoch bezieht sich die Angst der Kulturvandalen im Dienste des Klimas keineswegs nur auf die angebliche „Erderhitzung“ und deren mögliche Folgen. Vielmehr leiden diese auch unter der Erkenntnis, dass sie gerade dabei sind, ihre eigene, individuelle Zukunft zu verspielen. Ein Übriges tun das permanente innere Gehetztsein und das Unverständnis vieler Bezugspersonen.

Dabei fühlen sich die Klima-Extremisten vollkommen zu Recht gesellschaftlich isoliert, wie Umfragen beweisen. Das bewirkt allerdings kein Umdenken, sondern heizt ihre Aggressivität noch weiter an. In dem Maße, wie die Proteste immer weniger Zustimmung finden und somit das eigentliche Anliegen durchkreuzen, eskaliert die Zerstörungswut. Deshalb ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis unwiederbringliche Kunstwerke verloren gehen.

Gleichzeitig wäre es falsch, in dem Kulturvandalismus der „Klima-Schützer“ lediglich eine besonders schwere Form der Sachbeschädigung zu sehen, die sich

mit psychischen Fehlentwicklungen und jugendlicher Unreife erklären lässt. Denn hier liegen ebenso gravierende Verstöße gegen das Völkerrecht vor. Das ergibt sich aus der Haager Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten vom 14. Mai 1954, in der auch Bestimmungen enthalten sind, die im Prinzip immer gelten, also nicht nur im Falle eines Krieges. So heißt es unter anderem, „dass jede Schädigung von Kulturgut, gleichgültig welchem Volke es gehört, eine Schädigung des kulturellen Erbes der ganzen Menschheit bedeutet“. Deshalb sind Kulturvandalen in letzter Instanz Verbrecher, die nötigenfalls vor internationale Gerichte gehören, was besonders in den Fällen gilt, in denen ihr Handeln einen Kulturverlust bewirkt hat.

Der Schaden ist bereits immens

Aber selbst wenn die Folgen der Aktionen von Klimaschutz-Extremisten momentan noch nicht so gravierend ausfallen: Allein dadurch, dass die Museen nun gezwungen sind, ihre Sicherheitsvorkehrungen drastisch zu verschärfen und die Kunstwerke durch Schutzvorrichtungen wie Verglasungen vor Attacken zu bewahren, wird der unmittelbare Kunstgenuss seitens der Allgemeinheit geschmälert oder sogar gänzlich unmöglich gemacht. Das wiederum schafft eine größere mentale Distanz zur Kunst, die zum Schwinden des ästhetischen Empfindens und der Kreativität führen kann. Aber das hat schöpferisch impotente Verlierernaturen wie Herostratos und dessen pubertäre Epigonen noch nie bekümmert.



ALLENSTEIN

Die Strompreise steigen, die Sorgen auch

Bis vor Kurzem setzten vor allem Städte auf E-Mobilität – Versorger sollen nun die Zeche zahlen

VON DAWID KAZANSKI

Die hohen Strompreise machen den Städten im südlichen Ostpreußen zu schaffen. Um Geld zu sparen, beschlossen einige Städte deshalb, die Straßenbeleuchtung nachts abzuschalten. Das ist beispielsweise in Sokolów Podlaski bei Warschau und Krosno im Karpatenvorland der Fall. Solch eine Sparmaßnahme gilt zwar noch nicht für Allenstein, aber wegen der hohen Energiekosten könnte die Stadt ein Problem mit den Straßenbahnen bekommen, die sehr viel Strom verbrauchen. Straßenbahnen, bislang als umweltfreundliches Verkehrsmittel gefördert, lassen sich derzeit nicht mehr rentabel betreiben.

Die Kommunen sind wie auch große Unternehmen mit einer galoppierenden Inflation konfrontiert, die auf Schritt und Tritt zu spüren ist. Die Allensteiner Stadtbehörden mussten bereits eine Ausschreibung für den Kauf von Strom für das Jahr 2023 annullieren, weil die angebotenen Preise gigantisch waren – die Preissteigerung lag bei bis zu 540 Prozent. Dass man schon jetzt mehr Geld für die Stromversorgung der Straßenbahnen ausgeben muss, zeigt sich an den Beträgen, welche die Stadt bisher für deren Betrieb ausgab. Im Jahr 2021 beliefen sich die Kosten für die Energie, welche die Straßenbahnen für ihren Betrieb benötigten, auf zirka 450.000 Euro. In diesem Jahr wurden für den Betrieb der Straßenbahnen allein von Januar bis Juni Stromkosten in Höhe von ungefähr 313.000 Euro fällig.

Vor einem Jahr argumentierte eine Sprecherin des Rathauses, dass die Einfüh-



Hat die Stadt Allenstein aufs falsche „Pferd“ gesetzt? Elektrische Straßenbahnen bedrohen das Stadtbudget

Foto: D.K.

Der Stadt Einsparungen durch den Wegfall von fünf Buslinien mit sich bringe. Sie sagte, dass man für den Betrieb von zwölf Straßenbahnen auf einer Strecke, auf der 24 Busse im Einsatz seien, umgerechnet lediglich 213.000 Euro benötige, was eine enorme Ersparnis bedeute. Zurzeit gleichen sich die Kosten für beide Verkehrsmittel allerdings an, sodass sich die Situation ab Januar vermutlich umkehren wird. Dann dürften die Straßenbahnen den städtischen Haushalt viel mehr kosten als Busse. Das wird sich mit Sicherheit in einer Ver-

teuerung der Fahrkarten für öffentliche Verkehrsmittel niederschlagen, zumal auch die konventionellen Kraftstoffe – Benzin und Diesel – teurer werden.

Teurer als Busse

In Allenstein wird das Straßenbahnnetz aktuell weiter ausgebaut. Auch hierfür werden mehr Kosten anfallen als geplant. Das steht im Zusammenhang mit Preissteigerungen bei Gas, Strom und Baumaterialien sowie unterbrochenen Lieferketten. Die Auftragnehmer fordern eine Überprüfung der in den Verträgen festgelegten Beträge.

Sie verlangen von der Stadt die Zahlung von etwa zehn Millionen Euro mehr als die ursprünglich kalkulierte Summe. Das Rathaus hält die Forderung für überzogen. Der Vertrag mit dem Unternehmen, das die Straßenbahnverlängerung durchführt, sah eine Summe von 77 Millionen Euro vor.

Im Oktober nahm sich die Woiwodschaftsregierung der Frage der steigenden Strompreise an. Der Ministerrat beschloss einen Gesetzesentwurf über Energiehöchstpreise. Darin ist festgelegt, dass Kommunalverwaltungen, sensible Einrichtungen wie Schulen oder Krankenhäuser

sowie kleine und mittlere Unternehmen umgerechnet höchstens 167 Euro pro Megawattstunde und Einzelkunden höchstens 147 Euro pro Megawattstunde zahlen müssen, wenn die festgelegten Verbrauchsobergrenzen überschritten werden. Die Kosten für diese Maßnahme werden auf über vier Milliarden Euro geschätzt. Wie die Klima- und Umweltministerin Anna Moskwa betonte, wird die Finanzierung aus den Einnahmen der Energieunternehmen stammen. „Sollte sich diese Quelle als unzureichend erweisen, so werden wir sie durch nationale Mittel ergänzen. Wir planen das nicht für heute“, fügte die Ministerin hinzu.

Das Gesetz sieht jedoch keine Entschädigung für Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten vor. Große Firmen, deren Beschäftigtenzahl über dieser Grenze liegt, werden ohne jede Unterstützung dastehen. Einige Wirtschaftsexperten befürchten, dass sich die Intervention der Politik für die Energieunternehmen, große Energieerzeuger und die Großunternehmen, welche die Hauptleidtragenden der Deckelung der Energiepreise sein sollen, als verhängnisvoll erweisen wird. Folgen könnten eine Verarmung der Gesellschaft und ein Anstieg der Arbeitslosigkeit sein. Eine ähnliche Maßnahme zur Eindämmung der Strompreise wurde bereits in Rumänien eingeführt. Die dortige Regierung war eine der ersten in der EU, die auf den Anstieg der Energiekosten mit einem Einfrieren der Preise reagierte. Die Ergebnisse waren katastrophal: Viele Unternehmen gingen pleite und die Energieerzeuger stehen am Rande des Bankrotts.

KÖNIGSBERG

Scherz von der „böhmischen Erde“

Annexion des Königsberger Gebiets – Tschechischer Seitenhieb auf Russland

Weil der böhmische König Ottokar Namensgeber der Stadt Königsberg ist, erklärte eine Online-Initiative in Tschechien Königsberg zu tschechischem Gebiet.

Seit Wochen kursieren in den tschechischen sozialen Medien Meldungen, die verkünden, dass Königsberg eigentlich zum heutigen Tschechien gehöre. Nach dem russischen Beispiel der „Russischen Erde“ der annektierten Gebiete in der Ukraine sollte es deshalb der Tschechischen Republik angegliedert werden. Neben ihrem bekannten Humor, man erinnere sich an den „Braven Soldaten Schwejk“, sind die Böhmen auch sehr geschichtsbewusst.

Schlüsselfigur bei der Gründung Königsbergs im 13. Jahrhundert war tatsächlich der böhmische König Ottokar II. aus dem Geschlecht der Přemysliden. Er bestieg nach dem Tod seines Vaters Wenzel im Jahr 1253 den Thron. Damit begann der steile Aufstieg des böhmischen Königreichs. Sein Reich reichte von der Ostsee bis zur Adria. Jeder mittelalterliche Herrscher musste damals mit der äußerst mächtigen Position des Papstes rechnen. Papst war damals Innozenz IV., der Ottokar II. bei dessen Expansionspolitik half. Die Welt gehörte damals den Kreuzzügen, die sich nicht nur auf das Heilige Land erstreckten.

Einer der Kreuzzüge führte in das Gebiet der südöstlichen Ostsee, wo die heid-

nischen Prußen und Litauer lebten. Ottokar II. eilte damals dem Deutschen Orden 1254 zu Hilfe.

Das Gebiet um Königsberg gehörte nie zu den böhmischen Ländern. Lediglich der Name bezog sich auf den tschechischen König Ottokar II. als Anführer des Kreuzzugs. 2005, zum 750. Jahrestag der Gründung der Stadt, wurde auch das im Zweiten Weltkrieg zerstörte Königstor in



Relief im Königstor: König Ottokar II.

Königsberg rekonstruiert und die Statuen von König Ottokar II. von Böhmen und Herzog Albrecht von Preußen wieder aufgestellt, welche die Statue des ersten Königs Friedrich I. in Preußen umgeben.

Der tschechische Anspruch auf Königsberg-Kralovec-Kaliningrad ist nur ein Scherz. Die Petition für ein Referendum über die Angliederung des Königsberger Gebiets an die Tschechische Republik hat dennoch bereits Zehntausende Unterschriften. Die Seite „Visit Kralovec“ mit einem Twitter-Account verfolgen inzwischen 35.000 Nutzer. „Nach einem erfolgreichen Referendum entschieden sich 97,9 Prozent der Einwohner von Kaliningrad für den Beitritt zur Tschechischen Republik und die Umbenennung von Kaliningrad in Kralovec“, berichtet die Website mit einem Seitenhieb auf die pro-russischen Volksabstimmungen in der Ukraine.

Der Scherz trägt dazu bei, das Interesse der tschechischen Öffentlichkeit an der verworrenen Geschichte Mittel- und Osteuropas zu wecken. Allerdings teilen nicht alle Tschechen den Scherz, immerhin sind die Tschechen das entchristlichste Land Europas. Viele finden es nicht gut, dass die heutigen böhmischen Nichtchristen mit den „Sünden“ ihrer Vorfahren als Kreuzfahrer in Verbindung gebracht werden.

Bodo Bost

LANDSMANNSCHAFT

Vorstand bestätigt

Landesvertretung tagte in Wuppertal



Kontinuität im Amt: Die Mitglieder des Vorstands der Landsmannschaft Ostpreußen

Mit jeweils klaren Mehrheiten bestätigten die Mitglieder der Ostpreußischen Landesvertretung (OLV) am vergangenen Wochenende den Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Neuer und alter Sprecher ist Stephan Grigat, sein Stellvertreter bleibt Hans-Jörg Froese. Ebenfalls wiedergewählt

wurden Schatzmeister Friedrich-Wilhelm Böld sowie die Beisitzer Brigitte Stramm und Ulf Püstow. Einzig neues Mitglied im Vorstand ist der stellvertretende Vorsitzende des Bundes Junges Ostpreußen, Tobias Kollakowski (im Bild rechts).

Mehr zur Tagung der OLV lesen Sie in der kommenden Ausgabe der PAZ.

Wir gratulieren...



ZUM 101. GEBURTSTAG

Nowatzki, Marta, geb. **Gardiniowski**, aus Langheide, Kreis Lyck, am 12. November

ZUM 100. GEBURTSTAG

Baumm, Erika, geb. **Adomat**, aus Großwalde, Kreis Elchniederung, am 17. November

ZUM 99. GEBURTSTAG

Köck, Gerhard, aus Widitten, Kreis Fischhausen, am 13. November
Kohlhaussen, Eva, geb. **Koch**, aus Wiesenfeld, Kreis Neidenburg, am 15. November

ZUM 98. GEBURTSTAG

März, Helene, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 15. November

ZUM 97. GEBURTSTAG

Czub, Dr. Erich, aus Ulrichsfelde, Kreis Lyck, am 16. November
Donde, Erich, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 13. November
Dörffer, Margarete, aus Lyck, am 13. November
Schulz, Ehrentraud, geb. **Wenig**, aus Zohpen, Kreis Wehlau, am 13. November
Steinke, Käthe, geb. **Ludwig**, aus Waiselhöhe, Kreis Neidenburg, am 15. November

Wietzorek, Kurt, aus Lyck, am 17. November

ZUM 96. GEBURTSTAG

Aßmann, Erika, geb. **Wunder**, aus Klaussen, Kreis Lyck, am 17. November
Fleiß, Margo, aus Schloßberg, am 15. November
Jäkel, Marta, geb. **Lork**, aus Nios-toy, Kreis Neidenburg, am 11. November
Kunze, Waltraud, geb. **Dittkuhn**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 17. November
Kutzinski, Heinz, aus Tannau, Kreis Treuburg, am 15. November
Mauerhöfer, Hans, Kreisgemeinschaft Ebenrode, am 13. November
Neubauer, Erna, aus Lyck, am 15. November

ZUM 95. GEBURTSTAG

Depolt, Herta, geb. **Gloddek**, aus Rohmanen-Abbau, Kreis Ortelsburg, am 15. November
Ermel, Helgard, geb. **Kunter**, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 12. November
Krogmann, Martha, geb. **Seidel**, aus Sodargen, Kreis Ebenrode, am 16. November
Kroll, Margarete, geb. **Regge**, aus Bruchhöfen, Kreis Ebenrode, am 15. November
Paul, Werner, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 15. November
Selenz, Frieda, geb. **Fröse**, aus Er-len, Kreis Elchniederung, am 17. November

ZUM 94. GEBURTSTAG

Augustin, Helmut, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 17. November
Kirchhoff, Edith, geb. **Rettkowski**, aus Browina, Kreis Neidenburg, am 12. November
Kuberka, Margarete, geb. **Roters**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 14. November
Nehmer, Elli, geb. **Fröhlich**, aus Windberge, Kreis Ebenrode, am 15. November
Tiska, Lucie, geb. **Reh**, aus Blumstein, Kreis Preußisch Eylau, am 12. November
Zimmermann, Eleonore, geb. **Pilz**, aus Neusiedel, Kreis Tilsit-Ragnit und aus Platen, Kreis Eben-

rode und aus Haselberg, Kreis Schlossberg, am 14. November

ZUM 93. GEBURTSTAG

Ascher, Hans, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 14. November
Heydemann, Meta, geb. **Wochnowski**, aus Neidenburg, am 14. November
Löffelholz, Ella, geb. **Ott**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 11. November
Salis, Marie, geb. **Willuda**, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 13. November
Seiler, Lothar, aus Bolzfelde, Kreis Elchniederung, am 14. November
Simon, Gerda, geb. **Bolz**, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 12. November
Wenzel, Hans-Günther, aus Lyck, Yorkplatz, am 17. November

ZUM 92. GEBURTSTAG

Haase, Bruno, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 15. November
Hidde, Gerda, geb. **Bajohr**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 13. November
Klüver, Adolf, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 17. November
Maak, Waltraud, geb. **Zehrt**, aus Schönwiese, Kreis Elchniederung, am 15. November
Muhsal, Ruth, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 11. November
Pirk, Ursula, geb. **Schirmacher**, aus Oschekau Gut, Kreis Neidenburg, am 12. November
Söckneck, Olga, geb. **Lohmeyer**, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 13. November
Wilzewski, Ernst, aus Finsterwalde, Kreis Lyck, am 15. November
Wolff, Inge, geb. **Schirmacher**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 16. November

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bachmann, Gerda, geb. **Hoffmann**, aus Stehlau, Kreis Ebenrode, am 15. November
Berner, Irmgard, geb. **Mogilowski**, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 16. November
Blau, Brunhilde, aus Stahnken, Kreis Lyck, am 15. November

ANZEIGE

4 Wochen gratis lesen
 Testen Sie unverbindlich die PAZ

Kein Abo!

**Gleich unter 040-41 40 08 42 oder
 vertrieb@paz.de anfordern!**

Zeitung für Deutschland
 www.paz.de

Burgfels, Hedwig, geb. **Komm**, aus Argemünde, Kreis Elchniederung, am 12. November
Gimbott, Ekkehard, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, am 15. November
Hofmann, Helga, geb. **Behrendt**, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 13. November
Hömke, Reinhold, aus Germau, Kreis Fischhausen, am 15. November
Knolle, Christel, geb. **Falk**, aus Groß Schläfken, Kreis Neidenburg, am 15. November
Kopp, Alfred, aus Wolfsdorf, Kreis Elchniederung, am 17. November
Krappa, Rudolf, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 16. November
Kullack, Martin, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 12. November
Müller, Lydia, aus Klaussen, Kreis Lyck, am 11. November
Neumann, Irma, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 14. November
Parczak, Georg-Anton, aus Luckau, Kreis Ortelsburg, am 15. November
Pätzold, Erika, geb. **Bartholomayzik**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 17. November
Wiechert, Margarete, geb. **Burzloff**, aus Plibischken, Kreis Wehlau, am 12. November

Hoffmann, Helmuth, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 12. November
Klossek, Erika, geb. **Friedeiszik**, aus Preußenwalde, Kreis Ortelsburg, am 14. November
Kulschewski, Ernst, aus Königswalde, Kreis Lyck, am 17. November
Lange, Gerda, geb. **Dressler**, aus Bersbrüden, Kreis Ebenrode, am 13. November
Peter, Erna, geb. **Knapp**, aus Lesgewangen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 14. November
Steinbach, Hildegard, geb. **Janowski**, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 17. November
Syperrek, Erich, aus Lyck, am 12. November
Weinreich, Waltraud, geb. **Zacharias**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 11. November

ZUM 85. GEBURTSTAG

Abraham, Käte, geb. **Sibrowski**, aus Kahlau, Kreis Mohrunen, am 14. November
Antonatus, Renate, aus Petersgrund, Kreis Lyck, am 12. November
Avramidis, Sieglinde, geb. **Bentkus**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 11. November
Broßeit, Helmut, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, am 14. November
Brunke, Klaus, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 16. November
Ehlers, Edeltraut, geb. **Tietz**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 11. November
Molgedei, Lotte, geb. **Heimann**, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 13. November
Neubacher, Paul, aus Treuburg, am 17. November
Nowozin, Paul, aus Eichthal, Kreis Ortelsburg, am 11. November
Peuser, Renate, geb. **Weber**, aus Treuburg, am 12. November
Reimer, Waltraud, geb. **Walewski**, aus Sprindenau, Kreis Lyck, am 17. November
Schaaf, Hildegard, geb. **Klein**, aus Lakendorf, Kreis Elchniederung, am 16. November
Schlisio, Ella, geb. **Gantz**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 15. November

Scholz, Vera, geb. **Schmischke**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 12. November

ZUM 80. GEBURTSTAG

Ernst, Jörg, aus Klein Schläfken, Kreis Neidenburg, am 16. November
Kirstein, Erich, aus Willkassen, Kreis Treuburg, am 17. November
Moormann, Iris, geb. **Laut**, aus Lyck, Steinstraße 18, am 11. November
Nietz, Lotar, aus Baringen, Kreis Ebenrode, am 12. November
Salewski, Helga, aus Treuburg, am 11. November
Schmidtke, Dietmar, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 16. November
Senff, Ulrich, aus Markshöfen, Kreis Ortelsburg, am 15. November
Strobeck, Brigitte, geb. **Salewski**, aus Treuburg, am 11. November
Therwies, Manfred, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 12. November

ZUM 75. GEBURTSTAG

Gegner-Sütkler, Irmgard, geb. **Gegner**, aus Landsberg, Kreis Preußisch Eylau, am 15. November
Heberer, Prof. Dr. Thomas, aus Föhrenhorst, Kreis Ebenrode, am 13. November
Herbarth, Dora, geb. **Scheffler**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 16. November
Trapp, Heidemarie, aus Zimmerbude, Kreis Fischhausen, am 17. November

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
 Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg,
 E-Mail: info@ostpreussen.de

Zusendungen für die Ausgabe 47/2022

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 47/2022 (Erstverkaufstag 25. November) **bis spätestens Dienstag, den 15. November**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Angela Selke
 Telefon (040) 4140080
 E-Mail: selke@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
 Herrn Bundesgeschäftsführer
 Dr. Sebastian Husen
 Buchstraße 4
 22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de



Prussia

Duisburg – Sonnabend, 3. Dezember, 10.30 Uhr, Johannes-Corputius-Platz 1, 47051 Duisburg: Mitgliederversammlung der PRUSSIA, Gesellschaft für Geschichte, Archäologie und Landeskunde Ost- und Westpreußens. Anträge bis 19. November an prussia.gesellschaft@gmail.com

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151) 148788

Adventsfeier

Wetzlar – Sonntag, 27. November, 14 Uhr, Ratsstuben der Stadthalle Aßlar, Mühlgrabenstraße 1, 35614 Aßlar: gemeinsame Advents- und Weihnachtsfeier des Bundes der Vertriebenen (BdV) und der Landsmannschaften.



Memel-Stadt/Land

Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174) 9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de.
Gst. für alle Memellandkreise: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim

Tag der Deutschen Einheit

Memel – Zum neunten Mal lud die Vereinigung „VOKIETUVA“ zur Festveranstaltung zum Tag der Deutschen Einheit in das alte Memeler Schützenhaus ein. Es ist mittlerweile eine Tradition, die uneingeschränkt von der Memeler Stadtverwaltung, der Deutschen Botschaft in Wilna und vielen Sponsoren unterstützt wird. Nach Aussage des Bürgermeisters von Klaipėda, Vytautas Grubliauskas, ist diese Veranstaltung im städtischen Jahreskalender nicht mehr wegzudenken.

So durfte der Vorsitzende der Vereinigung VOKIETUVA, Manfred Wagener, am 3. Oktober gut 300 Gäste begrüßen, darunter den Chor des Sudermann-Gymnasiums, die Mitglieder und den Chor des Deutschen Vereins „Heide“, Besatzungsangehörige des deutschen Minenjagdbootes „Bad Rappenaue“, den „Deutschen Kulturverein Memel“ sowie hier ansässige Deutsche und Litauer, die man bereits als Stammgäste bezeichnen kann. Als Ehrengäste begrüßte Wagener die Bürgermeister von Klaipėda und Neringa, Herrn Grubliauskas und Herrn Jasaitis, als Vertreter der Deutschen Botschaft den Militärattaché, Oberstleutnant i.G. Bellini, sowie den Vorsitzenden der „Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise e.V.“ und Ehrenbürger der Stadt Klaipėda Uwe Jurgsties.

Die Ehrengäste ließen keinen Zweifel, dass der diesjährige Tag der Deutschen Einheit in der augenblicklichen politischen Situation ein Symbol zu Geschlossenheit, Freiheitsbekundung und Friedens-



An Bord: Zum „Tag der Deutschen Einheit“ am 3. Oktober ist eine Abordnung des Deutschen Kulturvereins Memel der Einladung des Korvettenkapitäns Jan Brodersen auf das Minentauchereinsatzboot „Bad Rappenaue“ gefolgt, um mit der Mannschaft und Gästen an den Feierlichkeiten teilzunehmen

Foto: Erika Kulik

willen sein muss. So war die Festansprache, gehalten von Dirk Bohlmann, Vorstandsmitglied der Vereinigung VOKIETUVA, nicht nur diesem Feiertag gewidmet, sondern enthielt ein klares Bekenntnis zu eben diesen Werten.

Hier der Wortlaut: „Am 3. Oktober 1990 richtete Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl zum Tag der Deutschen Einheit an alle Regierungen der Welt folgende Botschaft:

„Mit dem heutigen Tage ist das Deutsche Volk in Frieden und Freiheit wiedervereint. 45 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges endet die schmerzliche Trennung der Deutschen. Nachdem die Bürde der Teilung von uns Deutschen genommen ist, sind wir bereit, mit neuer Kraft und in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit allen Ländern und Völkern, die sich dem Frieden, der Achtung der Menschen- und Freiheitsrechte und dem Wohlergehen der Menschen verpflichtet fühlen, eine gemeinsame friedliche Zukunft zu gestalten.“

Dies ist nun 33 Jahre her, als die Menschen in der DDR friedlich auf die Straße gingen und die Öffnung der Berliner Mauer erzwangen. Ein Augenblick, in dem der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow auf Politik statt auf Panzer setzte, und nicht zuletzt der Augenblick, in dem eine deutsche Bundesregierung unter Kanzler Kohl entschlossen und energisch die richtigen Weichen stellte. Es war ein Augenblick mutiger Entscheidungen.

32 Jahre ist die Wiedervereinigung nun her. Eine Generation ist bereits ohne persönliche Erinnerung an Mauer, Stacheldraht, Flucht und Todesstreifen. Das ist ein Grund zur Freude. Einerseits. Andererseits aber ist es die Aufgabe der Älteren, die Erinnerung wachzuhalten und mit der Generation der nun bis 33-jährigen und Jüngeren dieses Glücksfalls der Geschichte gemeinsam zu gedenken. Deswegen sind wir heute hier zusammengekommen, um miteinander dafür einzutreten, dass sich die Zeit vor 1990 nicht wiederholt.

Die politischen Ereignisse in Deutschland wirkten sich auf das Weltgeschehen aus, insbesondere auf unsere östlichen Nachbarstaaten. Die baltischen Staaten litten unter Okkupation seit 1940. Aber der Wille nach Freiheit ließ es lange Jahre gären. 1988 gründete sich die Freiheitsbewegung Sajudis, die vehement die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Litauens von der Sowjetunion forderte.

Am 23. August 1989 gaben sich 2,5 Millionen Menschen zwischen Vilnius und Tallinn die Hand. Am 11. März 1990, vier Monate nach dem Fall der Berliner Mauer, sagte sich Litauen als erste der damaligen Sowjetrepubliken von Moskau los. Am 13. Januar 1991 versammelten sich Tausende vor allem junge Menschen am Fernsehturm in Vilnius. Panzer rollten auf, Menschen wurden überrollt oder erschossen. Aber die stürmische Entwicklung in die Freiheit war nicht mehr aufzuhalten.

Der 3. Oktober ist für uns ein Festtag. Deutschland hat sich vereinigt. Die Sowjetrepublik Litauen ist Geschichte, Litauen ein selbstständiges souveränes Land. Doch es heißt nun, sich noch enger aneinander zu schließen. Die Welt blickt auf neue Herausforderungen, die so niemand voraussehen konnte.

Wir sind im dritten Jahr der Corona Pandemie, seit dem 14. Februar mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine herrscht Krieg in einem zuvor sich friedlich entwickelnden Europa.

Die baltischen Staaten sind nicht mehr allein auf sich gestellt. Sie sind Verbündete in der NATO, sind Teil der Europäischen Union.

Putin unterliegt einer Fehlkalulation. Der für eine Woche geplante „Blitzkrieg“ stößt auf den immensen Unabhängigkeitswillen und Widerstandsgeist der Ukrainerinnen und Ukrainer und dauert nun bereits 221 Tage.

Seine Wahrnehmung der Wirklichkeit ist verfehlt, er unterschätzt die tatsächliche Stärke der ukrainischen Streitkräfte wie offenbar auch die der eigenen Streitkräfte.

Die Europäische Union steht geschlossener zusammen, als jemals zuvor. Die NATO als Schutzschild spricht eine klare unmissverständliche Sprache. Europa zeigt in diesem neuen Konfliktumfeld die gleiche Stärke, wie damals 1990, eher noch einen Zusammenhaltswillen, wie niemals zuvor.

Ich stehe vor Ihnen in meiner Marineuniform. Als Soldat bin ich bereit, das zu tun, was ich 40 Jahre lang als aktiver Marineoffizier getan habe: Mich persönlich für Frieden und Freiheit einzusetzen und ich bin mir sicher, dass Sie hier in diesem Saal, anlässlich dieser Fei-

er, dasselbe denken und tun würden.

Wir dürfen heute feiern. Hierzu haben wir allen Grund. Deutschland ist vereinigt. Litauen ist ein souveräner Staat. Dies seit 31 Jahren. Wir stehen zusammen, in Europa und auch hier und heute Abend miteinander in Klaipėda. Ja, wir waren Zeuge eines Glücksfalls der Geschichte. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass die Geschichte nicht stehenbleibt. Lassen Sie uns dafür eintreten, dass wir uns immer wieder, auch mit Blick auf die Zukunft, in Dankbarkeit die Hand reichen. Auch hierzu möchten wir von VOKIETUVA mit dem heutigen Festabend beitragen.“

Der Festakt klang aus, wie in den vielen Jahren zuvor: mit einem kleinen Oktoberfest, viele ehren-

amtliche Helfer zapften das Bier des Sponsors Brauerei Volfas Engelman, Weisswürste bayrischer Herkunft und Laugenbrezel, dies zu zünftiger bayrischer Tanzmusik beendete diesen Festakt in einer Weise, wie man es sich sympathischer und in Gemeinsamkeit verbunden nicht besser vorstellen kann.

D. B.

Deutsche Botschaft

Memel – Auf Einladung der Deutschen Botschaft nahmen der Deutsche Kulturverein Memel, der Verein „Heide“ aus Heydekrug und die AdM an der Feier zum „Tag der Deutschen Einheit“ in Wilna am 4. Oktober teil. Es konnten gute Gespräche und neue wichtige Kontakte geknüpft werden.



FOTO: ERIKA KULIK

Zu Gast in der Deutschen Botschaft: (v. l.) Judita Elbert, Uwe Jurgsties, Enkelin von Gerlinda Stungurienne, Gerlinda Stungurienne, Mitarbeiterin der Deutschen Botschaft und Heiko Kreßlin

Herbstfest

Memel – Der Deutsche Kulturverein Memel feierte am 1. Oktober sein Herbstfest (Pfälzer Abend).

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGEN



Wenn die Kraft zu Ende geht,
ist Erlösung Gnade.

Günter Meyer

* 1. 7. 1935 † 21. 10. 2022

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied.

Deine Edith
Manfred, Traute,
Renate und Helmut, Dirk
sowie alle, die dich gern haben

Die Trauerfeier mit anschließender Urnenbeisetzung
findet am Donnerstag, den 17. November 2022, um 14 Uhr
in der Friedhofskapelle Bad Fallingbostal statt.

Der richtige Weg,
anderen vom
Tode eines
lieben Menschen
Kenntnis zu
geben, ist eine
Traueranzeige.

Preussische Allgemeine

Buchtstraße 4
22087 Hamburg
Telefon 0 40 / 41 40 08 32
Fax 0 40 / 41 40 08 50
www.paz.de



Kreisgemeinschaft Schloßberg

in der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Patenschaft: Landkreis Harburg, Winsen (Luhe)

Geschäftsstelle: 21423 Winsen (Luhe), Rote-Kreuz-Str. 6, Telefon (0 41 71) 24 00

Wir trauern um unseren langjährigen Schatzmeister

Heinz-Günter Hubert

geb. 22. 02. 1937 gest. 25. 10. 2022
in Adlerswalde / Ostpreußen in Winsen (Luhe)

Träger des Goldenen Ehrenzeichens der Landsmannschaft Ostpreußen

Mit Heinz-Günter Hubert verliert die Kreisgemeinschaft Schloßberg einen ihrer engagiertesten Mitstreiter, einen heimatliebenden Landsmann und aufrichtigen Ostpreußen. Er führte über viele Jahrzehnte das Amt des Schatzmeisters aus und war sehr aktiv bei den Pillkaller Schützen.

Mit Respekt und Anerkennung werden wir ihn in Erinnerung behalten und ihn schmerzlich vermissen.

Unser Mitgefühl gilt seinen Kindern und Angehörigen.

Kreisgemeinschaft Schloßberg/Pillkallen (Ostpreußen)

Michael Gründling
Kreisvertreter

Tanja Schröder
Geschäftsführerin

Joachim Löwe
Stellv. Kreisvertreter



In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

Heinz-Günter Hubert

* 22. Februar 1937 † 25. Oktober 2022
in Adlerswalde in Winsen (Luhe)
Ostpreußen

Der Verstorbene war mehrere Jahrzehnte lang Schatzmeister der Kreisgemeinschaft Schloßberg und Träger des Goldenen Ehrenzeichens der Landsmannschaft Ostpreußen.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen

Hans-Jörg Froese
Stellv. Sprecher

Stephan Grigat
Sprecher

Friedrich-Wilhelm Böld
Schatzmeister



Oktoberfest in Memel: Feier des Tags der Deutschen Einheit mit bayerischer Musik, Bier und Brezeln
Foto: Erika Kulik

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

Insgesamt 45 Mitglieder und Gäste erlebten ein tolles Fest mit Wurst und Wein aus der deutschen Region Pfalz, die uns von Uwe Jurgsties von der AdM gespendet wurden. Als besondere Gäste konnten wir unsere gute Freundin Gerlinda Stunguriene vom Verein „Heide“ aus Heydekrug und Professor Rokas Flick mit seiner Gattin Regina Arbačiauskaite begrüßen, die sich sehr für die Arbeit unseres Vereins interessierten. Höhepunkt des Abends war die Tombola, bei der unsere Erna Aukstuoliene den Hauptpreis, einen Großbildfernseher gewann. Vielen Dank allen, die zum Gelingen dieses Festes beigetragen haben. *Heiko Krefstin*



Mohrungen

Kreisvertreter: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079.

Stellv. Kreisvertreterin: Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. **Schatzmeister:** Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452.

Geschäftsstelle: Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365

Laudatio

Bad Nenndorf – Ehrenzeichen in Silber für Bernd Krause, der am 20. Februar 1942 in Berlin-Neukölln geboren wurde. Seine Eltern

stammen aus dem Kreis Mohrungen; Vater aus Wiese und Mutter aus Güldenboden.

Durch die Flucht 1945 kam die Familie wieder in Berlin an. Sein Vater war Soldat und ist 1945 gefallen. Sein Grabstein ist auf dem Heldenfriedhof Berlin-Neukölln. Seine Mutter war 1951 Mitbegründerin der Gruppe „Berliner Heimatkreis“, und Bernd Krause begleitete sie zu allen Treffen. Bis heute hat er dies beibehalten.

Die Mitglieder des „Berliner Heimatkreises“ fertigten in Handarbeit eine eigene Fahne mit Kreis Mohrungen Wappen an. Zur Fahnenweihe 1961 war Bernd Krause stolzer Fahnenführer sowie bei allen weiteren Veranstaltungen und Beerdigungen. Der Wunsch seiner Mutter war, die Fahne nach Mohrungen in die Heimat zu bringen. Im Juni 2016 erfüllte Bernd Krause seiner Mutter den Wunsch. In einer feierlichen Zeremonie, im Beisein des Mohrunger Bürgermeisters, fand die Fahne ihren Platz in den Mohrunger Stuben im historischen Rathaus in Mohrungen.

Seit 2015 ist Bernd Krause Mitglied bei der Kreisgemeinschaft Mohrungen. Die Heimatverbundenheit zeigt er an der aktiven Teilnahme an den Veranstaltungen und unterstützender Mitarbeit im Verein sowie gemeinsamen Reisen in die Heimat der Vorfahren. Voller Stolz und mit Würde vertritt er als Fahnenführer den Kreis Mohrungen, zuletzt in Wolfsburg.

Wir sind ihm dafür sehr dankbar. In Würdigung seiner Leistungen und seines Einsatzes wird Bernd Krause heute das „Ehrenzeichen in Silber“ verliehen.

KG Mohrungen e.V.



Schloßberg (Pillkallen)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Dorotheenstraße 1, 06108 Halle/Saale.

Geschäftsstelle: Tanja Schröder, Tel.: (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe)

Heinz-Günter Hubert

Winsen – Eben noch bekamen wir seinen Bericht des Schatzmeisters für den Heimatbrief, nun hat sich sein Leben vollendet, und er ist von uns gegangen.

Sich unsere Kreisgemeinschaft ohne Heinz-Günter vorzustellen, fällt schwer. Wann immer es etwas zu organisieren gab, beim Heimatkreistreffen oder anderswo, auf ihn war immer Verlass. Was er übernahm, funktionierte dann auch wie gewünscht.

Seit über 40 Jahren hat er uns als Schatzmeister unter vielen Vorsitzenden treu Dienste geleistet. Stets war alles ohne Fehl und Tadel, nie gab es Beanstandungen durch die Revisoren. Und dabei war es nicht immer einfach, den Spagat zwischen Einnehmen und satzungskonformem Ausgeben der Finanzen zu leisten. Gemeinsam haben wir es geschafft und dabei waren sein Rat und seine Beharrlichkeit in der Sache immer hilfreich.

Er war kein Mann der großen Worte und langen Reden, kurz und knapp und auf den Punkt waren seine Kommentare und Beiträge in den Versammlungen und Sitzungen.

Den Hinterbliebenen sprechen wir unsere aufrichtige Anteilnahme aus und wünschen ihnen, dass sie ihn – so wie wir – in guter Erinnerung behalten mögen.

Der Vorstand



Tilsit-Ragnit

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Winddeck, Telefon (02243) 2999, E-Mail: neukamm-herchen@t-online.de

Geschäftsstelle: Hans-Joachim Scheer, Wriester Str.1, 24576 Weddelbrook, Telefon (04192)4374, E-Mail: hans-joachim.scheer@t-online.de

Mitgliederversammlung 2023

Lüneburg – Freitag, 19. Mai, 14 Uhr, Hotel Bergström, Bei der Mühle, 21335 Lüneburg: Mitgliederversammlung mit Wahlen der Mitglieder des neuen Kreistags. Folgende drei Satzungsänderungen werden zur Abstimmung gestellt:

1. Paragraph 9,9 (alt) „Der Kreistag ist beschlussfähig, wenn mindestens 13 Mitglieder anwesend sind.“ (neu) „Der Kreistag beschließt mit der Mehrheit der anwesenden Mitglieder. Bei Stimmengleichheit ist der Antrag abgelehnt.“

2. Paragraph 9,13 Spiegelstrich (alt): „Der Kreistag beschließt über alle Angelegenheiten des Vereins, insbesondere über die Entlastung des Kreisausschusses.“ (neu): „Der Kreistag beschließt über alle Angelegenheiten des Vereins, insbesondere über die Entlastung des Vorstands.“

3. Paragraph 10,8 (alt) „Der Kreisausschuss ist berechtigt, bei Bedarf Kirchspielvertreter kommissarisch einzusetzen.“ (neu): „Der Kreisausschuss ist berechtigt, bei Bedarf Vereinsmitglieder kommissarisch mit Ämtern im Kreistag zu betrauen.“

Es empfiehlt sich sehr, die folgende Nacht in Lüneburg zu verbringen, um am Nachbarschaftstreffen teilnehmen zu können, das am 20. Mai stattfindet.

*Dieter Neukamm
Kreisvertreter*

Nachbarschaftstreffen 2023

Lüneburg – Sonnabend, 20. Mai, 9 Uhr Einlass, 10 Uhr Beginn, Krone Bier- und Event-Haus, Heiligengeiststraße 39-41, 21335 Lüneburg: Nachbarschaftstreffen.

Das letzte Nachbarschaftstreffen der Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung sowie der Stadtgemeinschaft Tilsit fand 2018 in Eitorf statt. Corona verhinderte die Durchführung zwei Jahre später.

Die Elchniederung als Organisatorin verspricht für die Veranstaltung im Mai ein interessantes Programm, wie den Besuch des neugestalteten Ostpreußischen Landesmuseums oder alternativ eine Brauereiführung.

Falls Sie sich nicht mehr zutrauen, eine Reise nach Lüneburg selbst durchzuführen, bitten Sie doch Ihre Kinder oder Enkel, Sie zu fahren – die Veranstaltung wird gewiss auch ihnen gefallen.

*Dieter Neukamm
Kreisvertreter*

Ewige Flamme

BdV dankt Franziska Giffey. Die Ewige Flamme am Mahnmahl der deutschen Heimatvertriebenen auf dem Theodor-Heuss-Platz in Berlin brennt wieder. Nachdem der Berliner Energieversorger GASAG die Zufuhr zur Gasflamme aufgrund der Versorgungslage am 30. September abgestellt hatte, hat sich die Regierende Bürgermeisterin, Franziska Giffey, in Abstimmung mit ihren Koalitionspartnern im Berliner Senat persönlich für die Wiederinbetriebnahme eingesetzt. Diese erfolgte am Abend des 12. Oktober.

Der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Bernd Fabritius, erklärt dazu: „Der BdV ist der Regierenden Bürgermeisterin sehr dankbar, denn sie hat mit dem Wieder-Anzünden der Ewigen Flamme ein deutliches Zeichen gegen Krieg und Vertreibung und für Freiheit, Frieden und Recht gesetzt.“

Das Mahnmahl erinnert seit seiner Schaffung an die deutschen Opfer von Flucht und Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg, steht somit für prägende Ereignisse in der deutschen Geschichte und forderte über Jahrzehnte die Wiedervereinigung Deutschlands.“ *BdV*

Rätsel

anregend, ermunternd	grässliches Fabelwesen	Bewohnerin eines Erdteils	Ruhegeldempfängerin	Spielleitung (Kunst, Medien)	erneut	Fluss zum Weißen Meer	Unglück, Missgeschick	Telefonat bei Gefahr	Panzer-echse, Krokodil	unbestimmter Artikel	Vorgesetzter	Abstimmung, Stimmentabgabe	unterer Bereich des Weltmeeres
Nasenloch des Pferdes			dicht bei, seitlich von		Krümmung, Kurve		langhaariger Rassehund		pädagogischer Auftrag; Professur				ländliches Hotel
		den Ansprüchen e. Tierart genügend						wegen, aufgrund					
kleinstes Beiboot auf Schiffen			unterwürdig; demütig	Stadt in der Schweiz	Serie, Folge	munter, lebhaft			kurze, grobe Funkenentladung				selbstständig, unabhängig
				früherer Reiter-soldat			Aufsehen, Skandal	fahl, bleich					
durchtriebene Person (ugs.)		Einfall, Gedanke		Schwanz des Hundes	Drall eines Balles								
Verkaufschlager			Krankheits-erregere		ein Farbton	sich in einen Text vertiefen	kleine, dunkle Rosine						
					Unsinn, Schabernack	Turner-stellung			frz. Comic-zeichner (Albert)				Rückstände beim Kellern
griechischer Göttervater		Sonderver-gütung											
Metallstrang, -faden			Friedens-vogel		Hafen des antiken Rom			eine Zahl	Berufsvereini-gung, Gilde	deutsches Bundesland			ägyptische Göttin
				mit Freude, Vergnügen	Zeit der Ent-haltung	kleine Feuer-erscheinung		spitzer Pflanzen-teil	eine Naturwissen-schaft				Graf-schaft in Südost-england
				ange-wetzte Mineral-körnchen			persönl. Fürwort (erste Per-son Plural)	regionale Stunden-angabe	auf sich zu				
				wässrige Lösung einer Base	Titel-heldin bei Jane Austen	An-hänger des Islams	unge-ordnet; fahrig	Bundes-staat der USA	Braten-saft, Tunke				
				festge-legter Zeit-punkt			lässig, unge-zwungen	ring-förmige Korallen-insel	Titel islam. Herr-scher				sich äußern, sprechen
								Trans-port-schiff für Erdöl					Raub-, Speise-fisch, Dorsch
				zeitlich (Sprach-wissen-schaft)	Abk. für Landes-kriminal-amt	Stadt an der Donau	Haus-halts-plan		Roll- und Eiskunst-laufteufel				franzö-sisches Adels-prädikat
								leer, unau-sgefüllt					
				Vieh-unter-kunft	Obst-, Trauben-presse			Flachs-faser; Gewebe-art					
				Ge-wicht-s-einheit			brasil. Wäh-rungs-einheit		Beute, Jagd-ergebnis				

Magisch: 1. absagen, 2. nähren, 3. belesen
Strophe
5. Klappen, 6. Abschluss, 7. Stellen –
Mittelwörter: 1. Flaschen,
2. Cuertel, 3. Parkett, 4. Trommel,
5. Kappen, 6. Abschluss, 7. Stellen –

Schüttelrätsel:
MATEW
LILAND
LEITLIRANER
ERBERADIL

So ist's richtig:

Schüttelrätsel

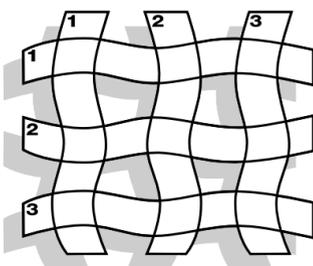
In diesem ungewöhnlichen Kreuzwörterrätsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

AEHLL	ERTU	EITW	AFILR	AANN	DEIN	DEIR
			ADLN			
AEMTT		AEINRR				
EEIII LLNT						
BEER			ADIR			

Mittelwörterrätsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein Abschnitt eines Liedes.

1	SAFT					ZUG
2	LACK					LOS
3	HOLZ					BODEN
4	BUSCH					FELL
5	HERZ					FEHLER
6	TARIF					BALL
7	BAU					WERT



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 nicht stattfinden lassen
- 2 säugen, stillen; anheizen
- 3 in der Literatur unterrichtet

BdV Rheinland-Pfalz

Vertriebenen- und Spätaussiedlerverband wählt neuen Landesvorstand

Haßloch – Im Rahmen einer Landesmitgliederversammlung hat der Landesverband des Bundes der Vertriebenen in Rheinland-Pfalz einen neuen Landesvorstand gewählt. Die Vertreter des Verbands waren nach coronabedingter Zwangspause in Kaiserslautern zusammengekommen.

Neben dem Rückblick auf die Projekte der vergangenen Monate berichtete der bisherige Vorstand auch über die geplanten Veranstaltungen der Zukunft: Einen Schwerpunkt bildet dabei zum Einen die Kulturarbeit des Verbands, zum Anderen die Umsetzung der langjährigen Grundforderungen des Verbands: Der Verband fordert eine institutionelle Förderung, wie sie der BdV auch in sämtlichen anderen Bundesländern erhält, die Einrichtung eines landesweiten Beauftragten für Spätaussiedler und Heimatvertriebene sowie eine stärkere Verankerung der Vertriebenen- und Spätaussiedlerproblematik in den Lehrplänen des Bundeslandes. Insofern komme auch zukünftig der Lobbyarbeit in Mainz eine wichtige Bedeutung zu.

Der bisherige Landesvorsitzende Tobias Meyer (Haßloch, Donau-deutsche Landsmannschaft/ Deutsche aus Ungarn) wurde einstimmig im Amt bestätigt. Ihm wurden als stellvertretende Landesvorsitzende Valentina Dederer (Kaiserslautern, Landsmannschaft der Deutschen aus Russland (LMDR)) und Nikolaus Poppitz (Mainz) zur Seite gestellt. Als Schatzmeister wurde Georg Schmalz (Landau, LMDR) gewählt, Andreas Borm (Edenkoben, Landsmannschaft Ostpreußen) füllt das Amt des Schriftführers aus. Zu Beisitzern wählte die Versammlung Katharina Eicher-Müller (Ludwigshafen, Donau-deutsche Landsmannschaft/



Der neue Landesvorstand des BdV: (v. l.) Andreas Borm, Georg Schmalz, Gabriele Müller, Nikolaus Poppitz, Katharina Eicher-Müller, Landesvorsitzender Tobias Meyer, Valentina Dederer Foto: BdV Rheinland-Pfalz

Deutsche aus Ungarn), Nikolai Karheiding (Gustavsburg, Deutschbalten), Gabriele Müller (Mainz, Sudeutsche Landsmannschaft), Konrad Neitzel (Bad Kreuznach, Landsmannschaft Pommern) und Dennis Schmidt (Ludwigshafen, Donau-deutsche Landsmannschaft/ Banater Schwaben).

T. M., Landesvorsitzender Bund der Vertriebenen in Rheinland-Pfalz

CDU-Vorsitzender beruft BdV-Landesvorsitzenden in Expertenteam

Haßloch – Auf Vorschlag des CDU-Landesvorsitzenden Christian Baldauf hat der Landesvorstand der Christdemokraten den Vorsitzenden des Bundes der Vertriebenen (BdV) Rheinland-Pfalz, Tobias Meyer (Haßloch), zum Beauftragten der Landespartei für die Spätaussiedler und Heimatvertriebenen berufen.

Meyer, der im Hauptberuf Bürgermeister im pfälzischen Haßloch ist, wird zukünftig Teil eines Expertenteams, das Baldauf etabliert hat und das in den Landesvorstand der Partei implementiert wird.

„Ich freue mich auf die neuen Aufgaben und werde meine Erfahrungen aus der Tätigkeit als Vorsitzender des BdV gerne einbringen.“ Meyer ist seit 2018 Landesvorsitzender des Bundes der Vertriebenen und entstammt einer ungarndeutschen Familie. Innerhalb des Verbands gilt er als moderner Vordenker.

Gerade die Interessen der sogenannten Spätaussiedler aus den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion und Rumänien seien oftmals zu wenig präsent. Hierbei gehe es neben Fragen der Integration vor allem auch um Fragen der Anerkennung und der Pflege von Kultur und Tradition, so Meyer weiter. „In meiner neuen Funktion sehe ich mich als Bindeglied zwischen Landesvorstand einerseits und Spätaussiedlern und Heimatvertriebenen andererseits. Ich freue mich auf das, was da auf mich zukommt.“ Bund der Vertriebenen in Rheinland-Pfalz

PAZ wirkt!

Ostpreußisches Landesmuseum

Ein Archiv für das Ostpreußische Landesmuseum

Das Ostpreußische Landesmuseum mit deutschbaltischer Abteilung wird um einen wissenschaftlichen Bereich erweitert und beginnt mit dem Aufbau eines Archivs. Da das Museum bereits in großer Menge über Archivgut verfügt, ist es sinnvoll, durch die geordnete und professionelle Aufbewahrung von ostpreußischem Archivgut wie Schriftgut, Briefe, Tagebücher, Postkarten, Sparbücher, Zeitungen, Urkunden, Broschüren, Zeichnungen, Fotos, Fotoalben, Dias, Videokassetten und DVD's auch diese

wertvollen Kulturgüter für die Erforschung der Kultur und Geschichte Ostpreußens nutzbar zu machen.

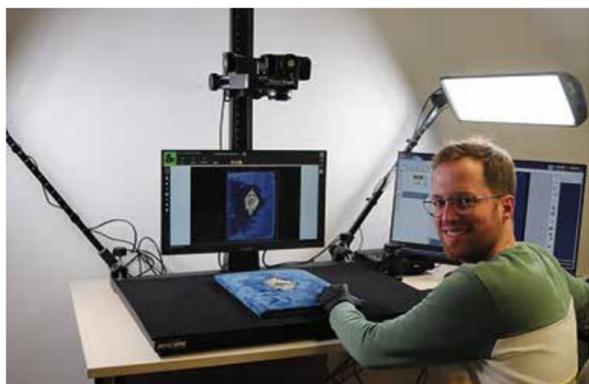
Neben der Bewahrung und Verzeichnung dieser bisherigen Sammlungen ist es das erklärte Ziel, eine Erweiterung der Bestände durch das neue Depot im Erweiterungsbau möglich zu machen und anzustreben. Dabei freut sich das Ostpreußische Landesmuseum über die Unterstützung von Ostpreußen und

deren Nachkommen und ist dankbar über Schenkungen von Archivgut. Das Kulturzentrum

Ostpreußen im Deutscheschloss Ellingen ist weiterhin das zentrale Archiv der Landsmannschaft Ostpreußen und seiner Untergliederungen und steht natürlich auch Privatpersonen zur Verfügung, eine enge Abstimmung mit der Archivierung in Lüneburg ist vorgesehen.

Eine weitere zentrale Aufgabe des Archivs ist die Unterstützung des wissenschaftlichen Arbeitens, seien es Dissertationen, Masterarbeiten oder Familienforschung. Ein professioneller Lesesaal auch für mehrtägiges Arbeiten steht im Lesesaal des benachbarten Nordostinstituts mit entsprechender Fachbibliothek zur Verfügung. Zur Vorbereitung der Archivnutzung wird ein Online Findbuch realisiert werden.

Aufgebaut und betreut wird das Archiv von Moritz Dittmann. Der Historiker studierte an der Georg-August-Universität in Göttingen Mittlere und Neuere Geschichte und Europäische Ethnologie und bringt eine mehrjährige Berufserfahrung aus seinen Tätigkeiten in österreichischen und deutschen Wirtschaftsarchiven mit. Mareike Kelzenberg



Archivar im Ostpreußischen Landesmuseum: Moritz Dittmann



ANZEIGE

Advertisement for 'Preußische Allgemeine' featuring a Christmas tree, a magnifying glass over an old newspaper, and a red ribbon with the text 'Ein schöner Brauch.' and 'Weihnachtsgrüße mit einer Anzeige.' A red circle says '28.11. Annahmeschluss!'.

Bitte füllen Sie das Anzeigenformular mit Ihrem persönlichen Gruß aus und bezahlen Sie später erst nach Rechnungserhalt!

- Small ad price: 20,-€ (incl. 19% MwSt.)
Large ad price: 30,-€ (incl. 19% MwSt.)

Form for writing a message, with 'Kleine Grußanzeige' on the left and 'Große Grußanzeige' on the right.

Fields for Name, Street, PLZ/Ort, and Telephone.

Bitte ausfüllen, ausschneiden und einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung (Anzeigenabteilung)
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg
E-Mail: anzeigen@paz.de
Fax an: 040/41 40 08 50

LANDESGRUPPE NRW

Wolfskinder, Friedland und Platt

Die Herbsttagung in Oberhausen beleuchtet mit Christopher Spatz die Schwächsten des Krieges

VON BÄRBEL BEUTNER

Am 8. Oktober konnte endlich wieder die gewohnte Landes-Kultur- und Frauentagung der Landesgruppe NRW in Oberhausen stattfinden. Am Abend zuvor wurde die Vorstandssitzung abgehalten, und sowohl die ostpreußischen Stammgäste als auch die Gastgeber freuten sich über dieses Wiedersehen. In dem schon zur Heimat gewordenen „Haus Union“ herrschte ein Betrieb wie früher, als ob Corona endgültig überwunden sei.

Der 1. Vorsitzende Klaus-Arno Lemke begrüßte die Landsleute und gab einen kurzen Überblick über die Ereignisse der letzten Monate: Neuwahl des Vorstandes im Mai, Situation der Kreisgruppen, Probleme durch die politische Situation, besonders durch den Krieg in der Ukraine. Das Treffen auf Schloss Burg ist für Sommer 2023 geplant. In Alfred Nehrenheims Ansprache kam wie in der Lemkes die Überzeugung zum Ausdruck, dass der Einsatz für Ostpreußen sinnvoll und lohnenswert ist. Die stellvertretende Vorsitzende unterstrich diesen Standpunkt mit dem Hinweis auf das reiche Kulturerbe, das immer mehr internationales Interesse findet. Grenzüberschreitende Tagungen und Publikationen zeugen davon.

Es war der Landesgruppe gelungen, Christopher Spatz als Referenten zu gewinnen. Zunächst sprach er über sein Buch „Nur der Himmel blieb derselbe: Ostpreußische Hungerkinder“, das den Anwesenden weitgehend bekannt war. Da beeindruckte die Nachricht, dass das Schicksal der Hungerkinder unverändert internationales Interesse findet. Der Referent konnte von einer Tagung in Memel mit der dortigen Stadtschreiberin wenige Tage zuvor berichten.

Die Hungerkatastrophe im Königsberger Gebiet ab 1945 forderte 220.000 Tote. 1947 ging es nur noch ums Überleben, familiäre Bindungen traten in den Hinter-



Viel Gesprächsbedarf nach zwei Vorträgen von Christopher Spatz bei der Landes-Kultur- und Frauentagung: Die stellvertretende Vorsitzende der Landesgruppe NRW, Bärbel Beutner, führt in die Thematik ein

Foto: Jochen Zauner

grund. Kinder, immer die Schwächsten in Kriegs- und Notzeiten, waren zum Tode verurteilt. Litauen nannte Spatz das „Tor der Rettung“ für die Kinder, die sich unter Lebensgefahr als blinde Passagiere und zu Fuß aufmachten. Aber auch in Litauen war ein jahrelanges Vagabundieren und Betteln oft ihr Schicksal oder sie fanden Unterkunft als billige Arbeitskräfte. Im Allgemeinen wurden die Litauer als wohlwollend erlebt, aber Schulbesuch gab es nicht, der Bildungsknick wirkte sich aus. Und nicht nur das: Wer bereit war, seine deutsche Identität aufzugeben, hatte bessere Chancen.

Die Kinder und Jugendlichen, die später in die DDR oder in die Bundesrepublik

ausreisen konnten, stellten, so eine Lehrereinschätzung von 1951, eine Art Auslese dar. Das sollte sich bestätigen, denn viele der „Wolfskinder“ wurden tüchtige Menschen und Staatsbürger. Generell ist der hohe Anteil an Akademikern unter allen Flüchtlingskindern eine Auffälligkeit. Die psychischen Schäden dieser Kinder, die um ihre Kindheit und Jugend betrogen wurden, konnten erst Jahrzehnte später angesprochen werden.

Dasselbe gilt für die Millionen Menschen, die durch das Lager Friedland gingen, das Spatz anhand seines Buches „Heimatlos. Friedland und die langen Schatten von Krieg und Vertreibung“, erschiene 2018, vorstellte. Ende Septem-

ber 1945 wurde in Friedland von den Briten ein Durchgangslager erbaut. Im Dezember 1945 entstand ein größeres, mit Nissenhütten bebautes Areal am Bahnhof. Das Lager Friedland erlangte 1955 weltweite Aufmerksamkeit, als die letzten Gefangenen aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft ankamen.

Rückholung der Kriegsgefangenen

Spatz sprach am 8. Oktober zu Menschen, die diese Sensation als Kind miterlebt hatten. Der Einsatz des damaligen Bundeskanzlers Konrad Adenauer war seinerzeit Stadtgespräch. Der Referent aber lenkte sein Augenmerk auf die Schattenseiten für manche Familien. Vergebliches

Warten, Enttäuschungen, schließlich die Ankunft eines fremden Mannes, der für die Kinder nun der Vater sein sollte. Besonders hart war auch hier unter den Ankömmlingen das Los der elternlosen Kinder, die entwurzelt, traumatisiert und voller Misstrauen in eine unbekannte Welt kamen.

Das Buch „Heimatlos“ ist ein reichhaltiges Sachbuch, in dem die Schweizer Journalistin Ré Soupault zu Wort kommt, die 1950 durch die BRD reiste und die Zustände in den Flüchtlingsunterkünften beschrieb – eine schwere Kost. Das harte Schicksal der aus sowjetischer Gefangenschaft entlassenen Frauen wird geschildert, für die der Weg in ein Leben im Westen steinig und mühsam werden sollte.

Nach den Kriegsgefangenen kamen Ströme von Aussiedlern. 1966 wurde der Grundstein zu einem Mahnmahl gelegt, das am 15. Oktober 1967 eingeweiht wurde. 2016 wurde im Bahnhofsgebäude von Friedland ein Museum eingerichtet. Aber das Lager ist immer noch in Betrieb, jetzt für Flüchtlinge aus der Ukraine.

Verständlich, dass beide Vorträge einen intensiven Gesprächsbedarf bei den Tagungsgästen bewirkten. Dazwischen sorgte Lemke mit „Ostpreußischer Mundart“ für Erwärmung der Herzen. Es tat so gut, die liebevollen Verkleinerungen zu hören wie beim „Mutte und Omche“. Als Lemke fundiert die Geschichte des Liedes „Ännchen von Tharau“ beleuchtete, das Johann Gottfried Herder 1799 aus dem ostpreußischen Platt ins Hochdeutsche übertrug, stieg die Szenerie des Dreißigjährigen Krieges (1618–1648) auf. Lemke beschrieb das Gut und die Kirche von Tharau und ließ die Zuhörer an einer bittersüßen Anekdote über das Platt teilhaben. 1948 arbeiteten Deutsche unter den Russen im Straßenbau. Jemand riet ihnen zur Vorsicht, wenn sie Deutsch sprachen, da einige russische Aufseher Deutsch verstehen würden. Sie wussten sich zu helfen, sprachen Platt und waren damit auf der sicheren Seite.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Eine Entdeckung wie die des Tutanchamun-Grabes

Erstmals erhält ein junger Pole für seine Reichensteiner Heimatforschung das Schlesierkreuz

„Piotr hat sich mit Leib und Seele der Heimatforschung verschrieben. Ich erlebe ihn immer wieder als höchst engagierten Menschen mit vielen Ideen“, betont Josef Bögner aus dem westfälischen Bad Oeynhausen. Der am 2. Mai 1945, wenige Tage vor Kriegsende, im Kreis Frankenstein geborene Vorsitzende der Bundesheimatgruppe Kreis Frankenstein [Ząbkowice Śląskie] kann als Schriftleiter der „Frankenstein-Münsterberger Rundschau“ immer wieder auf neue historische Forschungsergebnisse von Piotr Romanowski bauen. Diese sind so intensiv und ergiebig geworden, dass die Landsmannschaft Schlesien nun erstmals das Schlesierkreuz an einen Polen, eben Romanowski, vergeben hat.

So erlebte das Schlesische Museum zu Görlitz am 18. Oktober erstmals eine solche landsmannschaftliche Vergabeceremonie. Eben dort, wo auf hoher wissenschaftlicher Ebene die Zusammenarbeit lange vorgelebt wird. Romanowski versteht, dass dies an der Basis noch nicht alltäglich geworden ist. „Die Erlebnisgeneration geht der deutschen Geschichte verständlicherweise meist aus dem Weg.“ Er wolle jedoch wissen, was seine Region für eine Geschichte habe.

In seiner niederschlesischen Heimatstadt Reichenstein [Złoty Stok] hat er mit Elżbieta Szumska vor allem die Erinnerung an den Gold- und Arsen-Bergbau und die damaligen deutschen Einwohner zusammengetragen. Szumska wurde bereits geehrt. Sie erhielt im September in Prag den Europa Heritage Award 2022 und freute sich nun in Görlitz mit Romanowski, dass dessen reiches publizistisches Wirken bei den deutschen Reichensteinern so gut ankommt.

Romanowski will Geschichte wissen

Bögner zitiert in seiner Laudatio ehrfurchtsvoll aus Romanowskis Buch „Reichenstein, unvergessene Heimat, 30 Jahre danach“: „Das Berühren der polnisch-deutschen Geschichte ist wie das Betreten von brüchigem Eis, besonders dann, wenn man über die Zeit des Zweiten Weltkrieges sprechen will ... Reichenstein war 700 Jahre deutsch und erst seit 70 Jahren polnisch, und es scheint uns, dass es immer so sein wird. Aber wer kann das garantieren? Wie uns die Geschichte Schlesiens und Europas zeigt, werden die Staatsgrenzen wahrscheinlich eines Tages wieder verschoben. Unser Land wird seinen Besitzer wechseln und Złoty Stok



Schlesierkreuz verliehen: Agnieszka Gašior, Leiterin des Schlesischen Museums zu Görlitz, gratuliert Piotr Romanowski (rechts). Am Pult steht Stephan Rauhut, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien.

Foto: Till Scholtz-Knobloch

wird nicht mehr polnisch sein. ... Es wäre auch unser Wunsch, dass sich jemand eines Tages um die Geschichte unseres Volkes in diesem Land kümmert, damit die Erinnerung an uns gepflegt und wir nicht aus der Geschichte ausradiert werden.“

Im September machte Romanowski an der evangelischen Kirche in Reichenstein

eine Entdeckung. Über diese sagt er selber: „Ich habe mich gefühlt wie Howard Carter in Ägypten, als er das Grab des Tutanchamun entdeckte.“ „Natürlich, sie war nicht von gleicher Bedeutung und spielte sich auch nicht in Ägypten ab, sondern in meiner geliebten Heimat Reichenstein in Schlesien“, versucht Romanowski Begeis-

terung und Proportion in einen Satz zu versöhnen. „Die Entdeckung hat aber, wie die von Howard Carter, etwas mit Gold zu tun, wenn auch indirekt“, schmunzelt er. An der Nordseite der Kirche stieß er auf ein Epitaph der Ehefrau eines Reichensteiner Münzmeisters von 1608.

Romanowski gelang 2012 bereits die Entdeckung eines mittelalterlichen Erzverhüttungsplatzes. Auf seine Anregung hin erfolgten Grabungen, die wichtige Zeugnisse der ehemaligen Reichensteiner Porzellanmanufaktur zu Tage förderten. Er war maßgeblich an der Freilegung der verschütteten ehemaligen Arsenik-Eisen-Heilquelle beteiligt.

Unter seinen Buchveröffentlichungen beschäftigt sich eine mit der Familie Güttler, die wichtige Erkenntnisse für die Geschichte der schlesischen Montanindustrie insgesamt bietet. Romanowski ist nun der erste Pole überhaupt, der von der Landsmannschaft mit einem Schlesierkreuz ausgezeichnet wurde. Mit dem Abstand von sieben Jahrzehnten nach Kriegsende ist die Geschichte in die Phase eingetreten, in der die heutige Bevölkerung, Menschen, die das Land aufbauten, als Tutanchamune begriff.

Till Scholtz-Knobloch

GRENZLAND

Auf historischen Spuren

Wo Kaiser Wilhelm I. seine letzte Parade abhielt – zwischen der heutigen deutsch-polnischen Grenze und Stettin

VON WOLFGANG REITH

Sparrenfelde [Skarbimierzycze] ein kleiner Ort mit derzeit 420 Einwohnern liegt zwischen Stettin und der heutigen deutsch-polnischen Grenze an der früheren Hansischen Ostseestraße. Heute auf deutscher Seite die B 104, zuvor die Reichsstraße 104, auf polnischer Seite die Landesstraße 10. Diese Straße war zur Zeit der Hanse ein bedeutender Landhandelsweg entlang der Ostseeküste. Sie verlief von Lübeck bis

1243 wurde ein Albertus de Sparrenfelde erwähnt. Einige Jahre später übergab Herzog Barnim I. von Pommern das Dorf der Stadt Stettin, 1253 schenkte er es einem Arnold von Bergen, doch 1261 übertrug er es bereits wieder an die Stettiner Stiftskirche St. Peter und Paul. Ein Teil der Einnahmen des Dorfes stammte zwischenzeitlich auch vom Kloster Wilhelmsthal.

1286 wurde die Kirche von Sparrenfelde erstmals erwähnt, und zu Beginn des 14. Jahrhunderts erwarben die Familien

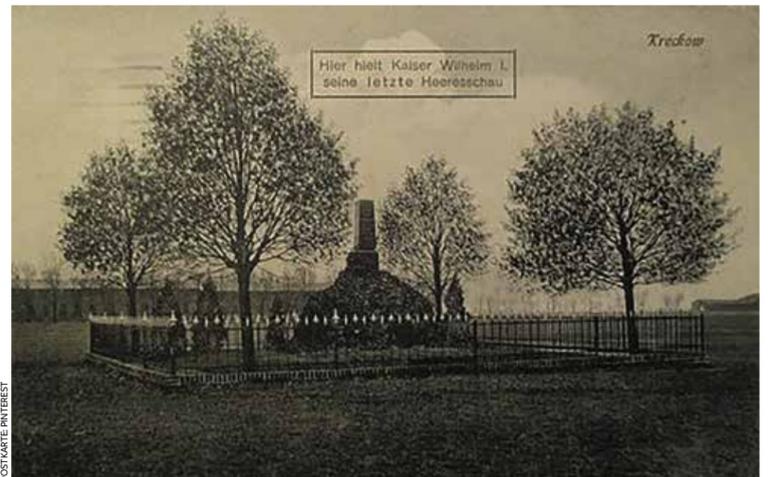
Weste als Eigentümer und seit zirka 1900 ein Max Reuter.

Mit der preußischen Gebietsreform von 1928/29 und der damit einhergehenden Aufhebung der Gutsbezirke wurde Sparrenfelde ein Ortsteil der neuen Landgemeinde Neuenkirchen im Kreis Randow, ab 1939 erfolgte die Eingemeindung nach Stettin.

Nach 1945 wurde die ehemalige Gutsanlage Sparrenfelde, bestehend aus einem Herrenhaus aus dem 18. Jahrhundert, Wirtschaftsgebäuden, einem Hof und einem Landschaftspark, verstaatlicht, inzwischen ist sie wieder in privater Hand. Das gesamte Gutsgelände wurde zu einer luxuriösen Wohnanlage umgebaut, die das Objekt folgendermaßen bewirbt: „Die Idee – die Philosophie des Projekts ist es, den einzigartigen architektonischen Raum des ehemaligen Guts-, Park- und Bauernhofkomplexes in einen modernen, positiven Lebensraum zu verwandeln, der in Symbiose mit der Natur funktioniert. Die Natur und die Menschen, die diesen Ort über Jahrhunderte geschaffen haben, haben uns ein wunderbares Erbe in Form des Parks aus dem 18. Jahrhundert hinterlassen. Diese Stärken nutzen wir und teilen sie mit anderen. Eine schöne Aussicht aus dem Fenster, Vogelgezwitscher sind die Werte, die jeder neue Bewohner des Projekts als Geschenk erhält.“ Das Objekt erhielt den Namen „Folwerk Botanica“

Außerhalb des Ortes steht ein historisch interessanter Obelisk aus schwarzem Granit, dessen Sockel aus rotbraunem Granit an der Vorderseite die heute nicht mehr vorhandene Inschrift trug:

AM 17. SEPTEMBER 1887
HIELT KAISER WILHELM I.
HIER IN SEINEM LEBEN
ÜBERHAUPT DIE LETZTE PARADE AB
UND ZWAR ÜBER DIE



Auf dem Kreckower Feld nahm Wilhelm I. am 13. September 1887 seine letzte Parade ab: Gedenk-Obelisk für Kaiser, der am 9. März 1888 starb

KAVALLERIE-REGIMENT
DES II. ARMEEKORPS.

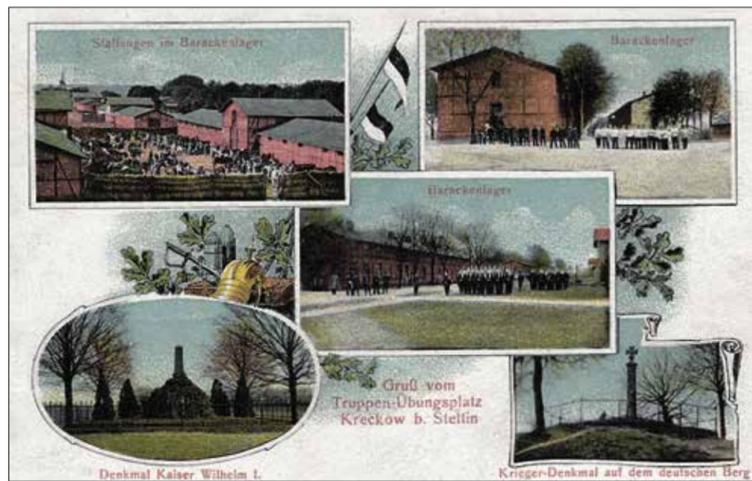
Das ist nicht verwunderlich, denn die Kasernen Stettins befanden sich zumeist auf der Westseite der Stadt, und ein dazugehöriger Truppenübungsplatz war das Kreckower Feld, nordöstlich von Sparrenfelde gelegen.

Truppenübungsplatz Kreckower Feld

Ein Gedenkstein erinnerte an das Kaiser-Manöver des II. Armee-Korps, das 1887 auf dem Kreckower Feld bei Stettin stattfand. Dort nahm Kaiser Wilhelm I. am 13. September jenes Jahres seine letzte Parade ab, vier Tage später führte Oberst Georg von Albedyll, Kommandeur der 3. Kavallerie-Brigade, nach Abschluss des Manövers bei Sparrenfelde seinem Monarchen den Parademarsch der sechs Kavallerie-Regimenter mit 30 Schwadronen des II. Armeekorps vor, was für den 90-jährigen Kaiser zugleich die letzte

Heerschau seines Lebens bedeutete. An beiden Plätzen wurde anschließend ein Denkmal errichtet. Auf der Feldmark bei Sparrenfelde ließ der damalige Rittergutsbesitzer Adolf Weste den Obelisk mit der obigen Aufschrift setzen, der am 8. November 1888 in Anwesenheit des Landrats Heinrich von Manteuffel feierlich enthüllt wurde.

Info Gabriele Stolp berichtet in ihrer Dokumentation „Über die Zustände in Stettin 1945–46“ auch über Kreckow. Der Ort spielte bei der Vertreibung der Stettiner aus ihrer Heimat Anfang 1946 eine Rolle, denn zu der Zeit begannen die ersten Registrierungen und Transporte. In Kreckow wurden die Menschen gesammelt, um dann vom Kreckower Bahnhof aus weiter nach Westen transportiert zu werden. In ihrem Zeitzeugenbericht heißt es weiter: Ein Engländer stand als symbolische Überwachung und schaute von Ferne zu.



Unter anderem machte das Pommersche Pionier Bataillon Nr. 2 hier seine Übungen: Der Truppenübungsplatz Kreckower Feld bestand seit 1862, lag südwestlich von Stettin. Neben dem Exerzierplatz und den Baracken gab es auch einen Schießstand

Stettin und spielte eine wichtige Rolle in der deutschen Ostkolonisation im Mittelalter. Zugleich war sie ein Pilgerweg, so zum Beispiel als Bestandteil des Jakobsweges in Richtung Nordspanien.

Sparrenfelde war bis 1929 Gutsbezirk, gehörte zum Kreis Randow. 1939 erfolgte die Eingemeindung nach Stettin.

von Brakel und von Wussow Teile des Dorfes. 1373 erscheinen als Besitzer vor Ort Gert von Sparrenfelde und Cort von Schwanebeck, 1382 wird die Familie von Sparrenfelde zum letzten Mal genannt. Seitdem wechselten ständig die Besitzer. Später erscheint ab zirka Anfang der 1870er Jahre der Rittergutsbesitzer Adolf

WAS EINMAL WAR

Der Pommersche Kunstschränk und seine Odyssee

Das Prachtstück bestand aus Ebenholz mit reicher Silber- und Edelsteinzierde

Der kunstinteressierte Herzog Philipp II. von Pommern-Stettin orderte Anfang des 17. Jahrhunderts bei Philipp Hainhofer einen Prunk-Schreibtisch für seine Kunstkammer. Hainhofer beauftragte Kunsthandwerker in Augsburg, die ab 1610 mit 24 bis 28 Künstlern an Bau und Ausstattung beteiligt waren. Bemerkenswert ist, dass einige Kunsthandwerker namentlich bekannt sind. Überliefert sind der Kunstschneider Ulrich Baumgartner, der Steinschneider Daniel Griefbeck für die Inkrustationen aus verschiedenen Edelsteinen. Weiterhin tätig waren die Goldschmiede David Altenstetter, Gottfried Münderer, Philipp Jacob Pehner, Nikolaus Kolb, Michael Gafs und Matthias Wallbaum, die Maler Johann Matthias Kager, Anton Mozart und Achilles Langenbücher, die Schlosser Joifs Müller und Jakob Kuenlin, der Bildhauer Caspar Mendeler, der Kupferstecher Paul Gettich (Göttich), der Orgelbauer Max Genser, der Windenmacher Matthias Gabler, der Buchbinder Gabriel Meelführer, der Futteralmacher Daniel Müller, der Zirkelmacher Georg Zorn und die Uhrmacher Friedrich Goschmann und Andreas Stahel.

Da während des Baus immer wieder neue Ideen aufgegriffen und in die Ausstattung eingebracht wurden, verzögerte sich die Fertigstellung. Doch Ende August

1617 erreichte das in Einzelteile zerlegte Möbelstück Stettin und wurde dort durch Baumgartner zusammengesetzt. Hain-

hofer lieferte dazu eine Beschreibung der Beschaffenheit des Schreibtisches und der etwa 200 darin enthaltenen Teile. Die

Maße waren etwa 1,30 Meter hoch und 1,15 Meter breit, ausgestattet mit einer speziellen Anordnung von Geheimfächern. Das Material war Ebenholz, die Verzierungen bestanden aus Silber mit Edelsteinen, die Innenausstattung bestand aus Sandelholz und rotem Leder. Das Möbel ruhte auf vier silber-vergoldeten Greifen, von denen je zwei das pommersche und schleswig-holsteinische Wappen halten.

Das Prachtstück wurde im Übrigen komplett ausgestattet abgeliefert, eine Spezialität Hainhofers. Es enthielt Messinstrumente, Schreibgerät, Spielsachen, Tafelsilber, Apothekenzubehör, Barbierzeug, Toilettegerät und eiserne Instrumente, Essgeschirr und Besteck in verschiedenen Fächern. Auch verschiedene geometrische und astronomische Instrumente, eine mechanische Tischuhr mit Sonnenuhr und Kompass sowie ein Fernrohr – alles zumeist eigens für den Schränk gefertigt. Als Philipp II. den Schränk am 2. September 1617 in Besitz nahm, wurde er zunächst in einem Wohngemach im Stettiner Schloss aufgestellt, später in die neu geschaffene Kunstkammer verbracht.

Den Preis für das Prunkstück, der sich auf 20.000 Gulden belief, konnte Philipp II. bis zu seinem Tode im Februar 1618 nicht voll bezahlen, sodass sich Hainhofer mit Mahnbriefen an Philipps Nachfolger,

Herzog Franz, wenden musste. Das Möbelstück blieb bis zum Aussterben des Greifenhauses 1637 im Besitz der männlichen Linie. Anschließend ging es über Anna von Croy, die Schwester des letzten Herzogs, an deren Sohn Ernst Bogislaw von Croy. Dieser bezeichnete den Schreibtisch in einem Nachlassverzeichnis erstmals als „Pommerscher Kunstschränk“. Ernst Bogislaw von Croy vermachte den Kunstschränk testamentarisch an Kurfürstin Dorothea, die Ehefrau seines Landesherren, Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg, 1638 wurde das Prunkstück daher in das Schloss Stolp verbracht.

Durch den Erbgang gelangte das Kunstwerk 1684 in das Stadtschloss in Potsdam, von dort in die Kunstkammer im Berliner Schloss. 1858 wurde der „Pommersche Kunstschränk“, wie er ab 1786 genannt wurde, samt Inhalt dem Neuen Museum übergeben, von dort gelangte er in das 1875 neu gegründete Kunstgewerbemuseum, dessen Standort 1920 in das Berliner Stadtschloss verlegt worden war.

Im Zweiten Weltkrieg in die neu errichtete Reichsmünze am Molkenmarkt geborgen, verbrannte es leider 1945. Der Inhalt war allerdings zuvor in den Flakbunker Friedrichshain ausgelagert worden und blieb so im Bestand des Kunstgewerbemuseums erhalten. B. Stramm



„Die Übergabe des Pommerschen Kunstschranks an Herzog Philipp II. von Pommern“ im Jahr 1617: Dieses Tafelbild von Anton Mozart befand sich ursprünglich als eines der Ausstattungstücke im Kunstschränk selbst und zeigt das herzogliche Paar mit Hofstaat und die daran beteiligten Kunsthandwerker

„Eine verhängnisvolle Ernte wird jetzt eingebracht“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



„Ihre Seiten Kultur, Geschichte & Preußen begeistern mich jedes Mal.“

Dr. Manfred Fritz Steiner, Bremen



Ausgabe Nr. 44

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

DURCH DIE ORWELL-BRILLE
ZU: IMMER MEHR MENSCHEN HABEN VON NACHRICHTEN DIE NASE VOLL (NR. 42)

Das Wichtigste bei Nachrichten ist die Ehrlichkeit. Immer stärker verzerrt sich die Berichterstattung zu einer extrem intoleranten „Berichtigungserstattung“ durch die Orwell-Brille. So seien durch die „Klimakatastrophe“ die Polkappen weit abgetaut.

Niemals vor dieser Art „Berichtigungserstattung“ hätte die Welt einer in Wochen entwickelten und „abgesicherten“ Impfung „entgegengefeibert“, sondern seriöse Prüfungen verlangt. Die Nachrichten über Impfkomplicationen scheinen dem orwellischen Gedächtnisloch anheimgefallen. Im Ukraine Konflikt wird über die Sprengung von Nord Stream 2 oder die brennende Krim-Brücke mit verstecktem Hohn und Häme berichtet. Man stelle sich eine gleichsinnig gesprengte Ölplattform im Golf von Mexiko oder die im Gegenzug brennende Key-West-Brücke vor. Korrekte Nachrichten sind nicht die parteipolitische Weltanschauung des Berichterstatters.

Erst beim Abbau von zwei Windrädern kam die beharrlich verschwiegene negative Energiebilanz in eine lokale Zeitungsbeilage. Nur 20 Jahre gibt es die extremen Subventionen. Ohne konnten sie trotz der Abnahmegarantie für den teuersten Strom der Welt – fertig stehend und geschenkt – nicht einmal von Enthusiasten weiterbetrieben werden. Allein für die Sprengung der Fundamente brauchte man umweltfreundliche 650 Kilogramm Dynamit, deutlich mehr als eine halbe Tonne. Die „Süddeutsche“ fotomontierte die Nachricht „Tote Hose“ auf den Hosenschlitz des jetzigen japanischen Kaisers. Das zieht sich bei einem seriösen Menschen dem Kommentar.

Diese beliebig fortsetzbare Liste dauerhafter ganz bewusst unkorrekter „Berichtigungserstattung“ breche ich bewusst ab, seit ich mich 2008 in Entsetzen aus dieser Art Konsum abgemeldet habe, aber Patricia Schlesinger und Genossen

tausende Euro Zwangsgebühren hinterherwerfen muss. Ein entfernter Vetter fasste die Situation genial zusammen, obwohl er es sicher anders meinte: „Die Leute dürfen einfach nicht verunsichert werden.“ Dr. Sven von Erichsen, Lebusa

WAS DER KUCKUCK WEISS
ZU: MIT DEM „MACHTWORT“ IN DIE SACKGASSE (NR. 42)

„Man muss sich strecken nach den Decken“, sagt mir ein Sprichwort, aber was ein Streckbetrieb sein soll, da tappe ich dann voll im Dunklen, dunkler geht es schon gar nicht mehr. Vielleicht, wenn sich der letzte Atommeiler vergeblich nach Brennstäben strecken sollte, vielleicht sollte man das dann eventuell darunter verstehen.

In Deutschland sind funktionsfähige Brennstäbe leider eine sehr große Mangelware und meist gar nicht mehr vorhanden. Aber vielleicht könnten Russland oder China mit ganz frischer Brennstoffware aushelfen. Doch diese superblöden Sanktionen stehen schon wieder mal im Wege, so gesehen hätten wir gleich weiterhin das begehrte Gas durch Nord Stream 1 und 2 strömen lassen können.

Kanzler Olaf Scholz zeigt uns nun, was er draufhat. Er hustet zwar nicht, aber es kommt noch viel besser: Er spricht ein Machtwort, weil er das als Kanzler darf. Doch wie lange die fast total abgebrannten Brennstäbe noch vor sich hin brennen, das weiß dann eher der Kuckuck, und der hört bestimmt nicht auf den Bundeskanzler. Günter Algner, Berlin

DIE LAWINE IST IM ROLLEN
ZU: ZWEI EPOCHEN PRALLEN AUF EINANDER (NR. 43)

Wichtiger Beitrag zur richtigen Zeit. In der Tat stehen wir mitten in einer Zeitemwende, und die geht immer mit handfesten Krisen einher. Dabei stehen wir erst ganz am Anfang, die echte Krise mit drastischen Einschnitten ins alltägliche Leben

kommt erst noch. Nicht, dass man sich das wünscht, aber die desolate Politik der letzten 15 bis 20 Jahre kann offenbar nur mit einem großen Knall enden.

Die unerträgliche Trommelei der links-woken Profiteure, die aus ihren warmgebrüteten Komfortblasen das „beste Deutschland, das es je gab“ feiern, muss beendet werden. Aber auch der Normalbürger, der nichts weiter will, als friedlich und anständig sein Leben zu leben, muss sich an die Nase greifen und fragen, ob man so weitermachen kann.

Wir alle sind zu schnell und zu viel im Wohlstand gewachsen. Wir haben dabei das Maß aus den Augen verloren, mit einer unsäglich überzogenen Anspruchshaltung. Es wurden, aus einer gleichgültigen bis ignoranten Haltung heraus, Politiker gewählt, die man nicht kannte, für deren furchtbare Agenda man sich schlicht nicht interessiert hatte. Man hat bekommen, was man eigentlich nicht wollte, aber der eigentliche Wille erfordert Wissen und kluges Wählen.

Diese verhängnisvolle Ernte wird jetzt eingebracht. Für behutsame Reformen ist schlicht keine Zeit mehr, Einsichten werden nur über die brutale Wirklichkeit erzielt, und die wird ihren Blutzoll fordern. Es werden Zeiten herbrechen, von denen Schrecken wir nicht einmal etwas ahnen. Die Lawine ist im Rollen, und niemand wird sie aufhalten.

Chris Benthe, Dresden

POLNISCHE ALLEINGÄNGE
ZU: VIEL UND VIELFÄLTIG (NR. 42)

Die Rüstungsanstrengungen Polens, beginnend bereits vor der Ukraine Krise, lösen offenbar innerhalb der EU und bei den benachbarten Regierungen keine Fragen aus. Zumindest scheint es so, als seien nationale Rüstungsausgaben noch nicht in eine der gerne neuerstellten Gesamtkompetenz der EU ins Auge gefasst worden, wie beispielsweise die Impfstoffstellung durch die EU.

Über die Motive der Politiker Polens für die Vorteile dieser auffälligen Rüs-

tungsausgaben, die aufgrund einer Bedrohungslage nicht erforderlich erscheinen, kann man nur spekulieren. Es steht kein Adolf Hitler vor der Tür, der Gebietsansprüche wieder gerne rückgängig machen würde, sodass selbst Viktor Orbán, der sich geographisch in vergleichbarer Position befindet, im Hinblick auf die kriegerische Entwicklung in der Ukraine relativ entspannt bleibt.

Der polnische Alleingang in Sachen Rüstung, so muss man vermuten, bedient wohl die traumatischen Gefühle, die 40 Jahre Sozialismus unter russischer Regie hervorgerufen haben dürften. Nun werfen sich die politisch nationalistisch ausgerichteten Kräfte Polens nahezu liebdienerisch den Amerikanern an den Hals, vielleicht wegen der zu erwartenden wirtschaftlichen Vorteile, die Stationierungen mit sich bringen.

Denkbar ist aber auch bei einer russischen Niederlage in der Ukraine, dass man sich dann militärisch den Zugriff auf das nordöstliche Ostpreußen zutraut, welches schon seit den Versailler Verträgen hoch in den polnischen Köpfen verankert ist.

Leider gibt es in solchen Fällen (wie schon 1939 vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs) sehr viele falsche Berater, die viel versprechen, aber wenig halten, und wenn man bereit ist, sogar Atomwaffen auf polnischem Boden in Kauf zu nehmen, lässt das leider auf wenig intelligente Politik Polens schließen. Sollte Polen bei einer Auseinandersetzung zur atomaren Kampfzone werden, nützen auch die teuer bezahlten herkömmlichen Waffen nichts mehr.

Die Folgen der wachsende Verteidigungslasten sind vielleicht dann kein logistischer Albtraum mehr, wenn man darauf spekuliert, dass die zahlungsfreudigen Deutschen doch noch die gewünschten Milliardenentschädigungen für entstandene Weltkriegsschäden locker machen, auf die nicht nur die rechten polnischen Hardliner immer noch hoffen. Angesichts des mentalen Zustands unserer Regierenden ist das ein durchaus denkbares Szenario. Rudolf Neumann, Torsas/Schweden

ANZEIGE

Sonderausgabe in anderer Ausstattung

Köstlichkeiten auf Vorrat

So machen Sie Lebensmittel nicht nur länger haltbar, sondern verbessern auch noch deren Geschmack

■ **Vorräte selbst herstellen, Marmeladen einkochen, Gemüse einlegen, Essig aromatisieren, Würzsauces zubereiten, Würste räuchern, Kräuter trocknen und Obst dörren: Kochen und Einmachen mit frischen, saisonalen Zutaten und viel Liebe, jedoch ohne industrielle Zusatzstoffe oder Konservierungsmittel – das garantiert schmackhafte und nachhaltige Produkte.**

Die besten Rezepte sowie vielfältige Hinweise zur Vorratshaltung versammelt diese preisgünstige Sonderausgabe des Kochbuchklassikers, die in keiner Küche fehlen darf.

450 traditionelle und kreative Rezepte sind in diesem Grundkochbuch zur Vorratshaltung versammelt. Dazu erfahren Sie viel Wissenswertes über den richtigen Gebrauch von Einkochgeschirr und -utensilien, die Lagerung und Haltbarkeit von Lebensmitteln und die optimale Erntezeit der verwendeten Produkte.

Nicht jeder Koch und jede Köchin hat das Glück, auf den reichen Rezeptschatz der Großmutter zurückgreifen zu können. Für all jene, denen die Chance der mündlichen Überlieferung alter Rezepte nicht gegeben ist, wurde das vorliegende Vorratskochbuch geschrieben. Ingrid Pernkopf und Willi Haider kennen die alten Rezepturen nicht nur in- und auswendig, sondern sie leben die Vorratsphilosophie auch in ihrem eigenen Küchenalltag.

Alle Rezepte sind für den Hausgebrauch adaptiert und erschließen eine Fülle von Möglichkeiten, den täglichen Speisezetteln durch Selbsteingelegtes, Getrocknetes, Mariniertes oder auf andere Arten haltbar Gemachtes noch abwechslungsreicher zu gestalten und dabei auch noch besonders ernährungsbewusst zu leben.

Das Wichtigste an gelungener Vorratshaltung bleiben jedoch – bei aller Wichtigkeit von Rezepten und Techniken – die gesunden Schätze der Natur, die Äpfel und Karotten, die Rhabarberstangen und Stachelbeeren, die Wurzeln und Knollen, die Gewürze von Knoblauch und Rosmarin bis Majoran und Minze, die Tomaten und Erdbeeren, die Pilze und Nüsse, kurzum: all das, was vor der sprichwörtlichen Haustür wächst. Dazu kommen dann noch gute Essige und Öle, eine Prise Salz sowie die nötige Menge Zucker, und zuweilen darf es auch ein Schuss von etwas Hochprozentigem sein. Der Fantasie sind dabei lediglich durch den zur Verfügung stehenden Stauraum in der Speisekammer Grenzen gesetzt.



KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10 • Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de • www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen! Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

Ingrid Pernkopf & Willi Haider:
Die Vorratskammer • gebunden • 384 Seiten
durchgehend farbig illustriert • Best.-Nr. 986 600

GESUNDHEIT

Das gesunde Krankenhaus

Klimamanager und Sterneköche sollen helfen, Kliniken attraktiver zu gestalten – Patienten, Ärzte und Pfleger freut es, aber wer zahlt's?

VON STEPHANIE SIECKMANN

Was macht ein gutes Krankenhaus aus? Die Antwort hängt davon ab, an wen man diese Frage richtet. Die Ansprüche an Kliniken sind heute enorm hoch und vielfältig. Versuche, für Patienten und Personal attraktiver zu werden, gibt es viele. Während die eine Einrichtung einen Sternekoch engagiert, um die Patientenverpflegung aufzuwerten, setzt die andere auf einen großzügigen grünen Park im Innenhof und Patientenzimmer mit Wintergarten, ein drittes Klinikum entscheidet sich für eine Modulbauweise, die Flexibilität in der Versorgung grundsätzlich schneller umsetzbar machen soll.

Der Ruf nach verbesserten Bedingungen wird zunehmend lauter. Vor allem eine bessere Versorgung und mehr Personal wird gefordert. Personal ist schwer zu bekommen. Der Einsatz in einer Klinik, egal ob als Arzt oder Pflegekraft, ist anspruchsvoll. Die Arbeitsschichten sind lang. Der Verdienst in der Regel knapp bemessen. Und das, obwohl gerade bei dieser Arbeit viel Verantwortung übernommen wird.

Doch die Geschäftsführer der Klinikbetriebe schütteln bei Forderungen nach höheren Löhnen oder einer kostspieligen Patientenkost nur den Kopf. Nichts zu machen. Da fragt sich der Laie: wieso? Schließlich sind die Notaufnahmen ständig überfüllt, die Betten oft belegt. Es werden also Einnahmen erzielt.

Doch die Forderungen, die heute an Krankenhäuser gestellt werden, sind komplex. Alte Gebäude können den modernen Anforderungen oft nicht gerecht werden. Und das in vielen Belangen. Die Überlegung, Altbestand zu modernisieren, stößt schnell an Grenzen. Einen neuen Krankenhauskomplex zu bauen, ist dagegen eine finanziell oft nicht tragbare Entscheidung. Die Klinikbetreiber sind bemüht, die Gesundheitsversorgung an aktuellen Maßstäben auszurichten. Allen Aspekten können sie dabei nur selten gerecht werden. Was bleibt, ist, sich für einen Schwerpunkt zu entscheiden und diesen Weg konsequent zu verfolgen.

Treibhausgase sind dabei auch im Gesundheitsbereich ein heißes Eisen. Stu-



Auf dem Weg zum persönlichen Wohlbefinden: In den Waldkliniken Eisenberg kommen Therapie-Roboter zum Einsatz Foto: pa

dien unter anderem der Weltgesundheitsorganisation WHO haben gezeigt, dass der Gesundheitssektor mehr Kohlendioxid (CO₂) verursacht als Flugverkehr oder Schifffahrt. Weltweit sollen die Kliniken 4,4 Prozent der gesamten CO₂-Emissionen produzieren. Beim Projekt KLIK green – Krankenhaus trifft Klimaschutz – haben sich deshalb mehr als 250 Kliniken und Reha-Betriebe engagiert. Das Ziel: Unter anderem Umstellung auf 100 Prozent Ökostrom, weniger Fleisch in der Patientenverpflegung und das Angebot von Job-Fahrrädern – all diese Faktoren sollen zur Reduzierung der Umweltbelastung beitragen.

Wichtiger Faktor ist der Einsatz und das Wiederverwerten von Narkosegasen. Sie verursachen rund 35 Prozent der Emissionen im Krankenhaus. So soll das Narkosegas Desfluran eine 2540-fach so hohe Treibhauswirkung wie CO₂ haben. Das Amalie-Sieveling-Krankenhaus in Hamburg hat deshalb eine Anästhesistin

als Klimamanagerin eingesetzt, die auf die Reduzierung der Emissionen achtet.

Hygiene auf dem Prüfstand

Um Infektionen zu vermeiden und die dafür notwendige Hygiene bestmöglich sicherzustellen, hat es sich im medizinischen Bereich etabliert, auf Einweg-Produkte zu setzen. Das hat Folgen. Pro Krankenhausbett werden auf diese Weise pro Tag sechs Kilogramm Abfall produziert. In Deutschland belegen die Gesundheitsbetriebe auf der Liste der Abfallerzeuger Platz fünf. Dazu kommt: Für ein Bett in einem deutschen Krankenhaus werden rund 300 bis 600 Liter Wasser pro Tag verbraucht. Auch das ist ein Wert, der reduziert werden muss. Das Wassermanagement ist deshalb ein weiteres wichtiges Puzzleteil bei der Gestaltung eines modernen, grünen Krankenhauses.

Was Reinigung und Desinfektion angeht, gibt es innovative Wege, die aber bislang in Deutschland nicht im Gesund-

heitsbereich genutzt wurden. Seit 2020 werden zunehmend Patientenzimmer und Isolierstationen durch Hygiene-Roboter gereinigt und desinfiziert. Es handelt sich aber nicht um kleine Maschinenwesen, die mit Eimer und Wischmopp unterwegs sind. Desinfektions-Roboter bringen UV-Licht zum Einsatz, mit dem in den USA, Asien und Großbritannien bereits seit längerem Operationssäle desinfiziert werden. Die Technik ist nicht neu. Die Lebensmittelindustrie setzt schon länger auf ultraviolettes Licht, um Viren, Bakterien und Pilze zu beseitigen.

Beim Bau neuer Klinikkomplexe ist die klimafreundliche Architektur deshalb ein wichtiger Aspekt. Das Helmut-G.-Walther-Klinikum Lichtenfels ist ein bayerisches Musterbeispiel für Grüne Krankenhäuser. Im Passivhaus-Stil entworfen, wurden nachhaltige Materialien verbaut und Lärmminimierung angestrebt. Zu den wegweisenden Elementen gehören zwischen den Fenstern angebrachte Solarpa-

neele an der Außenfassade. Die CO₂-Emission konnte durch den Neubau um drei Viertel gesenkt werden, der Stromverbrauch im Bereich der Beleuchtung wurde durch Einsatz von organischen Leuchtdioden um 60 Prozent gesenkt. Doch so viel Innovation hat ihren Preis. 116 Millionen Euro hat es gekostet, die neue Klinik zu errichten. Geld, das der Landkreis Lichtenfels in den Neubau investiert hat. Und ein Preisrahmen, der nicht bei allen Klinik-Neubauten zur Verfügung steht.

Grün fördert Gesundheit

Erste Auswertungen zeigen, dass sich ein klimafreundliches Krankenhaus positiv auf die Gesundheit der Patienten auswirkt. Ein Beispiel sind die Waldkliniken Eisenberg in Thüringen. Das Hauptgebäude mit seiner runden Form und einer Holzfassade wurde unter dem Aspekt entworfen, den Patienten als Gast zu empfangen. Die Auswahl der Baumaterialien und das Ambiente machen einem Fünf-Sterne-Hotel Konkurrenz. Genau das ist gewollt. Jedes Patientenzimmer hat einen Wintergarten. So können die Patienten auf allen Seiten einen Blick in den Wald genießen. Damit wird das Immunsystem gestärkt, und die Erfahrung zeigt, dass Patienten weniger Schmerzmittel nach einer Operation benötigen, wenn sie in die Natur schauen können.

Das Grüne Krankenhaus ist also keine Utopie. Verbesserte Luftqualität und ein verbessertes Wohlfühl der Patienten sind nach Studien ebenso als positive Auswirkungen erkannt worden wie ein verringertes Auftreten von Allergien, Asthma und weiteren Atemwegserkrankungen. In Patientenbefragungen zeigte sich, dass die Zufriedenheit durch die Möglichkeit, sich in einem Garten oder Park aufzuhalten, deutlich gesteigert werden konnte.

Das positive Fazit muss sich allerdings auch finanziell rechnen. Denn Krankenhäuser sind heutzutage auch Wirtschaftsunternehmen, von denen verlangt wird, dass sich der Betrieb trägt. Sonst muss er Insolvenz anmelden. Das Fazit kann nur lauten: Das Grüne Krankenhaus ist erstrebenswert, aber kostspielig. Und deshalb nicht immer umsetzbar.

MYTHOLOGIE

Ein Wink mit der klugen Beraterin

Die Grotten der Egeria – Anspielungsreiche Kleinode in den Parks von Wörlitz und Rheinsberg

Der riesige archäologische Caffarella-Park im Südosten von Rom ist heute touristisch völlig unbekannt. Nur wenige verirren sich in diesen Teil des großen Regionalparks der Via Appia Antica. Das war nicht immer so. Etwa zur Goethezeit gehörte die von dem kleinen Fluss Almona durchzogene grüne Oase mit ihren vielen landschaftlichen und historischen Höhepunkten ganz selbstverständlich zum Besuchsprogramm der Ewigen Stadt.

Besonders die Grotte der Egeria, ein antikes Nymphäum aus dem 2. Jahrhundert, war schon lange zum beliebten Motiv in Malerei und Literatur geworden. Selbst Goethe machte davon eine Zeichnung, als er am 11. November 1786 die Nymphe besuchte. Ihre Geschichte, die Ovid in den „Metamorphosen“ erzählt, führt zurück in die sagenhafte Frühzeit Roms. Danach war Egeria Gattin und zugleich Beraterin des römischen Königs Numa Pompilius. Nach dessen Tod be-



Eine verschlüsselte Mahnung?: Die von Prinz Heinrich von Preußen angelegte Grotte mit der Egeria-Figur in Rheinsberg Foto: Schnehagen

klagte sie ihren Mann so tränenreich, dass Diana sie in eine Quelle verwandelte und sie seitdem als Quellnymphe ihr Dasein fristen musste.

Nicht zuletzt ihrer Geschichte wegen war die Nachbildung der Grotte in Parks beliebt. Auch Fürst Franz von Anhalt-Desau ließ sie nach dem Vorbild in Rom um 1790 in Wörlitz nachgestalten. Nur wenige Schritte von der Felseninsel Stein mit der Miniaturausgabe des Vesuv entfernt, hat sie an dieser Stelle sogar lokal-symbolische Bedeutung: Die Statue bezeichnet den Ort, an dem Wasser von Osten her in den Wörlitzer See fließt. Erst vor Kurzem ist die Instandsetzung und Sanierung der Grotte beendet worden.

In Rheinsberg wurde eine entsprechende Sanierung bereits vor fünf Jahren abgeschlossen. Dabei konnten im Zuge der Wiederherstellung des Uferverbau vor der Egeria-Grotte der Kopf und weitere Fragmente der verschollen geglaubten

Nymphe aus dem Schlamm gezogen werden. Der Fund war insofern eine Sensation, da es bisher keine historischen Darstellungen der vermutlich um 1793 von Prinz Heinrich von Preußen angelegten Grotte gibt.

Die einstige Egeria-Figur aus Terrakotta, die bereits ab 1802 verfiel und später durch eine Puttengruppe ersetzt wurde, konnte somit rekonstruiert werden. Anders als in Wörlitz kombinierte Prinz Heinrich die antike Egeria-Grotte mit der Skulptur einer Ruhenden Nymphe, die sich bereits seit 1512 im Vatikan befand.

Dabei mag der Prinz, der den Zeitgenossen als herausragender Feldherr des Siebenjährigen Krieges und Diplomat galt, aber als Berater weder für Friedrich den Großen noch für dessen Nachfolger Friedrich Wilhelm II. und Friedrich Wilhelm III. tätig werden konnte, die Darstellung der Beraterin als verschlüsselte Mahnung eingesetzt haben. Helga Schnehagen

● FÜR SIE GELESEN

Leichte Kost,
aber fesselnd

Die Lehrerin Helene Werner hat Kirchdorf mit ihrer Tochter Marie verlassen und damit auch den Arzt Tobias, mit dem sie ein Verhältnis hatte. Ihr wichtigstes Anliegen ist, dass Marie glücklich wird, denn die Kleine hat etwas gegen diese Beziehung. Marie versteht nicht, wie ihre Mutter den verstorbenen Vater so schnell vergessen konnte.

Als Helene die Stelle als Rektorin in Kirchdorf angeboten bekommt, muss sie lange überlegen, ob sie wieder dort hinziehen soll. In Kirchdorf wird sie damit beauftragt, eine neue und größere Schule zu führen. Werden die Gemeinden bereit sein, ihre kleinen Dorfschulen zu schließen?

Eva Völlers Roman „Die Dorfschullehrerin“ schildert die Zeit um 1964 in Westdeutschland an der Grenze zur DDR, als dort noch viele amerikanische Soldaten stationiert waren. Die damaligen Schwierigkeiten für berufstätige Frauen werden nachvollziehbar geschildert, auch die Probleme, wenn eine ledige Frau schwanger wurde.

Der zweite Band der „Dorfschullehrerin“ ist eine leichte, aber fesselnde Lektüre. Eva Völlers hat bereits eine dreiteilige „Ruhrpott-Saga“ geschrieben, da sie aus dieser Gegend stammt. Die Juristin hat aus ihrem Hobby einen Beruf gemacht. *Angela Selke*



Eva Völlers: „Die Dorfschullehrerin. Was das Schicksal will“, Lübbe Verlag, Köln 2022, Taschenbuch, 397 Seiten, 14,99 Euro

Zum 100. neu
aufgelegt

Am 29. Oktober wäre der russische Dissident, Philosoph und Soziologe Alexander Sinowjew 100 Jahre alt geworden. Aus diesem Anlass hat der Diogenes Verlag dessen als Roman betitelt satirisches Buch „Homo sovieticus“ neu aufgelegt, das erstmals 1982 auf Deutsch erschienen war. Vor dem Hintergrund des Ukrainekriegs habe es an Aktualität nichts eingebüßt, so der Verlag.

Sinowjew tritt im Roman als Sowjetjäger auf, der als Dissident getarnt im Auftrag des KGB die Menschen in der Bundesrepublik analysieren und seine Erkenntnisse seinem Auftraggeber mitteilen soll. Dass die Sowjetunion das Dissidententum überhaupt zulässt, ist Teil eines Programms, mit dem das kommunistische Regime die westliche Demokratie zu unterwandern versucht, um als Fernziel aus den oberflächlich-gleichgültigen Westlern ebenfalls Homososse, so die Kurzform des Homo sovieticus, zu machen.

Sinowjew hat die in den 1960er Jahren entstandene Wortschöpfung, die im Kern einen Opportunisten bezeichnet, erst populär gemacht. Das System hat aus ihnen prinzipien- und willenlose Menschen geformt. *MRK*



Alexander Sinowjew: „Homo sovieticus“, Diogenes Verlag, Zürich 2022, Taschenbuch, 381 Seiten, 13 Euro

REDENSARTEN



FOTO: MAGO SYLVO DITTRICH

„Eisen im
Feuer“

Wer ein solches hat, verfügt über solch eine Möglichkeit oder Gelegenheit. Selbstständige können diese Redensart, die meist mit Schmieden in Verbindung gebracht wird, als Basis ihrer täglichen Arbeit betrachten

In der Welt von Handwerkern gibt es eine Vielzahl typischer Redensarten, teils heiter, teils ernst gemeint, aber auch Flüche wie „Himmel, Arsch und Zwirn“, deren Entstehung sich auf traditionelle Handwerkerberufe zu-

rückführen lassen. Rolf-Bernhard Essig hat im neuen Duden „Pünktlich wie die Maurer“ heute noch gängige Redensarten unter die Lupe genommen und erklärt auf unterhaltsame Weise deren Ursprung. *MRK*

Rolf-Bernhard Essig: „Duden. Pünktlich wie die Maurer. Handwerksredensarten und ihre wunderbaren Geschichten“, Dudenverlag, Berlin 2022, Taschenbuch, 191 Seiten, 12 Euro

POLITIK

Vorschläge zur
Verteidigung

Viktor Timtschenko warnt vor einer linken Elite, deren Ziel es sei, einen radikalen Systemwechsel in Deutschland herbeizuführen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Es gibt Buchtitel, die sind einzigartig prägnant. So wie „Sozialistische Scharlatane haben Deutschland gekapert“ von Viktor Timtschenko. Der ukrainische Journalist kam 1990 in die Bundesrepublik, kennt die Verhältnisse hierzulande also genau. Deshalb ermangelt es seiner Beschreibung der Missstände auch nicht an Deutlichkeit. Ein prosperierendes Land sei von einer stark nach links abgedrifteten Elite wirtschaftlich und sozial an die Wand gefahren worden – wobei die Mehrheit der Bevölkerung schweigend zugesehen habe.

Im ersten Teil seines Buches schildert Timtschenko die „DDR 2.0“, zu der die Bundesrepublik verkommen sei. Dadurch erfährt der Leser freilich kaum Neues – dennoch schockiert das Ausmaß der dargestellten Misere.

Im zweiten Teil geht es um die Frage, wie es zur Umwandlung der „alten“ BRD in einen ausgeprägt linkslastigen Staat kommen konnte. Was ist schiefgelaufen? Die Antwort hierauf lautet, dass vor allem die CDU verantwortlich sei, denn die habe unter Angela Merkel ihre „Unschuld verloren“ und aus Opportunismus grün-linke Ideale übernommen.

Im dritten Teil werden die Absichten angesprochen, die hinter der „Sozialistischen Zersetzung“ stecken. Timtschenko redet nicht um den heißen Brei herum: Die Sozialisten wollten einen radikalen Systemwechsel und den „Ausstieg aus dem Kapitalismus“. Dabei bauten sie auf die Ju-

gend, die das Elend des „real existierenden Sozialismus“ nicht kenne. „Deshalb ist es unausweichlich, etwas zu unternehmen, um der sozialistischen Sackgasse doch noch zu entkommen.“

Was dabei konkret getan werden muss, ist Thema des vierten Teils, zu dessen Beginn Timtschenko unter der Überschrift „Cool bleiben!“ zunächst alle zu erwartenden Widerstandstaktiken der Linken auflistet. Anschließend folgen praktische Vorschläge zur „Verteidigung des Vaterlands“. Die Konservativen bräuchten einen strategischen Plan und müssten ihre internen Differenzen beilegen. Außerdem sollten sie mehr eigene Kinder in die Welt setzen und der allgegenwärtigen sozialistischen Indoktrinierung entziehen. Dazu sei es nötig, eine alternative konservative Kultur aufzubauen – mit eigenen Kitas, Schulen, Institutionen, Vereinen, Gewerkschaften, Kultureinrichtungen, Medien und Infrastrukturen. Zum Schluss rät Timtschenko: „Angriff ist die beste Verteidigung!“ Nichts gefallen lassen, zivilen Ungehorsam üben, immer wieder lautstark Forderungen stellen und die Linke mit ihren eigenen Waffen schlagen.



Viktor Timtschenko: „Sozialistische Scharlatane haben Deutschland gekapert. Eine Flugschrift“, MEDIA, Markkleeberg 2021, Broschüre, 215 Seiten, 12 Euro

RADIKALER ISLAM

Kinder in den
Fängen des IS

Der Wiener Sozialarbeiter Fabian Reicher berichtet über seine Arbeit mit radikalisierten Jugendlichen, die sich im Dschihad gegen den Westen wähnen

VON DIRK KLOSE

Der Ukrainekrieg überdeckt gegenwärtig fast alle anderen Probleme. Der radikale Islam ist kaum noch ein Thema, obwohl die Ideologie des Islamischen Staates (IS) nach wie vor virulent ist. Wovor Verfassungsschützer immer wieder warnen: Viele geflüchtete Jugendliche, die in Westeuropa isoliert von der Gesellschaft und in einer Art Getto leben, sind überaus anfällig für dessen radikale Parolen.

Der in Wien als Streetworker mit solchen Jugendlichen arbeitende Fabian Reicher berichtet in seinem sowohl alarmierenden als auch Hoffnung machenden Buch „Die Wütenden. Warum wir im Umgang mit dschihadistischem Terror radikal umdenken müssen“ über seine Arbeit mit Jugendlichen arabischen oder tschetschenischen Ursprungs, die in völliger Emphase für die Parolen des IS gelebt haben. In einer radikalen Anti-Haltung hatten sie sich gegen die Gesellschaft abgekapselt und von wilden Kämpfen für die „gerechte Sache“ eines globalen Dschihad geträumt. Reicher schreibt, wie mühsam es ist, eine Vertrauensbasis aufzubauen. Das gelingt nur unter einer Voraussetzung: „Als Jugendsozialarbeiter muss ich immer auf der Seite der Jugendlichen stehen.“

Dem Autor war das Milieu der Asylsucher vertraut, und doch ist er schockiert über die enorme Resonanz der mitten in Europa leicht zugänglichen Propagandavideos des IS. Letzterer stellt sich kompromisslos gegen die herrschende Ordnung

und rechtfertigt jeden Kampf gegen die „Ungläubigen“. Viele Jugendliche haben sich mit für europäische Leser kaum vorstellbaren Hass- und Gewaltphantasien vollgesogen, über unzählige Kanäle sind Folter und grausame „Hinrichtungen“ verbreitet.

Es sind keine Geschichten mit Happy End, die der Autor hier ausbreitet, aber doch scheint es ihm gelungen zu sein, seinen jugendlichen Gegenübern, von denen einige drauf und dran waren, in Syrien für den IS zu kämpfen, ein Leben in einem europäischen sozialen Umfeld zu öffnen. Reicher spricht von einer Pädagogik der Wütenden. Diese will Gewaltbereitschaft und ihren Ursachen auf den Grund gehen, was auch bedeutet, das eigene Weltbild zu hinterfragen, also umzudenken.

Mitunter liest sich Reichers' so nachdenklich machender Bericht wie ein Lehrbuch, wie man mit marginalisierten Gruppen umgehen sollte, mit Menschen, die schon als Kleinkinder erlebten, wie Eltern und engste Angehörige ermordet wurden, und die auch in Europa Außen-seiter blieben.

Fabian Reicher/Anja Melzer: „Die Wütenden. Warum wir im Umgang mit dschihadistischem Terror radikal umdenken müssen“, Westend Verlag, Frankfurt/M. 2022, Broschüre, 240 Seiten, 18 Euro



KIRCHE ALLENBURG

Die Turmuhr darf wieder schlagen

Einigung mit der Russisch-Orthodoxen-Kirche – Lokalhistoriker Kostriza sorgt für weiteren Erhalt des Baus

VON UTE BÄSMANN

Es gibt erfreuliche Neuigkeiten aus Allenburg. Gennadij Kostriza, von Beruf Lokalhistoriker, organisiert seit etwa zehn Jahren Kajakfahrten. Da er des Öfteren die Alle für seine Unternehmungen ausgesucht hatte, machte er mit den Teilnehmern der Fahrten immer in Allenburg eine Picknickpause. Er erkundete mit ihnen auch den Ort Allenburg [Druschba] und stand stets vor verschlossener Kirchentür. Ein Schlüssel ließ sich nicht finden, und so schauten die Teilnehmer nur durch die Ritzen.

Sie besuchten auch den Masurischen Kanal. Im vergangenen Herbst suchte Kostriza die Leitung der Russisch-Orthodoxen Kirche in Königsberg auf. Diese beschaffte ihm einen Schlüssel, und zum ersten Mal konnte er das Gotteshaus von innen besichtigen. Was er sah, ließ ihn staunen. Wenn sich in den Jahren, in denen vom „Förderverein Allenburger Kirche“ niemand da war, auch sehr viel Schmutz angesammelt hatte, sah er das Innere der Kirche mit dem Herzen. Die große Halle des Kirchenschiffes beeindruckte ihn sehr, und er hatte sofort die Idee, hier klassische Konzerte stattfinden zu lassen. Die Akustik in der Halle ist wunderbar, wie ich bei den Gottesdiensten, die Pfarrer Dmitrij hier stattfinden ließ, selbst erfahren habe. Heute behilft sich Kostriza mit einem tragbaren Abspielgerät, aus dem Orgelmusik erklingt.

Konzerte in der Kirchenhalle

Der Heimatforscher lässt im Geiste schon das Tonnengewölbe wiedererstehen und bunte Scheiben in die Seitenfenster einsetzen. Als erstes muss aber dringend das Dach erneuert beziehungsweise ausgebaut werden.

Er war sehr erfreut über die gute Arbeit, die wir im und am Kirchturm geleistet haben und damit den Kirchturm vor dem Abriss bewahren konnten. Mit den drei neuen Etagen, den Fenstern zum Öffnen und Beobachten der Störche sowie der Möglichkeit, die wunderbare Landschaft von oben zu sehen, stellt er im Gebiet etwas Besonderes dar. In manchen Sakralbauten, die derzeit repariert werden, wird der Kirchturm auch mit einem Museum ausgestattet.

Auf der Treppe und in den Räumen hatte sich sehr viel Taubenmist angehäuft. Sie finden jedes noch so kleine Loch und brüten im Kirchenschiff und auf den Fenstersimsen im Glockenraum. Die Tauben müssten dringend aus Turm und Kirchenschiff ausgeschlossen werden. Dazu



Beschädigungen am Dach: Das Kirchengebäude benötigt weitere Pflege

Foto: J.T.

müssten auch die Fenster im Kirchenschiff wenigstens mit neuen Brettern geschlossen werden. Die noch von der Kolchose angebrachte Verbretterung der Fenster ist allmählich morsch geworden und lässt die Tauben mühelos hindurchschlüpfen.

Äußerst erfreut war Kostriza über die schöne Uhr, die wir mit der Spende von Peter Reich im Jahr 2014 einbauen konnten. Nachdem der Uhr mehrere Jahre der Ton abgeschaltet war – er störte die Nachbarn zu sehr – schlägt sie jetzt wieder die Stunde. Man hat einen Kompromiss gefunden und das Schlagen der Uhr auf die Zeit von 9 bis 20 Uhr begrenzt. In diesem Zusammenhang möchte ich mich nochmals für die vielen Spenden zum Ausbau des Glockenturmes auch bei allen anderen Spendern, die ich nicht alle namentlich nennen kann, bedanken. Ohne diese Gaben hätten mein Mann und ich nichts bewirken können.

Ein Café im Andachtsraum

In unserem Andachtsraum hat Kostriza ein Café eingerichtet. Die Stühle hatten mein Mann und ich ja schon vor Jahren aus Bremerhaven mitgebracht, Tische hat Kostriza selbst besorgt. Alles ist fein eingedeckt. Besucher reisen in Bussen an, um die Kirche und den Kanal mit dem Schleusenwärterhaus zu besichtigen. Über der alten blauen Tür aus dem Schleusenwärterhaus im Eingang zum Café wurde zur Zierde ein Rehkopf angebracht.

Das Inventar aus unserem Kirchenraum ist im Museumsraum darüber ausgestellt. Im April 2019, meinem letzten Besuch in Allenburg, brachte ich eine Bibel aus dem Jahr 1893 mit. Diese Bibel liegt Kostriza sehr am Herzen. Sie ist ihm sehr viel wert.

Zurzeit gibt es eine Ausstellung des Malers Jewgenij Zabuga zusammen mit unseren alten Ansichten von Allenburg, die wir im Museum hatten, zu sehen. Ein ganz neues Modell der Stadt, wie sie früher aussah, steht mitten im Raum. Das Modell, das Margot und Wilhelm Beinker zur Feier der 600 Jahre Stadtrechte Allenburg im Jahr 2000 anfertigten, ist nach wie vor in der Bibliothek zu besichtigen.

Kostriza ist voller Tatendrang. Er will das Gotteshaus für 25 Jahre von der Russisch-Orthodoxen Kirche pachten und Spenden einwerben sowie sich um Geld

aus dem staatlichen Programm zum Erhalt der Denkmäler bemühen. Er ist 50 Jahre alt und hofft, in den nächsten 25 Jahren so viel wie möglich zum Erhalt des Gebäudes beizutragen.

Campingplatz und Bootsanleger

Gleichzeitig plant er an der Stelle, wo einst das Bootshaus für die Ruderer stand, eine Anlegestelle für Kajaks und andere Boote mit Übernachtungsmöglichkeiten, einem Sommer-Café und einen Campingplatz zu errichten. Das Ufer soll wohl auch wieder befestigt werden. Unsere ehemalige Promenade an der Alle wird zu neuem Leben erweckt. Teilweise ist sie immer noch erhalten. Schon seit Jahren träumt Kostriza davon, einen Campingplatz zu besitzen.

Für einen Campingplatz habe ich in den vergangenen Jahren mehrfach bei den Ministern für Tourismus geworben, ebenso für eine Fahrradrundstrecke von Königsberg über Insterburg, Judtschen mit neuem Kant-Museum und zurück über die Nebenstraßen nach Allenburg, Friedland und so fort bis Königsberg. Auf meine Schreiben erhielt ich jedoch nie eine Antwort. Allerdings hatte ich den Campingplatz auf dem Gelände der Anker-Mühle angedacht. Mit der fließenden

Apt und dem Stau sowie vorhandenem Strom. Der Platz ist gepflastert, sodass er ein geeigneter Platz für Campingwagen wäre, weniger jedoch für Zelte.

Der Platz am ehemaligen Bootshaus ist ebenfalls sehr attraktiv, und die Nachbarschaft mit Café und Bootsanleger bietet gute Synergie-Effekte. Es spricht nichts dagegen, beide Plätze zu nutzen. Auf die Umsetzung des Planes von Kostriza darf man gespannt sein.

Neuerdings werden Fahrradwege gebaut, und an der Schleuse macht jetzt ein Hinweisschild auf den Radweg Richtung Eiserwagen aufmerksam.

Das Haus ist im Sommer täglich außer montags von 11 bis 17 Uhr geöffnet. Für einen Eintritt von 200 Rubel (etwa 3,30 Euro) kann man alles besichtigen und erhält umfassende Auskünfte über die Kirche. Jetzt fügt sich endlich alles so, wie ich es mir schon vor Jahren vorgestellt habe. Vielleicht ergibt es sich auch eines Tages, dass der „Förderverein Allenburger Kirche e.V.“ einen Kooperationsvertrag mit dem Pächter abschließen kann. Eine Zusammenarbeit wäre eine gute Sache. Zurzeit ruht allerdings jegliche Arbeit des Fördervereins. Ich wünsche Herrn Kostriza weiterhin den Mut, seine Ideen in die Tat umzusetzen.

Mit der Freude über die guten Entwicklungen für unsere Kirche und Allenburg, das nun endlich aus dem Dornröschenschlaf erweckt werden soll, möchte ich diesen Bericht schließen.

● **Nachsatz** Durch die große Unterstützung der Landsmannschaft Ostpreußen und der GeO (Gemeinschaft ev. Ostpreußen) konnten wir das Dach des Turmes fertigstellen und die neue Tür einbauen lassen.

Engagierte Bürger retteten die Kirche

Geschichte Im Königsberger Gebiet gibt es viele bemerkenswerte historische Baudenkmäler, die von engagierten Bürgern vom Verfall gerettet und restauriert werden. Die Allenburger Kirche ist ein gutes Beispiel dafür.

Das Gotteshaus wurde 1405 vom Hochmeister des Deutschen Ordens Konrad von Jungingen als katholische Kirche gegründet und nach 1525 der lutherischen Kirche übertragen. Die Kirche diente ihrem ursprünglichen Zweck bis zum Ersten Weltkrieg, in dem sie schwer beschädigt wurde. Neben dem Turm wurde auch die 1699 von Johann Josua Mosengel errichtete Orgel zerstört. Bis August 1925 dauerten die Wiederherstellungsarbeiten. Danach war der Turm höher als der alte, und eine Treppe wurde im Süden hinzugefügt.

Vor dem Zweiten Weltkrieg war Allenburg eine kleine Stadt mit knapp 3000 Einwohnern. Die Stadtrechte erhielt Allenburg bereits im Jahr 1400. Die Stadt beherbergte eine Reihe von Unternehmen und eine große Kondensmilchfabrik.

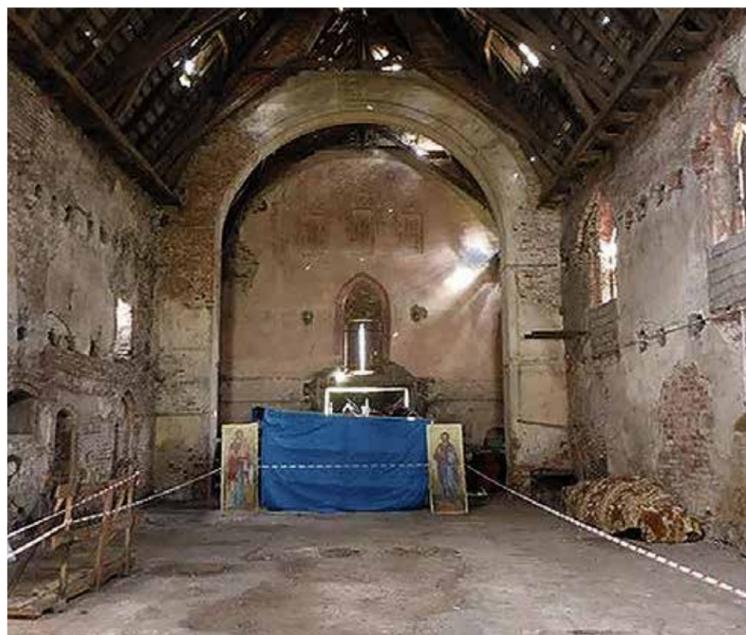
Während des Zweiten Weltkriegs blieb die Kirche praktisch unversehrt. Lange Zeit wurde sie als Kornspeicher und Lagerhaus einer Kolchose genutzt. In den 2000er Jahren wurde die Kirche mit Hilfe privater Spenden renoviert (siehe Artikel links). So konnte die Uhr in dem Glockenturm wiederhergestellt werden. Die Mittel für deren Restaurierung wurden von der Gemeinschaft ehemaliger Bewohner von Allenburg aufgebracht. Die Spendensammlung wurde von Peter Reich, dem Sohn des ehemaligen Pfarrers der Allenburger Kirche, und Ute Bäsman vom „Förderverein Allenburger Kirche“ initiiert. Sie bauten einen Raum für evangelische Gottesdienste sowie ein kleines Museum und sorgten für ein neues Dach auf dem Turm.

Im Jahr 2010 wurde die Kirche an die Russisch-Orthodoxe Kirche übergeben. Seitdem änderte sich dort wenig, bis der Unternehmer Gennadij Kostriza sich der Sache annahm. Die Kirche wurde ihm unentgeltlich zur Nutzung, aber mit einer Reihe von Auflagen überlassen.

Kostriza plant, auch wenn die ihm zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel nicht sehr groß sind, Arbeiten zur Schadensbegrenzung durchzuführen. Die Museumssammlung, die er aufbaut, wird nicht nur der Kirche, sondern auch der Geschichte von Allenburg als Ganzes gewidmet sein. *Jurij Tschernyschew*



Kriegsschäden: Die Allenburger Kirche verlor in Folge der Kriegshandlungen im Ersten Weltkrieg ihren Turm



Viel zu tun: Derzeit sieht es im Kirchenschiff noch kahl aus

Foto: privat

● AUFGESCHNAPPT

„Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant“ – die einprägsame Formulierung wird oft Hoffmann von Fallersleben zugeschrieben. Verkürzt hieß es einst in der Schule: „Man petzt nicht.“ Wer angenommen hatte, dass dies im Großen und Ganzen gesellschaftlicher Konsens geworden wäre, wurde zur Hochzeit der Corona-Maßnahmen eines Besseren belehrt. Man erinnere sich nur an die zahlreichen Hinweise aufmerksamer Beobachter an die Polizei, sofern sie zu hohe Besucherzahlen in Nachbarwohnungen auszumachen glaubten. Inzwischen fordert ein „Tagesspiegel“-Journalist dazu auf, Fotos einzusenden, auf denen Geschäfte mit nächtlicher Schaufensterbeleuchtung, also Energiesünder zu sehen sind. Und auch die Justiz hält Schritt. Würde bis eben noch derjenige wegen Verstoßes gegen den Datenschutz belangt, der Parksünder fotografierte und anzeigte, so machte das Verwaltungsgericht Ansbach mit zwei Urteilen nun auch dieses Betätigungsfeld für denunzierfreudige Mitmenschen frei. E.L.



Der Schatten

● STIMMEN ZUR ZEIT

Der Philosoph und frühere Bundeskulturstaatsminister Julian Nida-Rümelin erinnert im Gespräch mit dem Deutschlandfunk (5. November) daran, dass es im vergangenen April beinahe zu einem Friedensschluss zwischen Russland und der Ukraine gekommen wäre – und wer ihn vereitelt hat:

„Es hat die Möglichkeit gegeben, einen Neutralitätsstatus der Ukraine zu erreichen – Selenskyj war dafür, unter internationalen Garantien ... Es gab die Bereitschaft Russlands, sich aus den neu eroberten Gebieten zurückzuziehen. Der Westen sollte das nicht behindern. Boris Johnson hat damals Selenskyj als ersten Satz gesagt, ‚It’s not time for negotiations. It’s time for victory!‘ (Jetzt ist nicht die Zeit für Verhandlungen. Jetzt ist die Zeit für den Sieg), als Selenskyj bereit war zu verhandeln. Wie kommt England dazu, der Ukraine die Möglichkeit einer Friedenslösung aus der Hand zu schlagen?“

Bettina Röhl, Tochter von RAF-Mitbegründerin Ulrike Meinhof und des 2021 verstorbenen langjährigen PAZ-Autors Klaus Rainer Röhl, wagte gegenüber der „BILD“-Zeitung (4. November) eine düstere Vorhersage zu den Klima-Extremisten:

„Die ‚Letzte Generation‘ ist schon auf der Ziellinie der RAF. Denn Terror ist auch Selbstdarstellung wie van Gogh besudeln und Pipeline-Gelände stürmen ... Auch die 68er-Bewegung begann mit Pudding-Attacken. Dann schrien viele nach ‚Revolution!‘. Bei den Klimaaktivisten kann dieser hysterische Kippunkt zu Gewalt und Terror schnell erfolgen.“

Thomas Rießinger warnt auf „reitschuster.de“ (4. November) davor, die Politik mit der Behauptung davonzukommen zu lassen, die Ursache für die Inflation sei „Putins Krieg“:

„Niemand sollte die katastrophale Geldpolitik der Europäischen Zentralbank vergessen, die den Euroraum mit Geld geflutet hat und die Zinsen künstlich niedrig hielt, um manche Staaten vor dem Konkurs zu bewahren und ihnen weiterhin bequemes Schuldenmachen zu ermöglichen – eine Geldpolitik, die auch und gerade von deutschen Regierungen unterstützt wurde. Und wenn zu viel Geld im Umlauf ist, pflegt die Inflation nicht weit zu sein.“

Dorothea Siems geißelt in der „Welt“ (8. November) die leistungsfreudige Politik:

„Nicht nur für Niedriglohnbezieher, sondern für die gesamte Mittelschicht lohnt sich Leistung nicht mehr wirklich ... Dass die Mittelschicht finanziell zunehmend in Bedrängnis gerät, ist mitnichten die Auswirkung von Lohnrückgang oder einem Sozialabbau, wie die Linken lautstark tönen. Es ist vielmehr der sich omnipotent wahnende Wohlfahrtsstaat, der von der arbeitenden Bevölkerung immer mehr Steuern und Abgaben fordert.“

● WORT DER WOCHE

„Jede Generation hat ihre Untergangphantasie, Atomkrieg, Überbevölkerung, Ozonloch, Millennium Bug, 11. September.“

Dora Strahm, Ausstellungskuratorin, im „Spiegel“ vom 5. November zur Klimadebatte

DER WOCHENRÜCKBLICK

„Wir“ und Musk

Warum wir jetzt zusammenhalten sollen, und wieso der neue Twitter-Chef so sehr dabei stört

VON HANS HECKEL

Gemein: Da beschwört die ARD eine ganze Woche lang unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt – und überall im Netz wird gelästert. „Wir gesucht – Was hält uns zusammen?“ lautet die gerade ausklingende Themenwoche der staatlichen Senderkette. Das ist doch ein verdienstvolles Ansinnen, in einer so vielfach gespaltenen Gesellschaft mal nach dem Verbindenden zu forschen!

Woher also das Geläster? Nun, blöderweise feuerten ausgerechnet jetzt einige Mitarbeiter der ARD Kanonen ab, die nicht so ganz passen wollen zu den Parolen von Respekt, Toleranz und Zusammenhalt. Beispiel: Die Übernahme von Twitter durch Elon Musk hat den ARD-Mitarbeiter Nils Dampz derart aus der Fassung gebracht, dass ihm glatt die Hosen runtergerutscht sind und alle Welt sehen konnte, aus welchem Holz der Mann wirklich ist – entblößt vom feinen Tuch der wohlklingenden Phrasen. Für die „Tagesschau“ schrieb Dampz: „Musk hat auch angekündigt, dass Twitter zum ‚Marktplatz der Debatte‘ werden solle. Aber auf seinem ‚Marktplatz‘ sollen offenbar auch rassistische oder verschwörerische Ratten aus ihren Löchern kriechen dürfen. Twitter kann nur relevant bleiben, wenn genau diese Ratten – um im Marktplatzbild zu bleiben – in ihre Löcher zurückgeprügelt werden.“

Geschockte Beobachter erinnerte die Wortwahl an den NS-Hetzfilm „Der ewige Jude“, wo Ratten gezeigt werden und jüdische Menschen gemeint sind. Die ARD entschuldigte sich eiligst mit der Begründung, es „war nie das Ziel, jemanden zu entmenslichen“. Wer Menschen als Ratten bezeichnet, die man in „ihre Löcher zurückprügeln“ solle, verfolgt also „nie das Ziel, jemanden zu entmenslichen“?

Nein, nein, vielmehr sucht er voller Hingabe nach dem „Wir“, um herauszufinden, „was uns zusammenhält“. Nach dem „Wir“ der ARD suchen wir auch. Dampz hat uns dabei tatsächlich sehr geholfen. Denn der unbedarfte Durchschnittsdeutsche könnte ja auf die Idee kommen, dass damit das ganze Volk wie in „Wir sind das Volk!“ gemeint sei. Weit gefehlt: Es ist die Gemeinschaft, die sich ein Sender vorstellt, in dem 92 Prozent der Volontäre bei einer Umfrage vor zwei Jahren angaben, Grün-Rot-Rot zuzuneigen. Andere Richtungen haben in einem solchen „Wir“

nichts zu suchen. Selbst in einer Demokratie ist man schließlich nicht gezwungen, auch demokratisch zu denken. Und aus dem „Wir“, das uns hier angeboten wird, glitzert tatsächlich typische Despoten-Denke hervor.

Bevor Despoten die Macht erlangen, spalten sie, was das Zeug hält, wofür die deutsche Linke einigende Begriffe wie „Nation“, „Volk“ oder „Gemeinschaft“ gezielt auf die braune Liste gesetzt hat. Sobald sie aber oben angekommen sind, predigen Despoten allenthalben das „Wir“ der Regierungsbegeisterten. Leute, die sich diesem Beifallskollektiv nicht anschließen mögen, sollen wenigstens die Klappe halten und gehorchen. Wer sich aber dem „Wir“ der Begeisterten und Gehorsamen entgegenstellt, dem soll es schlecht ergehen – wie einer geprägten Ratte.

Mit der Amtsübernahme der Ampel und der Allgegenwart grünlinker Dominanz in den Institutionen von Staat und Gesellschaft glaubt man sich nun endlich an jener alles überragenden Macht angekommen, weshalb es nun eben Zeit ist, das große glückliche „Wir“ zu befehlen.

Aber dann kam dieser Musk dazwischen. Statt allein das linke „Wir“ zu stärken, will er bei dem mächtigen Twitter-Dienst wieder Meinungsvielfalt blühen lassen, was die Rattenjäger als Kampfansage interpretieren, denn genau das wollen sie ja gerade nicht.

Dann auch noch für die Republikaner!

Wie in jeder guten Kampfpropaganda werden auch Siegesmeldungen verbreitet, um die Truppe zu motivieren. Wie schlecht es um die Sache der Propaganda-Trompeten wirklich steht, lässt sich häufig an der Qualität der vermeldeten „Siege“ ablesen. So wird triumphierend berichtet, dass sich viele Prominente wegen Musk von Twitter verabschieden, beispielsweise Gigi Hadid und Amber Heard. Gigi ... wer? Ich muss sagen, dass ich von der schönen Frau noch nie gehört hatte. Tatsächlich handelt sich um ein 27-jähriges Fotomodell. Auf einmal findet sie Twitter ganz schrecklich, schon nach den ersten Tagen unter Musk. Dabei hatte der Tesla-Gründer die Praxis bei dem Dienst bis dahin überhaupt noch nicht geändert, für die Kunden war also alles beim Alten geblieben. Na ja, da benötigte wohl jemand einen Platz in den Schlagzeilen.

Und Amber Heard? Die ist eigentlich nur dafür bekannt, dass sie mit bekannten Leuten bekannt ist – oder war. Mehr nicht. Gerade

Aus dem „Wir“, das uns hier angeboten wird, glitzert typische Despoten-Denke hervor



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de